Berliner Schloss: Erfolg wie Frauenkirche S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 33 – 16. August 2014
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro
C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell
Durchmarsch dank zerstrittener Gegner
Islamischer Staat gewinnt immer mehr Gebiete 2

Preußen / Berlin
Das Schloss ragt immer höher
Rohbau ist schon fast fertig – das Spendenaufkommen steigt rapide 3

Hintergrund
Zu viel vage Versprechungen
Indien verweigert sich Handelsabkommen, obwohl WTO mit Millionen neuen Jobs lockt 4

Deutschland
Schicksal Sachsen
Interviews mit den Spitzenkandidaten der FDP und der AfD 5

Ausland
Machtmissbrauch absehbar
Erdogan wird Türkei nach seinem Gusto umformen 6

Kultur
Freunde oder Rivalen
Das Verhältnis zwischen Preußen und Sachsen 9

Preußen
Die Mausefalle schnappt zu
Tannenbergschlacht: Russen eingekesselt 11





Sie bringen Tod und Verderben: Die IS-Dschihadisten destabilisieren nach Syrien jetzt den Irak Bild: pa

Monster gefüttert

Die USA haben mitgeholfen, den Islamischen Staat stark zu machen

Die aktuellen Entwicklungen im Irak und der Ukraine belegen die Fehler der US-Außenpolitik. Washington sollte sich wieder auf Kissingers Mahnung besinnen.

Ausgerechnet seine eigene Ex-Außenministerin und Parteifreundin Hillary Clinton fällt Barack Obama in den Rücken: Der US-Präsident trage Mitschuld am Erstarken der Islamistengruppe Islamischer Staat (IS), die derzeit in Syrien und Irak Schrecken verbreitet, schimpft Clinton. Er habe die syrischen Rebellen nämlich nicht ausreichend unterstützt, was zu einem „Machtvakuum“ geführt habe, in welches der IS hineingestoßen sei.

Ein bizarrer Vorwurf, der an der Wirklichkeit vorbeigeht. Was Obama vorzuwerfen wäre, ist das Gegenteil: Jahrelang haben die USA syrische Oppositionskräfte massiv unterstützt. Diese Hilfe war es, welche die Al-Nusra-Milizen stark gemacht hat, aus denen später die Isis-Gruppe und schließlich der IS hervorgehen konnte.

Clintons Einwurf steht für eine Denkweise, die offenbar prägend ist für das heutige Washington. „Handelsblatt“-Herausgeber Gabor Steingart warnt als einer der ganz wenigen Vertreter großer deutscher Medien vor dieser Politik und führt für seine Kritik den Altmeister der US-Diplomatie als Zeugen an: Henry Kissinger. Dieser habe schon angesichts der Krim-Krise dringend empfohlen, Amerika solle Versöhnung wollen, nicht Dominanz. Konflikte sollten laut Kissinger „eingedampft“, also verkleinert werden, nicht zusätzlich vergrößert, um sie dann als Konzentrat einer Lösung zuzuführen. Stattdessen aber täten die USA seit mehreren Jahren genau das Gegenteil, so Steingart: „Alle Konflikte werden hochgekocht.“

Konflikte eindampfen statt hochkochen

Die von den USA direkt oder indirekt gesteuerten Umstürze im Irak und in Libyen (wo Briten und Franzosen nur mit US-Hilfe siegen konnten) haben in den Ländern Chaos gestiftet. Von Libyen aus überfielen Islamisten erst Mali und bedrohen jetzt Ägypten. In Syrien hat die US-Hilfe für die schillernde Opposition zwar nicht den Sturz des Diktators erreicht, wohl aber der Al Nusra jenen Entfaltungsraum geschaffen, den sie benötigte, um zu jenem Monster heranzuwachsen, das nun die gesamte Region bedroht. Vergessen werden darf dabei natürlich nicht die Rolle enger US-Verbündeter wie Saudi-Arabien oder Katar. Geld aus diesen Ländern finanziert weltweit den Islamismus.

Hillary Clinton hat aus den Desastern offensichtlich nichts gelernt. Wenn Obama nun scheinbar „zögerlich“ auf den IS reagiert, so könnte dies darauf hindeuten, dass er zu ahnen beginnt, wie falsch er mit seiner Syrien-Politik lag. Dass dies allerdings auch zu einer Neuausrichtung im Ukraine-Konflikt reicht, mag man kaum hoffen. Während die Daten des Flugschreibers (der Aufschluss über die Absturzursache geben könnte) des abgestürzten malaysischen Flugzeugs unbegreiflicherweise seit Wochen in London unter Verschluss gehalten werden, verhärtet Washington seine Russland-Politik täglich weiter.

Hans Heckel

REBECCA BELLANO:

Irrational

Wie können sie nur, diese Türken? Voller Unverständnis blicken die Deutschen auf das Land am Bosporus und verstehen nicht, wieso ein Mann wie Recep Tayyip Erdogan, der seit Jahren die demokratischen Rechte seiner Bürger einschränkt und ihnen eine Islamisierung aufnötigt, gleich im ersten Wahlgang (siehe Seite 6) über 50 Prozent der Stimmen erhalten konnte.

Doch anstatt sich über das aus unserer Sicht irrationale Wahlverhalten der Türken Gedanken zu machen, sollte man sich doch zumindest auch darüber wundern, dass laut ARD-Deutschlandtrend 59 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden sind. Vor allem die Union erhielt mit 41 Prozent sogar noch mehr Zustimmung als im Vormonat. Darf man fragen, worauf diese hohen Zustimmungswerte beruhen? „Wir haben im vergangenen halben Jahr das Fundament für unseren Erfolg geschwächt, und das muss aufhören“, kritisiert selbst Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs die Arbeit der Bundesregierung. Auch beklagt er, dass die CDU/CSU viel zu viele Zugeständnisse an die SPD gemacht habe. Zudem vermisse er den Mut zu unangenehmen Entscheidungen, die das Land aber benötige. Und Eric Schweitzer, Präsident der Industrie- und Handelskammer, sagt über die Politik der Großen Koalition mit ihrem Mindestlohn, ihrer Frauenquote, ihrer Rente mit 63 und vielem mehr: „Es ist ja fast wie auf der ‚Titanic‘: Überall ist Party, aber niemand sieht die Gefahr des Eisbergs.“

Wie können sie nur, diese Deutschen, möchte man da fragen, denn die Begeisterung über die Arbeit der Großen Koalition ist rational nicht erklärbar.

Verkanntes Problem

Drangsalierung von Christen in Asylheimen wird kaum beachtet

Zumindest laut Statistik gibt es „keine signifikante Steigerung bei Konflikten zwischen christlichen und muslimischen Asylbewerbern in bayerischen Unterkünften“, so die Referentin für Migration und Asyl beim Diakonischen Werk Bayern gegenüber der „Welt“. Die Zeitung hatte sich nach einem Bericht von „Report München“, in der die Drangsalierung christlicher Iraker durch Muslime geschildert worden war, ebenfalls des Themas angenommen.

Da es wenig harte Zahlen zu dem Thema gibt, ist es für viele Behörden keines. Allerdings weist der Integrationsbeauftragte der bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, auch darauf hin, dass das „Mobbing Andersgläubiger zumeist so subtil“ verlaufe, dass es nur schwer belegbar sei. Dass die Probleme aber vorhanden sind, steht für Max Klingberg von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) außer Frage. Er betreut seit 14 Jahren Flüchtlinge und weiß daher aus deren Erzählungen, dass christliche Asylbewerber regelmäßig Anfeindungen durch muslimische Heimbewohner ausgesetzt sind. Jene, die vom Islam zum Christentum konvertiert sind, seien gar zu 100 Prozent Opfer von Übergriffen.

Drangsalierung erfolgt oft ohne Gewalt

Tatsächlich sind die meisten Leidensgeschichten der Opfer kein Fall für die Polizei. Allerdings müssen die Mitarbeiter von Asylheimen entsprechend reagieren, wenn Christen mit der Begründung, dass sie unrein seien, von Muslimen aus der Gemeinschaftsküche geworfen werden oder Afghanen die Wäsche einer Christin auf dem Heimflur verteilen und darauf urinieren. Vor allem muss ein derartiges Verhalten auch bei der Bearbeitung des Asylantrages berücksichtigt werden, zumal sich die Frage stellt, was Menschen mit einer solchen Einstellung in einem christlichen Land wie Deutschland wollen.

Bel

Moskau darf nicht helfen

Obama droht Russland mit neuen Sanktionen

In den von der ukrainischen Armee beschossenen ostukrainischen Städten zeichnet sich eine humanitäre Katastrophe ab. Es fehlen Strom, Wasser, Lebensmittel und Medikamente. Nachdem in Russland vergangenen Dienstag ein Hilfskonvoi aus 280 Lastwagen mit Hilfsgütern gestartet war, telefonierte der ukrainische Präsident Pjotr Poroschenko zunächst mit US-Präsident Barack Obama vor dem Hintergrund, dass der UN-Sicherheitsrat die von Russland entschieden vorgetragene Forderung nach Hilfen für die notleidende Bevölkerung in den Kampfgebieten zuvor abgelehnt hatte. Obama und der italienische Premierminister Matteo Renzi drohten Russland mit neuen Sanktionen, falls Moskau es wagen sollte, nicht genehmigte Hilfe zu liefern. Dies werde als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine gewertet.

Kiew fürchtet russische Invasion

Jede Hilfslieferung müsse zuvor mit Kiew abgestimmt werden und habe ohne militärische Begleitung zu erfolgen.

Nach eigenen Angaben hatte Moskau dem UN-Sicherheitsrat vorgeschlagen, die russischen Hilfslieferungen unter der Leitung des Internationalen Roten Kreuzes (IRK) durchzuführen, und warf dem Westen vor, die Augen vor dem Leid der Menschen in der Ostukraine zu verschließen.

Im Telefonat mit Poroschenko hatte Obama einer internationalen humanitären Mission des IRK unter Beteiligung der EU, Russlands, Deutschlands und anderer Partner zugestimmt, doch nicht einem Alleingang Moskaus. Als der Hilfskonvoi sich aus Russland in Richtung Ostukraine bewegte, kündigte Kiew an, diesen stoppen zu wollen. Laut IRK lagen keine genauen Angaben über Art und Menge der Hilfsgüter vor. Kiew befürchtete eine russische Invasion.

Manuela Rosenthal-Kappi

(siehe auch Seite 6)

MELDUNGEN

Unruhen am Ärmelkanal

Calais – Die nordfranzösische Stadt Calais wird seit Anfang des Monats von schweren Rassenunruhen zwischen Sudanesen und Eritreern erschüttert. Rund 1300 illegale Einwanderer kampieren in der Stadt, die Ausgangspunkt ist für Fähren und den Eurotunnel nach England, wohin die Einwanderer gelangen wollen. Ausgebrochen waren die Unruhen wegen eines Streits an einer Essensausgabe und im Ringen um die Vorherrschaft über einen Parkplatz. Zuvor für alle zugänglich, haben die Sudanesen den Platz zu „ihrem“ Territorium erklärt, wo sie Lkw nach England besteigen und mit Schmugglern verhandeln. Laut Medienberichten reagierten Banden der „ausgesperrten“ Eritreer mit Attacken, bei denen Dutzende Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Zum Einsatz kamen dabei Eisenstangen, Messer, Steine und ein Hochdruck-Luftgewehr, mit dem einem Mann in den Kopf geschossen wurde. Er überlebte. *H.H.*

Islam nicht Teil Deutschlands

Berlin – 52 Prozent der Deutschen sind laut einer aktuellen Forsa-Umfrage der Meinung, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Mit 82 Prozent sprachen sich vor allem Anhänger der AfD gegen die Aussage des Altbundespräsidenten Christian Wulff aus dem Jahre 2010 aus. Aber auch 69 Prozent der Bewohner der neuen Bundesländer mögen sich nicht der Position anschließen. Rückhalt erhielt Wulff mehrheitlich vor allem von den Grünen, die zu 69 Prozent den Islam als Teil Deutschlands sehen, während selbst 51 Prozent der Anhänger der Partei „Die Linke“ auf Distanz gehen, bei der CDU/CSU sind es sogar 60 Prozent. Nach Altersgruppen aufgeschlüsselt ergab die Umfrage jedoch, dass 61 Prozent der 14- bis 29-Jährigen den Islam als zu Deutschland gehörig ansehen, bei den über 60-Jährigen sind es nur 39 Prozent. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Nun auch Frankreich

Nach Italien steht nun auch Frankreich im Verdacht, den Weiterzug von Wirtschaftsflüchtlingen nach Deutschland mehr oder weniger offen zu fördern. Besonders betroffen ist hiervon Frankreichs kleines Nachbarbundesland Saarland. Vor allem über die TGV-Strecke Paris–Frankfurt erfolgt diese Entlastung der Franzosen auf Kosten Deutschlands und seiner Steuerzahler. Wurden in dem Zug im gesamten vergangenen Jahr bereits 608 Wirtschaftsflüchtlinge bei der illegalen Einreise ins Saarland aufgegriffen, so waren es in diesem Jahr bereits in der ersten Hälfte mehr als 1000. Saarbrücken hat nun Berlin gebeten, mit Paris „auf eine Lösung hinzuwirken“. *M.R.*

2.041.679.194.696 €

Vorwoche: 2.041.420.551.640 €
Verschuldung pro Kopf: 25.268 €
Vorwoche: 25.265 €

(Dienstag, 12. August 2014, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Durchmarsch dank zerstrittener Gegner

Islamischer Staat profitiert davon, dass Bagdad und Washington Kurden gezielt schwächten

Wie angesichts diverser früherer Ankündigungen zu befürchten war, expandiert der Islamische Staat (IS) in Syrien und dem Irak immer schneller. Hatte man zumindest den Kurden zugetraut, ihre Gebiete zu halten, müssen inzwischen auch sie der IS weichen.

Seit Anfang August eroberten die Gotteskrieger des selbsternannten Kalifen Ibrahim, die jetzt offenbar unter dem Kommando des tschetschenischen Georgiers Tarkhan Batiraschwili alias Omar al-Shishani operieren, weitere Teile des nördlichen Irak, darunter die Städte Sumar, Sindschar, Wana, Karakosch, Tal Kaif, Bartella und Karamlesch. Ebenso brachten sie das Salah-Ölfeld und den Mossul-Staudamm unter ihre Kontrolle. Desgleichen gelangen dem Islamischen Staat neue Geländegewinne im Kampf gegen die Truppen Baschar al-Assads. Auch hier fielen drei größere Ortschaften von strategischer Relevanz in seine Hand. Ebenso kam es zu Attacken im Grenzgebiet zum Libanon und der Türkei. Und nicht zu vergessen: Einheiten des IS stehen nach wie vor nur 100 Kilometer vor Bagdad.

Den militärischen Triumphen der Armee des Kalifen, deren Mannschaftsstärke jetzt möglicherweise bei 30000 liegt, folgten wie üblich Massenhinrichtungen. Dabei traf es diesmal besonders die große Christengemeinde von Karakosch und die Jesiden, eine nichtmuslimische kurdische Glaubensgemeinschaft, deren Angehörige vom Islamischen Staat als „Teufelsanbeter“ denunziert werden. Deshalb flohen zehntausende Jesiden in die unwirtlichen Berge um Sindschar, wo nun eine humanitäre Katastrophe droht.

Viele Beobachter zeigten sich erstaunt darüber, dass die kurdischen Selbstverteidigungsstreitkräfte so wenig Gegenwehr leisteten. Hierfür gibt es zwei Gründe. Zum einen fehlt es den Peschmerga-Milizionären an Waffen und Munition. Dies ist eine Folge des Geldmangels der Autonomieregierung in Erbil, der ganz maßgeblich aus der US-Politik resultiert, Ölexporte aus den Kurdenregionen des Irak zu blockieren. Denn weder Washington noch Bagdad wollen, dass die Kurden zu stark werden, weil dies ihren Unabhängigkeitsbestrebungen weiteren Aufwind verleihen und die Region vollkommen destabilisieren könnte. Deshalb ignorierten die USA bisher auch alle Bitten der Peschmerga um Lieferung von modernen Panzern, Artilleriegeschützen und Scharfschützengewehren. Dahingegen besitzt der Islamische Staat reichlich Kriegsgerät, das den besiegten Gegnern abgenommen oder gekauft wurde. Schließlich verfügt Ibrahims Terrortruppe über ein beachtliches Vermögen in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar, das aus Ölverkäufen, Spenden, Plünderungen, Schutzgelderpressungen und weiteren kriminellen Aktionen herrührt. Dieses Geld sorgt zugleich für einen steten Zustrom an Söldnernaturen aus aller Welt. Längst nämlich stoßen nicht nur salafistische Wirrköpfe zum Islamischen Staat, sondern auch marginalisierte Jugendliche aus den Armenvierteln des Nahen Ostens und der Türkei, die sich schon im eigenen BMW X5 durch die Wüste brausen sehen. Dazu kommen übergelaufene irakische Soldaten und ehemalige Mitglieder anderer syrischer Rebellengruppen.

Kurdischen Milizen fehlen moderne Waffen

IS besitzt hingegen reichlich Kriegsgerät

Zum anderen kämpfen die Peschmerga-Milizen lange noch nicht mit vollem Einsatz, da die Schwächung der Zentralregierung in Bagdad infolge der Expansion des Islamischen Staates den Kurden ja grundsätzlich in die Hände spielt. Allerdings ändert sich ihre Haltung angesichts der zunehmenden Gebietsverluste jetzt ebenso wie die der Machthaber im Süden. Die Kurden wollen den Gotteskriegern nicht noch mehr eigenes Territorium überlassen. Im Gegenzug gab Ministerpräsident Nuri al-Maliki erstmals grünes Licht für Angriffe der irakischen Luftwaffe auf Stellungen des IS im Raum Mossul.

Und auch US-Präsident Barack Obama musste inzwischen zähneknirschend einlenken und 300 weitere „Militärberater“ entsenden. Dazu kommt die Autorisierung von Luftschlägen, falls Ibrahim die US-Vorposten in Erbil attackieren sollte. Hierdurch droht Washington natürlich nun erneut in einen Krieg im Irak hineinzuschlittern.

Die versprochene Unterstützung dürfte den Peschmerga-Einheiten, deren groß angekündigte „Gegenoffensive“ im Moment weitgehend verpufft, mehr Durchschlagskraft verleihen. Weiteres Ungemach könnten dem IS zudem die iranischen Milizen bereiten, die offenbar in den Raum um Kirkuk einsickern. Gleichzeitig deuten sich Revolten einiger syrischer Stämme und sunnitischer Iraker an, denen die Getreuen Ibrahims doch zu fundamentalistisch sind. Außerdem wären da noch die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihr militärischer Arm in Syrien, die „Volksverteidigungseinheit“ (YPG) unter dem Kommando von Polat Can. Laut Auskunft des Oberkommandierenden der PKK-Kampfverbände, Murat Karayilan, operiert die YPG jetzt parallel zu den Peschmerga im Nordirak, um neue Massaker an den Jesiden zu verhindern.

Aber dennoch: Die global aufgestellte und in militärischer wie propagandistischer Hinsicht absolut professionelle Terrororganisation IS ist ihren untereinander zerstrittenen Gegnern nach wie vor haushoch überlegen. *Wolfgang Kaufmann*



Auch auf Veteranen wird inzwischen zurückgegriffen: Die Lage im Nordirak wird immer brenzliger Bild: imago

Evangelikale im Visier

Öffentliche-rechtliche Sender sehen in den Christen eine Gefahr

Religion scheint ein Thema zu sein, das die öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland immer wieder stark bewegt. Nach ausgedehnten Themenschwerpunkten etwa zur islamischen Gülen-Bewegung („Die Armee des Imam“, April 2013), über den vermeintlich großen Einfluss der Religionen in der deutschen Politik („Koalition der Frommen“, September 2013) und den Umgang der Weltreligionen mit der Sexualität („Glaube, Liebe, Lust“, April 2014) waren jüngst die Evangelikalen Gegenstand des öffentlich-rechtlichen Interesses.

Diesmal lautete der Titel bei ARD „Mission unter falscher Flagge – Radikale Christen in Deutschland“. Doch wer vorherige, ähnliche Dokumentationen dieser Art gesehen hat, glaubt, ein Strickmuster wiedererkennen zu können: Aufnahmen geistlicher Großveranstaltungen mit enthusiastischen Teilnehmern, unterbrochen durch die Klage angeblicher Aussteiger, die anonym bleiben möchten.

Von der „Holy Spirit Night“ des Gospel Forums Stuttgart bis hin zum TOS-Christentreff in Tübingen empört man sich über „extrem konservative“ Gemeinden und Projekte in ganz Deutschland. Doch wer die zum Teil sehr unterschiedlichen Bewegungen und Gemeinden betrachtet, die dargestellt werden, bekommt den Eindruck, Gläubige gelten für das Fernsehen bereits als „extrem konservativ“, sobald deren religiöses Leben über die Teilnahme an kirchlichen Trauungen und Beerdigungen hinausreicht.

Wahrer Glaube ist den TV-Machern suspekt

Die evangelikalen Institutionen, so transportiert man, wollen angeblich nur manipulieren, um Geld und Macht zu erlangen. Erklärtermaßen wähnt Joachim Schlecht, Pfarrer und Seelsorger am Klinikum Bad Cannstatt, sich an „schlechte Manager-Seminare“ erinnert und erblickt hinter solchen Veranstaltungen nicht weniger als eine „Ausübung von Gewalt“.

Voller Befremden wird dem Fernsehzuschauer eine Welt vorgestellt, in der Christen tatsächlich Gebete sprechen, an Himmel und Hölle glauben, aus ihrem Glauben Regeln für ihr Alltagsleben ableiten, durch freiwillige Spenden ihre Gemeindearbeit finanzieren und sich tatsächlich bemühen, auch noch andere von der Richtigkeit ihrer religiösen Auffassungen zu überzeugen.

Was seitens der ARD nicht hinterfragt wird, ist, ob die religiösen Gemeinschaften der Evangelikalen mit ihrem vermeintlich unersättlichen Hunger nach Definitionshoheit wirklich so alleine dastehen. So sollen gerade auch jakobinische Religionsgegner als Machtfaktor im Staat sich selbst ihren Einfluss durch Zwang und Manipulation zu sichern versuchen – nicht zuletzt auf dem Wege der Schulpflicht, die etwa radikale rot-grüne Genderideologen dazu nutzen möchten, um auf der Basis diverser „Bildungspläne“ Kinder früh zu indoktrinieren.

Was aber den Vorwurf der Manipulation anbelangt: Böse Zungen behaupten, der öffentlich-rechtliche Rundfunk betreibe solche Woche für Woche, Tag für Tag aufs Neue selbst – wobei er im Unterschied zu den evangelikalen Gemeinschaften dank GEZ-Gebühren nicht einmal um Spenden für seine Arbeit zu werben braucht. *Ali Özkök*

»Außer Kontrolle«

Ebola: Auch in Europa droht Verbreitung

Dem in Westafrika grassierenden Ebola-Virus sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bis zum 4. August 932 Menschen in vier Ländern zum Opfer gefallen, wobei zu den Toten auch die Ebola-Experten Sheikh Umar Khan und Samuel Brisbane gehören. Damit ist die Epidemie laut WHO wie auch der Organisation Ärzte ohne Grenzen „außer Kontrolle“.

Flugverbindungen erhöhen Gefahr

Und obwohl Mikrobiologen bisher mehrheitlich behauptet hatten, per Flugzeug sei eine Verbreitung praktisch nicht möglich, hat nun der Liberianer Patrick Sawyer das Virus auf diesem Wege von Monrovia in die nigerianische Hauptstadt Lagos verschleppt, wo es inzwischen außer ihm sechs weitere Tote gab.

Damit steigt auch die Gefahr für Deutschland nun deutlich, denn die Lufthansa und deren Tochtergesellschaft Brussels Airlines fliegen Lagos weiterhin zweimal täglich an. Zugleich wird nach wie vor in verantwortungsloser Weise abgewiegelt. So gab die „Bild“-Zeitung unter der Schlagzeile „Darum müssen wir keine Angst vor der Seuche haben“ die hierzulande geltende Experten-Meinung wieder, dass Ebola nicht über die Atemluft übertragen werden könne, sondern nur beim direkten Kontakt mit Blut und anderen Körperflüssigkeiten. Dabei genügt nach Angaben der kanadischen Gesundheitsbehörde PHAC, die sich auf die Erkenntnisse von Biowaffenforschern stützt, ein einziger „aerosolierter Organismus“, das heißt ein Virus auf einem Staubteilchen, um Menschen mit Ebola zu infizieren. Solche hochgefährlichen Aerosole können beispielsweise entstehen, wenn erkrankte Flugzeugpassagiere in der Kabine erbrechen, wie das bei Sawyer der Fall gewesen war.

Andererseits würden Quarantänemaßnahmen gegen Liberia, Sierra Leone, Guinea und Nigeria aber auch kaum etwas nützen, denn die Grenzen in Afrika sind faktisch nicht zu kontrollieren – und Menschen, die diese überschreiten, um nach Europa zu gehen, gibt es zuhauf. Ebola könnte also sehr wohl nach Deutschland gelangen: entweder durch die Ignoranz bestimmter Airlines oder infolge von Migrationsbewegungen. *W.K.*

Zeitgeschichtliche Sommernacht

Von Vera Lengsfeld

Das edelste Restaurant am Schiffbauerdamm ist ohne Zweifel „Brecht's", wo ich letzten Sonntag mit meiner Familie einen runden Geburtstag gefeiert habe. Das Berliner Ensemble, das sich Bertolt Brecht als Haustheater von den DDR-Politbürokraten gewünscht und bekommen hatte, weil hier 1929 seine Dreigroschenoper uraufgeführt wurde, liegt gleich um die Ecke.

Der Meister selbst ist als Wachsfigur im Restaurant zu sehen. Ziemlich an den Rand gedrängt, fast zu übersehen und erstaunlich klein. Die Küche ist exzellent, ganz in der Tradition von Helene Weigels legendärer Kochkunst. Natürlich sind auch die österreichischen Weine hervorragend.

Nach dem Essen war uns nach Bewegung zumute. Wir liefen am Spreeufer in Richtung Westen. Heute kann sich niemand mehr vorstellen, dass zu DDR-Zeiten, sobald man die S-Bahnbrücke des Bahnhofs Friedrichstraße passiert hatte, die Spree hinter einem doppelt mannshohen Wellblechzaun verschwunden war. Oben war spiralförmiger Stacheldraht angebracht. Anfang der 1980er Jahre war ich im letzten Haus vor der ersten Mauer beschäftigt.

Mein Büro lag im zweiten Stock, ich konnte die Anlegestelle für die Lastkähne direkt vor mir sehen. Ich konnte die Grenzhunde beobachten, die unter der Fracht nach versteckten Republikflüchtigen suchten, und ich kann mich heute noch an die Angst von damals erinnern, es würde einer vor meinen Augen entdeckt. Heute hängt an diesem Haus eine „Schuldenuhr", die anzeigt, wie hoch die Staatsschulden sind und wie hoch das Vermögen der „Reichen", zu denen ich auch schon zähle. Wenn alle „Reichen" enteignet würden, könnten die Staatsschulden gerade gedeckt werden. Noch.

Geht man weiter, betritt man den ehemaligen Todesstreifen. Heute beginnt hier das Regierungsviertel, links von der Spree die Parlamentarische Gesellschaft, in der früher die Abhörspezis der Stasi saßen, dann die Mauer, gleich daneben der Reichstag.

Auf der andern Flussseite steht heute das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, das unter anderem die Bundestagsbibliothek beherbergt. Auf die Mauer dieses Gebäudes wird in diesem Sommer eine zeitgeschichtliche Dokumentation über die Opposition in der DDR, die Friedliche Revolution, den Mauerfall und die Vereinigung projiziert.

Die Zuschauer stehen auf dem Todesstreifen zwischen Reichstag und Parlamentarischer Gesellschaft. Hier war die Spree am engsten, waren die Versuche, über den Fluss den Westen zu erreichen, am häufigsten. Weiße Kreuze erinnern an diejenigen, die dabei hier ihr Leben ließen. Dass nun an dieser Stelle Zeitgeschichte als Freilichtkino veranstaltet wird, ist ein Triumph für alle Gegner der DDR!

Das Schloss ragt immer höher

Der Rohbau ist schon fast fertig – das Spendenaufkommen steigt rapide



Im März 2015 starten die eigentlichen Mauerarbeiten an der bislang kahlen Betonfassade, doch schon seit Jahren wird an den aufwendigen Details der barocken Außenhaut emsig gearbeitet: Stukkateur modelliert das Kapitel einer prunkvollen Säule in der Berliner Schlossbauhütte

Bild: Getty

Lange angefeindet, ist die Rekonstruktion des Hohenzollernschlosses im Herzen Berlins mittlerweile nur noch eine Frage der Zeit. Nun wird immer engagierter über seine Nutzung diskutiert.

Der Rohbau des neuen Berliner Schlosses wächst rasant, schon stehen Teile des dritten Obergeschosses. Ein Intendant für das im Inneren neu entstehende Humboldt-Forum, das 2019 in der einstigen preußischen Residenz den Betrieb aufnehmen soll, fehlt indes noch. Die Kulturstaatsministerin des Bundes, Monika Grütters (CDU), sucht international „in größtmöglicher Offenheit". Die Berufung eines Intendanten ist laut Grütters bereits für nächstes Jahr, spätestens aber für 2016 geplant. So nimmt die kulturelle Ausgestaltung der äußerlichen Schlossrekonstruktion konkrete Formen an. Auch die Diskussion um Berlins geplante neue Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) erhält durch das Schloss neue Impulse.

„In zwei Monaten ist der Rohbau fertig, das geht jetzt alles seinen Gang", so Wilhelm von Boddien zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Der Bundesverdienstkreuzträger sammelt mit dem Förderverein Berliner Schloss seit 2004 Spenden zur Unterstützung des vom Bundestag beschlossenen (äußerlichen) Wiederaufbaus. Das Ziel des Vereins ist es, 80 Millionen Euro an Spenden zu sammeln. Ein Großteil davon ist für die Wiederherstellung der Fassade vorgesehen. Bislang hat der Verein mehr als 33 Millionen Euro in Geld und Sachleistungen in das Bauprojekt fließen lassen. Laut von Boddien sind deutliche Steigerungsraten bei den Spenden zu verzeichnen: Gingen im ganzen Jahr 2012 rund 5,4 Millionen Euro ein, so waren es 2013 bereits 9,1 Millionen. Und in diesem Jahr stellten Spender allein von Januar bis Juni rund 8,1 Millionen Euro zur Verfügung. Das Schloss hält den Vergleich mit dem erfolgreichen Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche also auch in puncto privater Spenden stand. „Im Moment bin ich guter Hoffnung, dass das Spendenaufkommen durch den Baufortschritt weiter zunimmt", freut sich Boddien.

Erfolg wie bei der Frauenkirche zeichnet sich ab

Im Juli begann die Auftragsvergabe für die barocken Fassaden am bisher als Betonrohbau errichteten Gebäude. Im März 2015 starten die eigentlichen Maurerarbeiten direkt an der Schlossfassade. Ein Eckrondell, dessen Bau rund 2,5 Millionen Euro kosten wird, wurde bereits zusätzlich durch einen privaten Spender finanziert.

So viel Fortschritt ruft die Verteilung der Innenräume auf den Plan: Neben einem geplanten Museum, einer Bibliothek und Räumen für kulturelle Veranstaltungen könnte auch Berlins geplante neue Zentral- und Landesbibliothek in den Schlossbau einziehen. Monika Grütters' Ressort verlangt nun in dieser Sache eine klare Aussage vom Berliner Senat.

Der verschob einen entsprechenden Neubau mehrfach. Zuletzt scheiterte der vom Senat bereits vorgesehene Bibliotheksstandort Tempelhofer Feld an einem Volksentscheid gegen dessen Bebauung. Berlin könnte sich den seit rund 30 Jahren versprochenen Neubau sparen, wenn die Bibliothek Raum im Schloss erhielte. Die Einrichtung ist bisher über mehrere Standorte verteilt. Für die mit mehr als 4,5 Millionen Bücher, Zeitungen, Filme, E-Books und Musikwerke könnte das Schloss einen repräsentativen Raum schaffen. Allein die öffentliche Mediensammlung gilt als eine der größten Europas.

Während verspätete Schlossgegner eine Debatte um die Kosten des Wiederaufbaus führen, könnte sich das Schloss so für Berlin als Möglichkeit zum Sparen erweisen. Das Land leistet mit 32 Millionen Euro den kleinsten Beitrag zum Schloss, das Gros übernimmt mit 478 Millionen Euro der Bund. Die Gesamtkosten einschließlich erwarteter Spenden sind auf 590 Millionen Euro festgesetzt.

Die Kulturstaatsministerin hat Großes mit dem Schlossinneren im Sinn. Es gehe um „interkulturelle Begegnung, um eine lebendige, ja, leibhaftige Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt", so Grütters. Hauptnutzer soll dabei die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) sein, die im Schloss die Sammlungen des Ethnologischen Museums und des Museums für Asiatische Kunst zeigen wird. Das Erdgeschoss soll Begegnungen und Projekten Platz bieten. Das Land Berlin sieht nach bisherigen Plänen auch Präsentationsraum für die Humboldt-Universität sowie die Zentral- und Landesbibliothek vor. Hagen Philipp Wolf, Sprecher der Kulturstaatsministerin, forderte vom Land jetzt eine Entscheidung, ob die ZLB wie geplant ins Schloss zieht. In der Diskussion um einen Neubau der ZLB auf dem Tempelhofer Feld hatte es zuvor Signale gegeben, dass sich die ZLB möglicherweise vom Schlossplatz zurückzieht. „Berlin muss sich jetzt entscheiden, die Zeit drängt", mahnte Wolf.

Auch in die Frage der Gestaltung des Schlossumfelds kommt Bewegung: Während Senatsbaudirektorin Regula Lüscher den Schlossbrunnen (Neptunbrunnen) am jetzigen Standort behalten will, verteidigt der Chef der Stiftung Humboldt-Forum, Manfred Rettig, die Rückverlagerung an den alten Standort vor dem Schloss. Unter Berufung auf Schlossarchitekt Franco Stella spricht er sich für die Idee aus, „Uffizien von Berlin" zu schaffen. So soll eine Passage entstehen als „gestalterisch angemessene Fortführung nach Süden", kurzum die Anbindung des Schlosses an die Fischerinsel und die Stadt. *Sverre Gutschmidt*

Berlins SPD am Tiefpunkt

Nur noch 21 Prozent – Wowereit Letzter auf der Beliebtheitsskala

Laut einer Forsa-Umfrage trauen nur noch zwölf Prozent der Berliner der SPD zu, besser als andere Parteien Probleme der Stadt zu lösen. Und: Nicht nur das Vertrauen in die Partei ist auf einem historischen Tiefstand, auch Berlins SPD-Politiker selbst fallen beim Wähler durch. Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) ist nach neuen Umfragen eine Belastung. Kein Politiker verlor so dramatisch an Zustimmung.

Ein Hauptauslöser ist seine Rolle in der Dauerkrise um den Flughafen BER. Zwar wog der BER weniger schwer als in vergangenen Umfragen, Wowereit profitierte davon aber nicht. In der Beliebtheitsrangliste der Hauptstadt hat er einen „Piraten" vom ruhmlosen letzten Platz verdrängt.

Das Forsa-Institut verortet die SPD bei 21 Prozent der Stimmen, gleichauf mit den Grünen. Finanzsenator Ulrich Nußbaum ist noch der beliebteste Politiker, der mit Berlins SPD in Zusammenhang gebracht wird, doch ausgerechnet der ist parteilos.

Unabhängig von Umfragen stehen selbst junge „Hoffnungsträger" massiv in der Kritik. Jan Stöß erntet als höchst gehandelter Erbe Wowereits eine Schlappe nach der anderen: Erst das Fiasko Volksentscheid Tempelhofer Feld, jetzt harsche Worte von Stöß gegen das Internationale Olympische Komitee (IOC) anlässlich Berlins Olympiabewerbung.

Selbst vermeintliche Hoffnungsträger sind angeschlagen

Stöß' Vorstoß, Berlin könne Bedingungen bei der Bewerbung stellen, verursacht bei Sportexperten Unverständnis. Der Direktor des Landessportbundes (LSB), Heiner Brandi: „Es waren keine besonders glücklichen Äußerungen. Ein bisschen Diplomatie wäre schon hilfreich."

Der ehemalige SPD-Fraktionsvize Uwe Bröckl soll in die Kassen zweier Spandauer Sozialvereine gegriffen haben – der Staatsanwalt ermittelt. Bröckl belastet zudem den Bruder von SPD-Fraktionschef Raed Saleh. Der wiederum leckt noch die Wunden seiner Entmachtung durch Stöß in der Nachfolgefrage. Stöß wie Saleh fehlt die Basis, um Wowereit herauszufordern.

Die größte Gefahr droht den Genossen aus den eigenen Reihen, denn statt Einsicht zu zeigen, feiert man dort vermeintliche Erfolge: Landesvorstandsmitglied Fritz Felgentreu sprach mit Blick auf die SPD-Politik an der Spree von „Früchten langer Arbeit". Gemeint sind der Rückkauf der Wasserbetriebe, das Wirtschaftswachstum und ein Haushaltsüberschuss. Den Wählern lässt das SPD-Selbstlob laut den Umfragen jedoch völlig kalt. *SV*

Biogaswerk vergiftet Boden

Von wegen Öko: Strafanzeige wegen Wasserverseuchung

Während die Verstromung von Biogas in der Öffentlichkeit immer noch den Ruf genießt, besonders umweltfreundlich zu sein, kratzen in Brandenburg nun gleich zwei Störfälle am Renommee solcher Anlagen. So belastet in der Uckermark umweltschädlicher Abfall aus der Biogaserzeugung ausgerechnet ein Naturschutzgebiet.

Wie Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack (Linke) auf Anfrage der Grünen einräumen musste, hatte der Betreiber einer Anlage im unweit von Joachimsthal gelegenen Hessenhöhe die wasserrechtlichen Genehmigungsauflagen nicht erfüllt. Die Wasserbehörde prüfe, ob die Anlage stillgelegt werden müsse. Weil aus der Biogasanlage permanent flüssige Abfallstoffe unter anderem ins Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin abgeflossen sind, hat zudem auch die zuständige Landeswaldoberförsterei Strafanzeige gestellt.

Von der Wasserbehörde entnommene Proben haben inzwischen ergeben, dass eine „signifikante Überschreitung" der Grenzwerte von Nährstoffen wie Phosphat und Stickstoff vorliegt. Nur einige Tage zuvor war eine Biogasanlage in Groß-Pankow (Prignitz) ins Visier der Staatsanwaltschaft Neuruppin geraten.

Mais-Monokulturen veröden zudem ganze Landstriche

Nachdem sich an einem Gärbehälter ein Notentleerungsstutzen gelöst hatte, waren rund 3000 Kubikmeter Gärschlamm ausgetreten, so dass ein Strafverfahren wegen Bodenverunreinigung eingeleitet wurde. Nicht zuletzt aufgrund zahlreicher Anlagen zur Massentierhaltung aus DDR-Zeiten gehört die Mark zu den Regionen mit besonders vielen großdimensionierten Biogasanlagen.

Entgegen dem weitverbreiteten Image als besonders umweltfreundliche Art der Gas- und Stromerzeugung hat sich in der Praxis erwiesen, dass Biogasanlagen regelrechte „Landfresser" sind, die zur Verödung von Landschaften führen. Die Anlagen werden nämlich nicht nur mit Abfällen aus der Tierhaltung, sondern auch mit Mais bestückt. Die Folgen sind auf Brandenburgs Äckern unübersehbar: In Monokulturen wird Mais auf großen Flächen angebaut. Diese Entwicklung macht nicht nur den Einsatz von immer mehr Pflanzengiften notwendig, radikal zerstört wird auch die Artenvielfalt.

Kritiker wie der Filmemacher und Naturschützer Ulrich Eichelmann fürchten, dass der Maisanbau in Monokultur für die „grüne" Energieerzeugung letztendlich zur Ausbreitung „ökologischer Wüsten" führen wird. *N.H.*

Zeitzeugen



Roberto Azevêdo – „Wir waren nicht in der Lage, eine Lösung zu finden, mit der wir den Graben hätten überbrücken können“, so der Generaldirektor der Welthandelsorganisation (WTO). Der Brasilianer hat das Amt seit September 2013 inne und hatte im Dezember bereits seinen Verhandlungserfolg gefeiert. „Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die WTO geliefert“, bejubelte er den auf der 9. WTO-Ministerkonferenz ausgehandelten Bali-Pakt. Die Organisation wurde 1994 gegründet, um durch Abbau von Handelshemmnissen und Liberalisierung des internationalen Handels sich dem Fernziel Freihandel anzunähern.



Narendra Modi – Als der 1950 geborene Hindu im Mai zum neuen Premier Indiens gewählt wurde, erhielt er überwiegend Applaus von den westlichen Medien. Sie jubelten, dass nun ein Wirtschaftsfachmann das Ruder in dem von Misswirtschaft und Korruption geprägten Riesenland übernehmen würde. Dabei ist Modi eigentlich studierter Politikwissenschaftler, aber in seiner Zeit als Regierungschef des Bundesstaates Gujarat hatte er dem 60 Millionen Einwohner zählenden indischen Landesteil mit seiner Offenheit gegenüber den Wünschen der Wirtschaft ein beachtliches Wachstum beschert. Dafür wurde auch übergangen, dass ihm eine Mitverantwortlichkeit an einem Massaker an Moslems 2001 zugeschrieben wird.



Karel de Gucht – Der EU-Handelskommissar versteht die Ängste gegenüber TTIP und Ceta nicht. Ein Handelsabkommen mit den USA werde, anders als vielfach behauptet, nicht dazu führen, dass Hormonfleisch, Genfood und Chlorhühnchen ungehindert nach Europa exportiert werden können, so der Belgier. Ihm sei vor allem wichtig, dass man auf Basis der Fakten diskutiere, merkte er an, ohne darauf einzugehen, dass nur wenige die Details kennen.

Reiner Hoffmann – Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert, dass TTIP keinesfalls zum Abbau von Arbeitnehmer-, Umwelt- und Verbraucherrechten führen dürfe. Auch mahnt er Transparenz an. Zudem: Rechtsstaaten mit hoch entwickelten Rechtssystemen, wie die EU-Mitgliedstaaten und die USA, bräuchten keinen Investitionsschutz.

Zu viele vage Versprechungen

Indien verweigert sich Handelsabkommen, obwohl WTO mit Millionen neuen Jobs lockt

Anfang August war es ausnahmsweise einmal nicht Russland, das als Verhinderer bezeichnet wurde, sondern Indien. Dessen Premier Narendra Modi wurde als Spielverderber dargestellt, an dessen Nein ein vielversprechendes Handelsabkommen der Welthandelsorganisation (WTO) kurz vor Abschluss gescheitert sei. Doch hat Modi wirklich den gegen ihn gerichteten Unmut verdient?

Die Enttäuschung bei westlichen Regierungen, Unternehmen und Medien war groß. Da hatte man mit dem Bali-Pakt gehofft, nach Jahren des Stillstandes endlich dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen einen Schritt näherzukommen, und dann verweigert die neue indische Regierung unter Modi ihre Unterschrift unter dem Handelsabkommen, das im vergangenen Dezember von 160 Ländern ausgehandelt worden war. Dabei war der Premier doch als Mann der Wirtschaft gefeiert worden, doch nun blockiert ausgerechnet er die Vereinbarungen, denen bereits sein Amtsvorgänger zugestimmt hatte.

Allerdings wird ausgeblendet, dass bereits Ende vergangenen Jahres der Bali-Pakt fast an einem Veto aus Neu-Delhi gescheitert wäre. Zwar hatten Länder wie Venezuela und Kuba auch Widerstand geprobt, doch nur Indien konnte genügend Einfluss entfalten, um sich Gehör zu verschaffen. Und zwar wollte Neu-Delhi nicht akzeptieren, dass bestimmte Subventionen auf Nahrungsmittel künftig verboten sein sollten. Da gut ein Drittel der Inder Hunger leide, sei es nur über Subventionen möglich, diese Menschen zu versorgen. So kaufe man den Kleinbauern Nahrungsmittel zu guten Preisen ab und verteile sie an die Ärmsten der Armen, hieß es aus Indien.

Neu-Delhi soll Kleinbauern nicht mehr helfen

Westlichen Industriestaaten mit ihrer mit neusten Methoden der Technik erlangten Agrarüberproduktion sind diese staatlichen Eingriffe in den Markt jedoch ein Dorn im Auge, da so die Preise künstlich beeinflusst würden und die indische Landwirtschaft gegenüber der ausländischen Konkurrenz bevorzugt würde. Und so hatte man den Indern im Dezember nur zugesagt, ihnen ihre Subventionen bis 2017 zu gewähren, danach würden neue Bedingungen gelten, die noch verhandelt werden würden. Doch diese Zusage war Modi im Gegensatz zu seinem Vorgänger zu vage und er kündigte an, das Abkommen nur zu unterzeichnen, wenn die Subventionen dauerhaft akzeptiert würden. Das wollen aber die anderen Staaten nicht.

Vor allem bei der WTO zeigt man sich nun enttäuscht und betont, dass von dem Abkommen doch gerade die Entwicklungsländer profitiert hätten. Bei ihnen wäre der Großteil der erwarteten 21 Millionen Jobs entstanden. Wie diese jedoch genau entstehen sollen, wird nicht genauer ausgeführt. Es wird nur hervorgehoben, dass durch den Wegfall der Bürokratie bei Ein- und Ausfuhren Kosten eingespart würden. Diese Kosten würden allerdings dadurch eingespart, dass man weniger Personal für die Bearbeitung der Formalitäten benötigt, also weniger Jobs statt mehr. Die Senkung von Zöllen wiederum würde viele Staatshaushalte der Entwicklungsländer treffen, für die diese häufig noch mit die wichtigste Einnahmequelle sind. Gespart werden müsste dann bei Sozialausgaben und Investitionen. Auch ist zu bezweifeln, dass häufig noch per Hand geerntete Agrarprodukte auf dem Weltmarkt gegenüber westlicher Konkurrenz aus Massenproduktion bestehen könnten, so dass viele Kleinbauern ihre Einnahmequelle verlören, was wiederum weniger Jobs bedeuten würde. Ähnliches gilt für Waren aus Industrieproduktion und für kleine einheimische Händler, die sich, ginge es nach den Wünschen des Westens, plötzlich gegenüber Billig-Discountern behaupten müssten.

Und so bezweifelt auch das kirchliche Hilfswerk „Brot für die Welt“, dass die Entwicklungsländer die Profiteure des Bali-Pakts sind. „Staatliche Nahrungsreserven für Notzeiten als verbotene Subventionen zu werten, ist falsch“, erklärt Francisco Mari, Ernährungsexperte der Hilfsorganisation. „Es zeigt, dass in der WTO wenig Verständnis dafür herrscht, dass Fisch, Reis und Brot Grundnahrungsmittel sind und nicht Handelswaren wie Autos oder Computer.“ *Rebecca Bellano*

Selbst Westen nicht einig

Zum Welthandel gehören auch die nötigen Finanztransaktionen, schließlich müssen Waren bezahlt, muss mit Währungen gehandelt und müssen Absicherungsgeschäfte getätigt werden. Hiermit verdienen die Banken zumeist gutes Geld. Da aber nicht alles international einheitlich geregelt ist, kommt es immer wieder zu Spannungen zwischen den verschiedenen Ländern.

In den letzten Monaten sorgten hier die unterschiedlichen Auffassungen von Paris und Washington für Schlagzeilen. So klagten französische Minister, aber auch Zentralbankchef Christian Noyer darüber, dass die US-Justiz die französische Großbank BNP Paribas zu einer Rekordstrafe von 6,6 Milliarden Euro verurteilt hat. Das Institut hatte Mitte der 2000er Finanztransaktionen in US-Dollar mit Kunden im Sudan, im Iran und auf Kuba durchgeführt, obwohl die USA gegen diese Länder Sanktionen verhängt hatten. Noyer betont jedoch, dass weder nach europäischem noch nach UN-Recht von einem Delikt die Rede sein könne, da die EU bei den Embargen nicht mitgemacht habe. Doch die US-Justiz meinte, weil die bei den Transaktionen verwendete Währung der US-Dollar gewesen sei, gelte US-Recht, selbst wenn die Geschäfte fern der USA durchgeführt worden seien.

Finanzgeschäfte sorgen für Ärger

Lange ließen die EZB, die EU und auch die Mitgliedsstaaten der EU Paris mit seiner Wut allein, obwohl Banken anderer Länder wie der Commerzbank, der Deutschen Bank oder der Unicredit wegen ähnlicher Geschäfte ebenfalls hohe Strafen drohen. Doch nun wollen sich die EU-Finanzminister auf eine gemeinsame Strategie einigen, wie sie gegenüber den USA ihre Interessen vertreten, zumal aus der Wirtschaft der Vorwurf kommt, die US-Justiz schwäche bewusst den Finanzstandort Europa. *Bel*



Frauen bei der Getreideernte im Jahr 2013 in Indien: Vorsintflutliche Erntetechnik, die aber Millionen Menschen ernährt Bild: mauritius

Freihandel voller Fragezeichen

Auch Abkommen mit Kanada und den USA könnten scheitern

Während beim Bali-Pakt bereits feststeht, dass Indien die Rolle des Spielverderbers übernommen hat, ist bei zwei anderen Handelsabkommen trotz des vielen Widerstandes von allen möglichen Seiten noch nicht klar, ob überhaupt einer die Reißleine zieht, bevor es ernst wird und wenn, wer dies gegebenenfalls sein könnte.

Es handelt sich hierbei um Handelsabkommen der EU mit Kanada, Ceta genannt, und den USA namens TTIP. Ceta ist dieser Tage von den Verhandlungsführern als ausgehandelt erachtet worden. Nun werden die 1500 Seiten juristisch geprüft und in alle notwendigen Sprachen übersetzt. Was genau der Inhalt ist, ist bisher nur einem kleinen Kreis Eingeweihter bekannt. Ende September jedoch, bei einem Treffen von Noch-EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso mit Kanadas Ministerpräsident Stephen Harper, soll der Text veröffentlicht werden. Die Gerüchte, die bezüglich des Inhaltes die Runde gemacht haben, verdeutlichen, dass es hier um viel mehr als beim Bali-Pakt geht, der sich dagegen bescheiden ausnimmt. Zwar geht es auch bei Ceta und TTIP um den Wegfall von Zöllen und Bürokratie sowie die Schaffung von einheitlichen Standards, doch schon bei letzterem befürchten Kritiker, dass diese Vereinheitlichung zulasten von Umwelt- und Verbraucherschutz geht.

Freihandel bringt Wohlstand, rufen die Befürworter der Abkommen immer wieder, doch wieso,

Geheimniskrämerei sorgt für massives Misstrauen

fragen sich immer mehr Bürger, Organisationen und auch Politiker, werden die Bedingungen dann hinter verschlossenen Türen ausgehandelt. Vor allem der geplante Investitionsschutz, laut dem ausländische Unternehmen Sonderklagerechte vor Schiedsgerichten, die nicht Teil des rechtsstaatlichen Systems sind, erhalten, sorgt für massives Misstrauen. Selbst Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) meint, dass der Investitionsschutz, der keine neue Erfindung ist, sondern in Abkommen mit Entwicklungsländern, in denen es kein ausgereiftes Justizsystem gibt, vorkommt, in Verträgen zwischen westlichen Staaten nichts zu suchen habe. Allerdings behauptet er, dass TTIP weder das Grundgesetz noch den deutschen Arbeitsschutz aushebeln könne. Als jedoch das ARD-Magazin „Monitor“ um Belege für die Behauptung bat, hieß es vom Wirtschaftsministerium, dass man diese nicht liefern könne, da die Verträge geheim seien. Überhaupt stießen die Journalisten von „Monitor“ bei ihren Recherchen auf eine Mauer des Schweigens oder schlicht Unwissen. „Wir alle werden davon betroffen sein, aber was kommt, soll keiner wissen“, lautete der Tenor der Sendung.

Während über TTIP noch hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, wird demnächst an die Öffentlichkeit gelangen, was Ceta vorsieht. Da es schon jetzt massive Widerstände in allen beteiligten Ländern gibt, die weit über den typischen Protest von Globalisierungskritikern hinausgehen, wird möglicherweise nachverhandelt werden. Dass Ceta, aber auch TTIP wie der Bali-Pakt überhaupt nicht beschlossen werden, wird noch von allen Verhandlungspartnern als nicht denkbar angesehen. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Hans-Jürgen Mahlitz, Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5599**

Schicksal Sachsen

Der Ministerpräsident und CDU-Spitzenkandidat des Freistaates, Stanislaw Tillich, dürfte der Landtagswahl am 31. August eigentlich ganz entspannt entgegensehen, denn seiner Partei werden über 40 Prozent der Stimmen prognostiziert. Allerdings ist absolut offen, wer als Koalitionspartner infrage kommt. Der jetzige Partner FDP kämpft ums Überleben, zugleich hofft die AfD auf Einzug ins Landesparlament und wäre eine mögliche Alternative zu einer Großen Koalition. Doch das brächte der Sachsen-CDU Streit mit der Bundes-CDU ein, die die AfD ablehnt. Die PAZ *befragte die beiden möglichen kleinen Koalitionspartner zu ihren Zielen und Problemen.*



Vorreiter: Die Wahl der Sachsen dürfte auf Thüringen und Brandenburg Auswirkungen haben, wo einige Wochen später die jeweiligen Landtage ebenfalls gewählt werden Bild: pa

Euro nur Randthema

Die AfD will für Sachsen mehr Polizisten, Lehrer und Demokratie

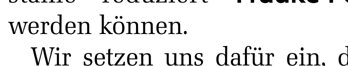
Mit der vierfachen Mutter Frauke Petry als sächsische Spitzenkandidatin der Partei will die AfD den ersten Einzug in ein Landesparlament schaffen. Im Gespräch mit der *PAZ* begründet die 39-Jährige, warum die Euro-kritische AfD auch bei landespolitischen Themen breit aufgestellt sei.

PAZ: *Frau Petry, Ihre Aussage, dass Sie sich nach einem Einzug in den sächsischen Landtag die Tolerierung eines Linksbündnisses vorstellen könnten, dürfte viele Ihrer Wähler verschrecken. Warum wären Sie zu so etwas aus bürgerlicher Sicht Abschreckendem bereit?*

Frauke Petry: Diese Aussage wurde von den Medien leider falsch wiedergegeben. Ich habe klargestellt, dass die AfD weder einer rot-roten Regierung noch einem rot-rot-grünen Bündnis zur Macht verhelfen wird.

PAZ: *Was will die AfD in Sachsen besser machen, sprich, wo sehen Sie Handlungsbedarf?*

Petry: Wir sehen vor allem die Schwerpunkte Bildung und Familie, Innere Sicherheit und Mittelstandspolitik. Wir möchten, dass jährlich 1500 Lehrer neu eingestellt werden, um den massiven Lehrermangel zu beheben. Die AfD fordert weiterhin den Stopp der Polizeireform 2020 und eine Bestandsaufnahme der Polizeiaufgaben und ihrer tatsächlichen Kapazitäten. Anstatt weniger, brauchen wir wieder mehr Polizisten auf dem Niveau von 2004. Wir brauchen mehr Polizeistreifen auf dem Land und verstärkte mobile oder auch stationäre Grenzkontrollen, damit die Drogendelikte und die Diebstähle reduziert werden können.



Frauke Petry Bild: AfD

Wir setzen uns dafür ein, dass der Mittelstand mittelfristig durch ein transparentes Steuersystem und durch Abbau unnötiger Bürokratie entlastet wird, und möchten die Schwelle zur EU-weiten Ausschreibung auf 400000 Euro anheben. Außerdem lehnen wir jegliche Quoten-Regelungen ab und wollen den Meisterzwang erhalten, um die Qualität deutscher Handwerksarbeit zu sichern.

Auch in Sachsen möchten wir die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide senken und außerdem den Landtag verkleinern, da Politiker beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Zu beiden Themen haben wir daher Volksanträge eingebracht und sammeln derzeit Unterschriften.

PAZ: *Die AfD gilt als möglicher Sargnagel für die FDP, die vielleicht wegen zahlreicher Überläufer aus dem liberalen Lager zu Ihrer Partei den Einzug in den Landtag verpasst. Was macht aus Ihrer Sicht die AfD so attraktiv für frustrierte Liberale?*

Petry: Umfragen zeigen, dass die AfD Wähler aus allen politischen Lagern anspricht, so dass wir davon ausgehen, dass es eine breit angelegte Enttäuschung bezüglich der etablierten Parteien in der Bevölkerung gibt. Bei der FDP kommt erschwerend hinzu, dass sie auf allen politischen Ebenen an Inhalt und Profil verloren hat – sie ist weder Rechtsstaats- noch Mittelstandspartei, sondern macht in Sachsen seit fünf Jahren reine Symbolpolitik. Dazu gehören unter anderem die Öffnung von Videotheken und Waschanlagen am Wochenende sowie die unsinnige Umbenennung der Mittelschule in Oberschule. Wer keine Überzeugungen hat, kann auch keine politischen Visionen entwickeln.

PAZ: *Die Medien deuten teils innerparteiliche Debatten in der AfD als Beleg dafür, dass die junge Partei zerstritten sei. Wie erleben Sie die Parteiarbeit?*

Petry: Hier wird für mich ein falsches, mindestens jedoch überzogenes Bild der Partei erzeugt. Meine Erfahrung bundesweit und natürlich in Sachsen ist eine andere: Wir arbeiten konstruktiv und streiten auch immer wieder mit dem Ziel politisch glaubwürdig und erfolgreich zu sein. Diese lebendige Kontroverse unterscheidet uns von anderen Parteien. Diese Diskussionen gehören aus meiner Sicht jedoch zu einer funktionierenden demokratischen Partei dazu.

PAZ: *Spielt die Euro-kritische Haltung der AfD für die Sachsen eigentlich im Wahlkampf eine Rolle und wenn welche?*

Petry: Die Euro-Kritik spielt im Landtagswahlkampf eine untergeordnete Rolle, da es ein europäisches und bundespolitisches Thema ist. Trotzdem werden wir im Wahlkampf darauf hinweisen, dass die sächsische Staatsregierung im Bundesrat der Euro-Rettung ihren Segen gegeben hat und wir werden den Sachsen auch erklären, welche praktischen Folgen das für jeden Bürger haben wird: seit Jahren gesunkene Kaufkraft, Entwertung der Ersparnisse, unsichere Renten und weniger Geld für die drängenden Aufgaben in unserem Land.

Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

MELDUNGEN

Rückendeckung für Merkel

Berlin – Die SPD und der Unternehmer-Flügel der CDU versuchen derzeit gegenseitig, das Thema Kalte Progression für sich zu reklamieren. Jede Seite will damit ihr Profil stärken und bürgerlichen Wählern etwas anbieten, obwohl Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits verkündet hat, dass es keinen finanziellen Spielraum für eine Senkung der indirekten Steuererhöhung im Falle von Gehaltssteigerungen gebe. Nun erhält die Kanzlerin von unerwarteter Seite Rückendeckung, denn für 62 Prozent der Deutschen hat das Thema eine geringe Priorität, obwohl es neben der Inflation der Grund dafür ist, dass die Reallöhne der Arbeitnehmer trotz Gehaltssteigerungen kaum steigen, sondern eher sinken. *Bel*

Gewerkschafter im Clinch

Berlin – Der DGB, Dachverband von acht Gewerkschaften, sieht sich mit dem Problem konfrontiert, zwischen zweien seiner Mitglieder zu vermitteln. Frank Bsirske, Chef der Dienstleistungsgewerkschaft „Verdi“, hat Beschwerde gegen die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) eingelegt, die ihm angeblich 200 Mitglieder abgeworben habe. Deren Vorsitzender Michael Vassiliadis hingegen hebt hervor, dass der Betriebsratsvorsitzende des Netzbetreibers Tennet selbst auf die IG BCE zugekommen sei und um einen Wechsel von rund 200 Tennet-Mitarbeitern gebeten habe, da sie sich von „Verdi“ nicht richtig vertreten fühlten. Zudem habe Bsirske sich abfällig über Tennet geäußert und somit auch dessen Mitarbeiter in ein schlechtes Licht gerückt. Auch in einem anderen Punkt muss der DGB schlichten. Die IG BCE ist für den Abbau der Kalten Progression, „Verdi“ ist das Thema egal. Facharbeiter gegen Niedriglöhner: Der DGB muss entscheiden. *Bel*

Letzte Bastion halten

FDP in Sachsen kämpft gegen Untergang und Sozialdemokratisierung

Verbissen kämpft Holger Zastrow, FDP-Fraktionsvorsitzender im Sächsischen Landtag, um ein passables Abschneiden seiner Partei bei den anstehenden Landtagswahlen. Eine Fortführung der schwarz-gelben Landesregierung ist bereits seit geraumer Zeit in weite Ferne gerückt, da laut Umfragen selbst der Wiedereinzug der Liberalen ins Landesparlament in den Sternen steht. Die Landespartei leidet vor allem an der Schwäche der Bundespartei, deren Fehlentscheidungen der letzten Jahre auch auf die Länder abgefärbt hat.

PAZ: *Herr Zastrow, Sie wollen in Sachsen die liberale Wende einleiten. Was hat der Wähler darunter zu verstehen?*

Holger Zastrow: Wir haben den Ehrgeiz, in Sachsen zu beweisen, dass die FDP noch Wahlen gewinnen kann. Und wir wollen die sächsische CDU-FDP-Koalition als letzte schwarz-gelbe Bastion gegen die komplette Sozialdemokratisierung Deutschlands verteidigen.

PAZ: *Die Führung der Bundes-FDP ist im Wahlkampf in Sachsen nicht erwünscht. Was wollen Sie damit erreichen?*

Zastrow: Wir wollen mit unserer sächsischen Regierungsbilanz, unserem sächsischen Wahlprogramm und unseren sächsischen Kandidaten punkten. Im Übrigen standen wir schon in der letzten Wahlperiode des Bundestags ständig in Opposition zur Bundes-FDP, beispielsweise mit unserem klaren Nein zum Mindestlohn, unserem Nein zu dieser Energiewende oder unserem Kampf für eine Entlastung der berufstätigen Mitte.



Zastrow (r.) mit Ministerpräsident Tillich Bild: action press

PAZ: *Es heißt, die Landtagswahl könnte zur Schicksalswahl für die FDP werden. Wie wollen Sie bewirken, dass sich das Schicksal zum Guten wendet?*

Zastrow: Unsere Bilanz der vergangenen fünf Jahre in der Regierung kann sich sehen lassen. Die Wähler können sehr wohl unterscheiden, ob da eine Bundes-FDP zur Wahl steht, die sich nie gegen den Koalitionspartner CDU hat durchsetzen können – oder eine sächsische FDP, die in einer konstruktiv zusammenarbeitenden Koalition Erfolge wie den Stopp der Schulschließungen im ländlichen Raum vorzuweisen hat.

PAZ: *Die AfD gilt als größte Gefahr für einen Wiedereinzug der FDP ins Landesparlament. Wieso sind die Liberalen aus Ihrer Sicht die bessere Wahl für Bürgerliche?*

Zastrow: Die AfD ist ein Mitbewerber wie alle anderen auch. Da sie keinerlei landespolitisches Profil hat, wird sie es schwer haben. Sachsen ist bürgerlich-liberal regiert, da sehe ich nicht, was die AfD besser machen könnte. Im Landtag wird ja nicht über die Wiedereinführung der D-Mark entschieden.

Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

Anzeige



MELDUNGEN

Aidshilfe nur Deckmantel

New York City – Umfangreichen Recherchen der Nachrichtenagentur Associated Press (AP) zufolge hat die US-Entwicklungshilfebehörde USAID unter dem Deckmantel ziviler Hilfsprogramme junge Lateinamerikaner nach Kuba entsandt, um dort Regimegegner zu rekrutieren. Demnach soll ein in der US-Hauptstadt ansässiger Vertragspartner von USAID Mitarbeiter aus Venezuela, Costa Rica und Peru nach Kuba geschickt haben, die dort Kubaner für regierungsfeindliche Aktivitäten gewinnen sollten. Wie AP weiter berichtet, sollen für die Aktivitäten zivile Programme, darunter auch ein Workshop zur HIV-Prävention, als Deckmantel gedient haben. *N.H.*

Polen will nicht entschädigen

Warschau/Straßburg – Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) muss Warschau 230000 Euro Entschädigung an den Palästinenser Abu Subaida und den Saudi Abd al-Rahim al-Nashiri zahlen. Die CIA hatte die vermeintlichen Al-Kaida-Terroristen 2002 bis 2005 in einem für 15 Millionen US-Dollar gekauften Geheimgefängnis im ostpreußischen Alt Keykuth [Stare Kiejkuty], Kreis Ortelsburg, inhaftiert. Die Publizistin Janina Paradowska und weitere Prominente beklagen jetzt, dass Polen verurteilt wurde und nicht die USA. Leszek Miller, damals Polens Premier, ist heute Straßburgs schärfster Kritiker: „Das Tribunal hat keine Beweise gegen uns, es sollte eher den Tod Tausender Opfer prüfen, die bei Terroristenangriffen in New York und Madrid umkamen. Polen übte Solidarität im Krieg gegen den Terrorismus, worum unser Nato-Partner USA uns gebeten hatte. Heute soll mit unserem Geld die nächste Terrorwelle finanziert werden.“ *W.O.*

Machtmissbrauch absehbar

Schon als Ministerpräsident veränderte Erdogan die Türkei nach seinem Gusto, als Präsident will er freie Hand

Recep Tayyip Erdogan will das parlamentarische System der Türkei zu einer Präsidialdemokratie umbauen, um seine Macht als Präsident zu vergrößern. Damit sind neue Konflikte mit dem Autokraten programmiert – innerhalb der Türkei, aber auch mit der Europäischen Union.

Der 60-jährige Erdogan wurde mit 51,8 Prozent der Stimmen bereits im ersten Wahlgang für fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Auf seinen farblosen Gegenkandidaten Ekmeleddin Isahnoglu – den vorher kaum bekannten 71-jährigen studierten Chemiker hatten die oppositionelle „Republikanische Volkspartei“ und die „Partei der nationalistischen Bewegung“ gemeinsam aufgestellt – entfielen 38,5 Prozent der Stimmen. Isahnoglu war von 2005 bis 2013 Generalsekretär der internationalen Organisation für Islamische Zusammenarbeit. Wie stark Erdogans islamische Agenda längst die Politik des Landes prägt, zeigt sich auch darin, dass selbst die säkularen Parteien meinten, mit Isahnoglu einen frommen Muslim präsentieren zu sollen. Der vor allem von den Kurden gewählte Rechtsanwalt Selahattin Demirtas erzielte mit 9,8 Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg.

Auch weil Erdogan vor allem die Fernsehsender direkt oder indirekt in der Hand hat, war sein Wahlsieg vorhersehbar. Viele Türken halten Erdogan den Wirtschaftsaufschwung während seiner elfeinhalbjährigen Amtszeit als Ministerpräsident zugute. Sein konfrontatives Auftreten – im Wahlkampf heizte er auch den Nationalismus weiter an, bediente massiv antiisraelische Ressentiments und sparte nicht mit abfälligen Äußerungen über Minderheiten wie Aleviten und Armenier – hat die Gesellschaft jedoch weiter gespalten. Das zeigt sich auch, wenn man schaut, in welchen Landesteilen er wie abgeschnitten hat. Während Erdogan vor allem in Zentralanatolien gewann, erhielt Isahnoglu die meisten Stimmen in der Westtürkei entlang der Mittelmeerküste, der Kurde Demirtas im Südosten des Landes. Die Wahlbeteiligung der 56 Millionen Wahlberechtigten lag bei rund 77 Prozent. Die Wahlbeteiligung bei den rund 2,8 Millionen Auslandstürken betrug nur etwas mehr als acht Prozent. Der Stimmenanteil für Erdogan unter den in Deutschland lebenden Türken soll fast 70 Prozent betragen.

Bereits vor der Wahl hatte Erdogan angekündigt, die Befugnisse des Präsidentenamtes stärker auszuschöpfen als sein Amtsvorgänger Abdullah Gül. Gemäß Verfassung könnte Erdogan noch einmal wiedergewählt werden, mithin noch zehn Jahre amtieren. Wenn Erdogan das Präsidentenamt auch um formelle rechtliche Befugnisse erweitern will, braucht er eine verfassungsändernde Mehrheit im Parlament. Ob eine solche bei den Parlamentswahlen 2015 zustande kommt, erscheint fraglich. Die erste Direktwahl durch das Volk verleiht

> Eingriffe in die Justiz und die Pressefreiheit schon jetzt alltäglich

Erdogan aber schon jetzt eine größere Autorität im Präsidentenamt.

Bisher lag die politische Macht vor allem beim Ministerpräsidenten. Dem Präsidenten kam eine eher repräsentative Funktion zu. In Artikel 101 der türkischen Verfassung heißt es: „Die Beziehungen des zum Präsidenten der Republik Gewählten zu seiner Partei werden abgebrochen.“ Erdogan soll aber bereits erklärt haben, er werde „kein überparteilicher Präsident“ sein. Der nächste Ministerpräsident dürfte ein loyaler Gefolgsmann sein. Als mögliche Ministerpräsidenten werden der bisherige Außenminister Ahmet Davutoglu, der frühere Verkehrsminister Binali Yıldırım, der frühere Parlamentspräsident Mehmet Ali Sahin sowie der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Arinc genannt. Letzterer gehört zum besonders konservativen Flügel der AKP sowie zur Führung der islamischen Bewegung Milli Görös; er tritt für eine Umwandlung der Hagia Sophia in eine Moschee ein. Kurz vor der Wahl hatte er erklärt, es sei nicht sittsam, wenn Frauen laut in der Öffentlichkeit lachen. Das trug ihm viel Spott von Türkinnen ein, die umgehend zahlreiche Fotos von fröhlich lachenden Geschlechtsgenossinnen auf Facebook oder Twitter posteten.

Ein im März von Erdogans Regierung verhängtes Verbot von Twitter und Youtube hob das Verfassungsgericht im April auf. Künftig wird wohl auch nur das Verfassungsgericht noch hin und wieder eine Schranke für den Machtwillen Erdogans bilden. In Artikel 105 der Verfassung heißt es dabei: „Gegen die vom Präsidenten der Republik eigenverantwortlich unterzeichneten Beschlüsse und Anordnungen können die Behörden der Rechtsprechung einschließlich des Verfassungsgerichts nicht angerufen werden.“ Laut Verfassung ernennt der Präsident nicht nur den Ministerpräsidenten, sondern kann auch, „wenn er es für erforderlich hält“, den Vorsitz im Ministerrat übernehmen oder diesen unter seinem Vorsitz einberufen. Der Präsident entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte und ernennt unter anderem den Generalstabschef und die Mitglieder des Verfassungsgerichts.

Schon als Ministerpräsident waren ihm auch von der EU Eingriffe in die Justiz, die Pressefreiheit und die Verletzung der Gewaltenteilung vorgeworfen worden. Das perlte an Erdogan allerdings ab. Vermutlich ist er gar nicht mehr an einem Beitritt zur EU interessiert, da er sich von ihr keine Vorschriften machen und keine Souveränität abgeben will. Die EU und auch deutsche Politiker werden aber am falschen Ziel eines türkischen EU-Beitritts festhalten. Noch am Abend von Erdogans Wahlerfolg twitterte der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth (SPD): „Jetzt erst recht Beitrittsverhandlungen mit Türkei fortsetzen und auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit fokussieren.“ *Michael Leh*



Die Türkei wird sich weiter verändern: Erdogan wird die Islamisierung vorantreiben Bild: pa

Russenhass wächst

Polnische Medien machen Stimmung

In polnischen Augen sind Russen perfekte Eigentorschützen, und der russische Umgang mit Sanktionen verrät, dass die Polen gar nicht so unrecht haben. Da hat Moskau am 1. August ein Importverbot für polnisches Obst und Gemüse erlassen, das Polen kaum wehtut, da nur sieben Prozent seiner Nahrungsexporte nach Russland gehen. Geschädigt sind die Russen selber: Polen ist der weltgrößte Produzent und Exporteur von Äpfeln, wobei 1,2 Millionen Tonnen nach Russland gingen, wo sie die Hälfte des dortigen Markts ausmachten. Falls Polen Schaden erleidet, springt Brüssel ein, aber das wird kaum nötig sein. Polen findet neue Zwischenhändler, seine Presse stichelt: „Es reicht, dass jeder Pole im Jahr 4,5 Kilo Äpfel mehr isst, und das Embargo läuft ins Leere.“ Die Aktion „Jedzjablka“ („Iss Äpfel“) wurde bereits gestartet.

> Alte Ängste werden geschürt

Polen hassen Russland wegen erlittenen Unrechts seit Jahrhunderten. Beispielsweise 1944 hatten 380000 Kämpfer der nationalen „Landesarmee“ ihre Aktion „Burza“ (Sturm) gegen die Deutschen gestartet, von denen sie besiegt wurden, auch weil Josef Stalins Rote Armee untätig zuschaute, um später 50000 überlebende Kämpfer nach Sibirien zu deportieren.

Noch sehen Polen schadenfroh, wie Moskau dasteht und polnische Medien lästern über Russlands „wüste Korruption“, „Wirtschaft ohne Perspektive“, „Landflucht ohne Ziel“, „Verfall von Bildung und Journalistik“ sowie „generelle Verblödung des Volks“. Das Riesenreich sei ein „Koloss auf Gasfüßchen“, westliche Sanktionen kosteten es 30 Milliarden US-Dollar. Polen fürchtet aber auch, Russland könnte sich aus der Isolation durch Provozierung eines Krieges „befreien“, für den es aus polnischer Sicht seit Jahren mit Kampfjet-Flügen über Nato-Ländern in der Nachbarschaft übe.

Aber auch Moskauer Angriffe gegen Polen werden aggressiver: „Polen schult ukrainische Banditen, seine Bataillone kämpfen in der Ukraine.“ Was Premier Donald Tusk im April sagte, „besser als alle papierenen Garantien ist starke Präsenz der Nato in Polen“, ist inzwischen allpolnischer Konsens. Man fühlt sich bedroht und wünscht ein militärisches Engagement der USA und US-Raketenabwehrsysteme in Polen. *W.O.*

Kritik an Kiew ist tabu

Lage in Ostukraine weiter instabil – Jazenjuk droht mit Transitstopp für Gas

Eine Deeskalation des Ukrainekonflikts ist noch lange nicht in Sicht. Auf eine groß angelegte Militärübung der Russen, die zum Teil auch in der Nähe der ukrainischen Grenze abgehalten wurde mit Schwerpunkt 650 Kilometer entfernt, reagierte die Nato mit erhöhter Einsatzbereitschaft, das Pentagon verspricht Kiew Militärhilfe in Millionenhöhe. Der ukrainischen Regierung fehlt trotz großer Unterstützung aus dem Westen Durchsetzungskraft: Präsident Pjotr Poroschenko rennt die Zeit davon. Bis zum Winter will der Staatschef die Separatisten aus dem Donezker Gebiet vertrieben haben, doch immer noch halten diese einige Stadtkerne besetzt. Jeder weitere Monat Kampfhandlungen kostet Kiew umgerechnet 130 Millionen US-Dollar. Diese Summe kann die am Boden liegende ukrainische Wirtschaft nicht aufbringen. Auch wenn das Parlament Steuererhöhungen beschlossen hat, werden diese bei einer Inflation von 19 Prozent und einem Stillstand der Industriebetriebe die Defizite nicht ausgleichen können.

Kiews Bürgermeister Vitalij Klitschko bereitet die ständige Belagerung des Majdan Probleme. Noch immer halten sich dort 700 bis 1000 Menschen auf, die mal als russische Provokateure, mal als Kriminelle bezeichnet werden und sich weigern, ihre Zeltlager zu verlassen. Der Versuch, den Platz gewaltsam räumen zu lassen, endete in einer Straßenschlacht. Die Stadtmiliz zog sich zurück.

Das Volk zeigt sich indes kriegsmüde. Soldaten fehlt offensichtlich die Motivierung, da die Versorgung der Truppen als schlecht gilt, der Sold meist ausbleibt, zu Hause indessen Schulden auflaufen, da Banken trotzdem die Raten für laufende Kredite verlangen, auch wenn einberufene Soldaten diese nicht mehr bedienen können. Bei einem offiziellen Kriegszustand müssten Banken die Tilgungen aussetzen, aber Kiew weigert sich, die Kampfhandlungen in der Ostukraine als Krieg einzustufen. Kreditausfälle in Höhe von 40 Prozent sind die Folge. Inzwischen regt sich Unmut gegen die vielen Einberufungen. Vor allem in der Westukraine sorgten Einberufungsbefehle bei Angehörigen der rumänischen und ungarischen Minderheit für Proteste: Frauen und Mütter errichteten Barrikaden und stürmten Wehrämter.

> Luftangriffe treffen Zivilbevölkerung in Lugansk und Donezk

Inzwischen setzt die ukrainische Armee Artillerie- und Raketenbeschuss sowie Luftangriffe im Kampf um Donezk ein, ohne Rücksicht auf die noch verbliebene Zivilbevölkerung von etwa 600000 Menschen. Zwar wurden diese aufgefordert, die Stadt über einen Fluchtkorridor zu verlassen, aber die Menschen wissen nicht, wohin. Spezielle Auffanglager wurden nicht eingerichtet, einen geordneten Plan gibt es nicht. Inzwischen werden selbst Krankenhäuser, Apotheken, Kindergärten und Schulen beschossen. Niemand weiß, was mit Kranken und alten Menschen geschieht, die die Stadt aus eigener Kraft nicht verlassen können. In Lugansk leben 250000 Menschen ohne Trinkwasser und Strom. Es fehlt an Medikamenten und medizinischem Personal.

Inzwischen droht eine humanitäre Katastrophe in den schwer umkämpften Städten Lugansk und Donezk. Die anwesenden Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes bemängeln, dass die Arbeit in der Region äußerst schwierig sei, weil beide Konfliktparteien die Helfer oft nicht durchließen oder ihre Kompetenz anzweifelten. Die Militäroperation der ukrainischen Regierung behindere die Arbeit zusätzlich.

Unisono verlangen USA und EU von Russland, sich für eine Deeskalation in der Ostukraine einzusetzen, indem Moskau auf die Separatisten einwirkt und Waffenlieferungen einstellt. Doch vonseiten der ukrainischen Regierung ist der Wille, Frieden und Ordnung wiederherzustellen, ebenso nicht erkennbar. In westlichen Medien vermisst man Kritik hieran ebenso wie an der Tatsache, dass ihre „Antiterroroperation“ die Bombardierung von Städten einschließt, in denen sich hunderttausende Zivilisten aufhalten. Hierüber verliert niemand ein Wort.

Solange der Westen auf Sanktionen gegen Russland setzt, ist mit einem Ende des Konflikts nicht zu rechnen. Inzwischen bekommt die Ukraine selbst die Folgen der Sanktionen zu spüren, weil Russland mit Importverboten westlicher, aber eben auch ukrainischer Waren reagiert.

Wohl in Verzweiflung hat nun Regierungschef Arsenij Jazenjuk einen Transitstopp für russisches Gas angekündigt, was vor allem die westlichen Verbraucher treffen würde. Es sei an den Energieengpass von 2009 erinnert, als Bulgarien seine Schulen nicht beheizen konnte. Kanzlerin Angela Merkel mahnte die Ukraine, nicht mit solchen Drohungen zu spielen. *MRK*

Justitia bald zweisprachig?

Hamburg und NRW wollen Rechtsstreitigkeiten in Handelsfragen auch auf Englisch verhandeln lassen

Die entsprechende Vorschrift ist eindeutig und hat Tradition. Seit 1877 steht im Gerichtsverfassungsgesetz niedergeschrieben: „Die Gerichtssprache ist Deutsch.“ Damit soll es, wenn es nach dem Willen des Hamburger SPD-Senats und der rot-grünen Landesregierung Nordrhein-Westfalens geht, bald vorbei sein.



Bild: action press

In Hamburg kommen Waren aus allen Teilen der Welt an: Rechtsstreitigkeiten zwischen Vertragspartnern sind hier alltäglich

Beide Länder haben eine Initiative im Bundesrat gestartet, „Rechtsstreitigkeiten in Handelsfragen“ künftig auch auf Englisch verhandeln zu können. Damit folgt die Politik einem langgehegten Wunsch von Unternehmen und international tätigen Großkanzleien. „Wir wollen den Rechts- und Wirtschaftsstandort Hamburg stärken und internationale Rechtsstreitigkeiten nach Hamburg holen“, sagte Justizsenatorin Jana Schiedek (SPD) dem „Hamburger Abendblatt“.

In einem Gesetzentwurf schlägt der Bundesrat dem Bundestag nun vor, bei Landgerichten Kammern für internationale Handelssachen einzurichten, bei denen Englisch als Verfahrenssprache gewählt werden kann. Voraussetzung müsse zum einen ein internationaler Bezug des jeweiligen Rechtsstreits sein, dass also etwa Verträge zwischen den Firmen auf Englisch verfasst sind, und zum anderen soll es erforderlich sein, dass sich beide Parteien für Englisch entscheiden.

Den Vorschlag hatte der Hamburger Senat schon einmal im Jahr 2011 gemacht. Bei einer Expertenanhörung im Bundestag hatten sich daraufhin fünf von sieben Fachleuten für diese Initiative ausgesprochen. Durch den bevorstehenden Ablauf der Wahlperiode konnte sich die damalige schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin aber nicht mehr auf ein gemeinsames Vorgehen verständigen. CDU und SPD haben mittlerweile positiv auf den Vorstoß der beiden Länder reagiert. Namhafte Juristen haben dabei klargestellt, dass es nicht um Nachbarschaftsstreitigkeiten oder Erbrechtsfälle gehe. Diese würden auch künftig „selbstverständlich“ auf Deutsch verhandelt. Auch vorgebrachte Befürchtungen, ein deutsches Gericht könnte irgendwann auf Türkisch verhandeln, seien „unbegründet.“ Es gehe vielmehr um den länderübergreifenden Zwist zwischen Unternehmen. Diese würden sich immer seltener in Deutschland streiten und stattdessen vereinbaren, vor Gerichte im Ausland zu ziehen, vor allem in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien.

> Wäre Hamburg öfter Gerichtsstandort, profitierten Kanzleien

„Englisch ist zur Lingua franca der globalisierten Wirtschaft geworden“, erklärt der Professor Hein Kötz, emeritierter Direktor des Max-Planck-Instituts für internationales Privatrecht in Hamburg. „Die ausländischen Vertragspartner eines deutschen Unternehmens werden immer lieber Englisch als Deutsch reden – selbst wenn sie aus Honduras oder Bolivien kommen.“ Die Hamburger Handelskammer befürwortet den Vorstoß des Senats entschieden. „Hamburg ist ein internationaler Standort. Viele internationale Verträge werden auf Englisch verfasst. Bei Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen ist dann der Rechtsstandort aber meist London, weil dort Englisch gesprochen wird“, erklärte die stellvertretende Geschäftsführerin Petra Sandvoß gegenüber dem „Abendblatt“.

Ein entsprechendes Pilotprojekt sei in Nord-rhein-Westfalen gestartet worden. An drei Gerichten könnten Parteien auf Wunsch in Englisch verhandeln lassen. Die Nachfrage sei bisher eher gering gewesen, dies hinge aber mit der ungeklärten rechtlichen Situation zusammen. Denn Urteile und Schriftsätze müssten auch dort noch auf Deutsch verfasst werden. International agierende Unternehmen würden schon in den Verträgen eine Schiedsgerichtsbarkeit vereinbaren oder als Gerichtsstand ein anderes Land festschreiben. Dem Staat gingen damit wertvolle Einnahmen verloren, zudem würden große Kanzleien lukrative Mandate verlieren.

Als Knackpunkt stellt sich nun die Sprache heraus. Befürworter der Initiative weisen darauf hin, dass es den Dolmetschern vor Gericht oftmals an wirtschaftlichen Detailkenntnissen fehlen würde. „In meinen sieben Jahren als Vorsitzende einer solchen Kammer habe ich oft erlebt, wie durch die Übersetzungen ins Deutsche viele Nuancen und Details verlorengehen“, erklärte die Duisburger Richterin Brigitte Kamphausen gegenüber der „FAZ“.

> Bedeutungsverlust der deutschen Sprache als Folge

Doch es gibt auch in der umgekehrten Richtung entsprechende Befürchtungen. „Die Idee ist gut, aber wir wissen nicht, ob sie wirklich durchsetzbar ist“, teilt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag mit. Es sei ungewiss, ob die Richter fit genug in der Fremdsprache seien und ob sich sprachkundige Sachverständige finden lassen würden.

Beim Verein Deutsche Sprache stieß das Gesetzesvorhaben auf große Kritik. „Damit wird dem Bedeutungsverlust der deutschen Sprache Vorschub geleistet“, sagt Hans Kaufmann, Regionalleiter des Vereins, dem „Hamburger Abendblatt“. Sollten Verhandlungen künftig auf Englisch abgehalten werden, käme das einer „sprachlichen Selbstkolonisierung“ gleich.

Ein Blick in das benachbarte Ausland zeigt, dass der Vorstoß zumindest ungewöhnlich ist. In mehreren Ländern der Europäischen Union wurde in der Vergangenheit zwar darüber diskutiert, aber lediglich in Frankreich kam es bisher zu Ergebnissen. Dort kann nicht nur in Englisch, sondern auch in Deutsch und Spanisch verhandelt werden. Doch das Urteil muss in Französisch gesprochen und geschrieben werden. Denn die Landessprache wird seit dem 4. August 1994 durch das „Gesetz betreffend den Gebrauch der französischen Sprache“ geschützt. Und dieses sogenannte loi toubon gilt in Frankreich als nicht verhandelbar. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

EZB vertraute Espirito Santo

Frankfurt am Main – Trotz Rettung werden Aktionäre und einige Anleihegläubiger der portugiesischen Banco Espirito Santo (BES) ihr Geld verlieren. Auch der EZB drohen möglicherweise Verluste, da sie bis vor Kurzem noch Anleihen der Bank als Sicherheit akzeptiert hat. In welcher Höhe die EZB jedoch BES-Papiere hält, ist nicht an die Öffentlichkeit gelangt. *Bel*

Teurere Flüge wegen Pensionen?

Berlin – Vor dem Hintergrund der Verhandlungen zwischen Berlin und Brüssel über die Fluggebühren für 2015 bis 2019 fordert die Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS) deren Erhöhung um 30 Prozent. Das bundeseigene Unternehmen begründet diese Forderung mit seinen Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 3,5 Milliarden Euro, die auch wegen der Niedrigzinsen nicht mehr gedeckt seien. Zudem liege die Zahl der Flugbewegungen zehn Prozent unter der Prognose für dieses Jahr, so dass auch hier Einnahmen wegfielen. Um die Lücke bei den Betriebsrenten zu schließen, müssten 1,3 Milliarden Euro innerhalb der nächsten 15 Jahre angespart werden, weil dann dass das Gros der Mitarbeiter in Rente gehe. *U.B./PAZ*

Moskau zapft Rentenfonds an

Moskau– Zunächst zur Stützung der angeschlagenen Banken gedacht, nun, um die Sanktionen des Westens abzufedern, greift die Regierung Spareinlagen privater Rentenversicherungen ab. Diese Maßnahme sollte bislang nur für 2014 gelten, doch Regierungschef Medwedjew gab kürzlich eine Verlängerung bis 2015 bekannt. Der Finanzsektor befürchtet Einbußen im Wertpapierhandel, da das Vertrauen in Staat und Banken auf dem Nullpunkt sei. *MRK*

Abschreckendes Beispiel

Frankreich: Mietpreisbremse schwächt Bausektor, doch Berlin folgt Paris

Ein Prestigeprojekt der europäischen Linken wird zum Rohrkrepierer. Eigentlich wollte Frankreichs sozialistischer Staatspräsident François Hollande den großen Befreiungsschlag führen. Mittels einer Mietpreisbremse sollte „günstiges Wohnen für alle“ per Gesetz garantiert werden. Doch eine erste Bilanz fällt nun ernüchternd aus. Dabei hatte Wirtschaftsminister Arnaud Montebourg in der vergangenen Woche nach 100 Tagen im Amt einen Fahrplan für die wirtschaftliche Wende Frankreichs vorgestellt. Er wolle sich mit dem „französischen Mittelstand versöhnen“.

Doch zu eben jenem Mittelstand gehört die Bauindustrie. Und von dort kamen zuletzt beunruhigende Zahlen. Der Neubau von Wohnungen ist auf den niedrigsten Stand der letzten 15 Jahre gesunken, die Baubeginne lagen im zweiten Quartal 19 Prozent unter dem Niveau von 2013. Die Zahl der beantragten Baugenehmigungen ist um mehr als 13 Prozent ebenfalls zurückgegangen. Anfang des Jahres war das Gesetz zur Regulierung der Mietpreise in Kraft getreten. Die Regierung wollte mit der Begrenzung der Mieten Wohnraum in teuren Gegenden günstiger machen. Um Hauskäufer zu schützen, schreibt das Gesetz auch mehr Unterlagen von den Verkäufern vor, was zu einem Rückgang bei den Hausverkäufen führte und die Dauer der Abwicklung verzögerte, wodurch dem Staat eingeplante Steuereinnahmen verlorengingen.

„Das Baugewerbe befindet sich im absoluten Kollaps“, so Dominique Barbet, Analyst bei BNP Paribas. Der Rückgang im französischen Wohnungsbau habe das Bruttoinlandsprodukt schon 2013 um 0,4 Prozentpunkte geschmälert. Für einen wirtschaftlichen Aufschwung sei ein florierendes Baugewerbe aber unerlässlich. Die Branche habe den Vorteil, dass sie sich leicht ankurbeln lasse, gering qualifizierte Arbeitskräfte einstelle und private Investitionen fördere: „Die Mieten sind teilweise extrem hoch, weil es zu wenig Neubauten gibt. Aber wenn die Regierung alles komplizierter macht, wird sie das Problem nicht lösen“, sagte Barbet.

> Es werden viel zu wenig Wohnungen gebaut

Staatspräsident Hollande hat mittlerweile eine Modifizierung der Regelung angekündigt, doch der bislang eingetretene Schaden ist hoch. Die französischen Probleme werden auch in der Bundesrepublik aufmerksam verfolgt. Denn die Große Koalition aus CDU und SPD hatte sich ebenfalls auf eine Mietpreisbremse verständigt, die im kommenden Jahr in Kraft treten sollte. Doch die Ausarbeitung verzögert sich, vor allem, weil es in der Union Widerstände gegen die Neuregelung gibt.

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) überwiegen langfristig deutlich die Nachteile der geplanten Mietpreisbremse – sowohl für Vermieter als auch für Mieter. „Die Mietpreisbremse behandelt die Symptome, nicht die Krankheit“, erklärten die DIW-Ökonomen Konstantin Kholodilin und Dirk Ulbricht: „Sinnvoller wäre es, das Problem an der Wurzel zu lösen und das Angebot zu erweitern – also mehr Wohnungen zu bauen. Dazu muss der Wohnungsbau billiger werden.“ Die Erfahrungen in Frankreich zeigen, dass diese Einschätzung zutreffend sein könnte. *P.E.*

Fluchtburg Hongkong

Russische Unternehmen bringen Gelder vor Sanktionen in Sicherheit

Als weiterer Kollateralschaden westlicher Russland-Sanktionen kann der Finanzplatz Hongkong punkten, indem er sich russischen Firmen als sanktionssichere Fluchtburg anbietet. Wie der Wirtschaftsinformationsdienst Bloomberg berichtet, haben verschiedene russische Konzerne damit begonnen, liquide Gelder, die bisher in Euro oder US-Dollar gehalten wurden, in Hongkong-Dollar umzuschichten.

Der Schritt, Vermögen in die ehemalige britische Kronkolonie zu verlagern, bietet gleich mehrere Vorteile. Die Anbindung des Stadtstaates an die Volksrepublik China kann als Garantie dafür gelten, dass die umgeschichteten russischen Unternehmensgelder nicht in die Reichweite westlicher Sanktionen kommen. Anders als der chinesische Yuan ist der Hongkong-Dollar jedoch frei konvertibel und kann so von den russischen Firmen für internationale Geschäfte eingesetzt werden. Kursverluste sind kaum zu fürchten. Bereits seit 1983 ist der Wechselkurs des Hongkong-Dollar fest an den US-Dollar angebunden. Die „Hong Kong Monetary Authority“ hat es durch Käufe oder Verkäufe am Währungsmarkt seitdem geschafft, die Schwankungsbreite des Wechselkurses zum US-Dollar auf einen Prozentpunkt zu begrenzen.

Bereits die erste Welle westlicher Sanktionen habe dazu geführt, dass viele russische Banken Verbindungen nach Hongkong aufnahmen, so ein Analyst der Otkritie Bank. Nachdem die EU und die USA die Sanktionen inzwischen nochmals verschärft haben, entdecken nun auch namhafte Größen der russischen Wirtschaft wie der Rohstoffkonzern Norilsk Nickel den Finanzplatz Hongkong.

> Die Währung ist nicht weicher als der US-Dollar

Die Abwendung von Euro und US-Dollar ist nicht nur eine effektive Absicherung gegen westliche Sanktionen, langfristig winkt sogar ein Aufwertungsgewinn. Bereits seit geraumer Zeit hat sich gezeigt, dass der Hongkong- gegenüber dem US-Dollar unterbewertet ist und unter Aufwertungsdruck steht. Inzwischen wird es nicht mehr ausgeschlossen, dass Hongkong seine feste Bindung an den US-Dollar wieder aufgibt. Einen solchen Schritt hat es bereits im Jahr 1974 gegeben. Gestiegene Staatsschulden und hohe Inflationsraten in den USA hatten damals dazu geführt, dass Hongkong nach nur zwei Jahren seine feste Koppelung an die US-Währung wieder fallen ließ. Jahrzehnte später führt ein Vergleich wirtschaftlicher Fundamentaldaten immer öfter erneut zu der Frage, warum sich Hongkong mit seiner Währung eigentlich noch lange an den US-Dollar binden soll. So gilt der Stadtstaat inzwischen als eines der wohlhabendsten Länder der Welt und weist ebenso einen Leistungsbilanzüberschuss wie ein Plus im Staatsbudget auf. Die ehemalige britische Kronkolonie zählt zu den 50 Ländern mit der geringsten Staatsverschuldung weltweit, während aus den USA regelmäßig neue Rekordschuldenstände gemeldet werden. „Die USA sind nicht mehr die unangefochtene Supermacht, die sie einst waren. Hongkong ist stark genug, um problemlos auf eigenen Beinen zu stehen“, so die Einschätzung des Währungsspezialisten Simon Black auf dem Finanzblog „Sovereign Man“ zu den Aussichten einer Loslösung vom US-Dollar. *N.H.*

Pfui Teufel

Von Maria Bornhöft

Sie ist so charmant, so lebensnah und amüsant, da möchte man einfach glauben, was einem die Werbung von Edeka vermitteln will: Edeka ist gut. „Wir lieben Lebensmittel“, lautet schließlich auch der Werbeslogan der im Edeka-Verbund zusammengeschlossenen Einzelhändler. Doch der Skandal um fünf schleswig-holsteinische Schweine-Mastbetriebe, die für Edeka produzieren, kratzt massiv am Eigenbild des guten Händlers.

Wäre es nur ein Mastbetrieb bei dem Tierschützer aufgedunsene, verwesende Tierleichen im Gang und Schweine mit abgebissenen, blutenden Ohren und Schwänzen entdeckt hätten, dann hätte man noch sagen können, dass da ein Betrieb eben durch die Kontrollen gerutscht sei, aber bei gleich fünf betroffenen Betrieben muss sich die Edeka-Gruppe fragen lassen, was da passiert ist.

Damit, dass der Staat bei seinen Kontrollen auch aufgrund fehlenden Personals regelmäßig versagt, rechnet man aufgrund der Erfahrungen der nahen Vergangenheit bereits. Dass aber ein so auf das Image bedachtes Unternehmen die dem Konsumenten versprochenen regelmäßigen Kontrollen der selbst gewählten hohen Standards nicht durchführt, enttäuscht bitterlich. Wenn so etwas bei einem Billig-Discounter passiert, ist das ärgerlich genug. Edeka mit seinen keineswegs günstigen Preisen darf sich derartige Verfehlungen jedoch keineswegs leisten.

Kippings Irrweg

Von Hans Heckel

Unter der Parole „Urlaub für alle“ hat die Co-Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, den Vorschlag gemacht, Kindern aus armen Familien Urlaubsreisen auf Steuerzahlerkosten zu bewilligen. Ein Gutschein über 500 Euro solle den Kindern dafür jährlich ausgestellt werden.

Dass Kinder Urlaub machen sollten, will niemand bestreiten. Und doch bietet Kippings Vorschlag ein gutes Beispiel für einen Gerechtigkeitsbegriff, der letztlich in die Irre führt und bestehende Ungleichheit durch eine neue Ungerechtigkeit ersetzt.

Viele Familien, die nicht unter den Begriff der „Bedürftigen“ fallen, müssen heute hart dafür arbeiten und eisern sparen, um 500 Euro Urlaubskasse für jedes Kind zusammenzubringen, insbesondere natürlich die, welche viele Kinder großziehen. Zumal, wenn sie zudem für die Ausbildung ihrer Kinder sparen oder ein Haus abzahlen, um ihrem Nachwuchs später etwas Solides hinterlassen zu können.

Mit Kippings Idee entstünde eine Drei-Klassen-Gesellschaft: Oben die, für die ein Urlaub mit ganzer Familie finanziell kein Problem darstellt, unten die, welchen der Staat bei der Reise finanziell unter die Arme greifen soll, und in der Mitte das Gros der hart arbeitenden Steuerzahler, die solche Ausgaben nur mühsam stemmen, diese aber weiter ohne öffentliche Hilfe bewältigen müssen.

Es gibt zahlreiche von Vereinen, Gemeinden oder Kirchen organisierte Ferienprogramme und -fahrten für einen kleinen Kostenbeitrag, die allen offen stehen. Wenn Kipping etwas bewegen will, sollte sie dort unterstützend tätig werden.

Probleme aussitzen

Von Rebecca Bellano

Menschen aus Eritrea, Syrien, Afghanistan, Somalia, Serbien, Pakistan, Albanien und Äthiopien gehen in den großen weißen Zelten ein und aus. Allein die unterschiedliche Hautfarbe verrät auf dem zweiten Blick, dass dies kein typisches Flüchtlingslager in einem Krisengebiet dieser Welt ist, dafür liegen die Herkunftsländer der überwiegend männlichen Personen zu weit auseinander. Allerdings mag man es nicht glauben, wenn man hört, dass es sich hier um die Hessische Erstaufnahmeeinrichtung in Gießen handelt. Ab sofort müssen Flüchtlinge, die neu in Hessen ankommen, in Zelten übernachten, vermeldete das zuständige Regierungspräsidium in Gießen am vergangenen Montag.

Allerdings ist die hessische Studentenstadt kein Einzelfall in Deutschland, auch andere Einrichtungen für Asylbewerber platzen aus allen Nähten. Und sie werden es auch weiter tun, das machen die täglichen Nachrichtenmeldungen deutlich. Denn an der Ost- und Südgrenze Europas nimmt die Zahl der gewaltsamen Konflikte zu und so mischen sich immer mehr Krisen-Flüchtlinge unter die Wohlstandsflüchtlinge, die in Europa auf ein besseres Leben hoffen.

> Teile der Welt stehen in Flammen, und wir bauen Zelte auf

Täglich wagen derzeit Tausende die Fahrt über das Mittelmeer, nicht mitgezählt jene, die über den Landweg oft unerfasst bis in das Land ihrer Träume reisen, das häufig Deutschland oder Großbritannien heißt. Sie bringen all ihre Ängste und Hoffnungen, aber auch ihren Hass mit, der sich so manches Mal auch auf unserem Boden entlädt, wie der Angriff von Islamisten auf Jesiden in Herford dieser Tage gezeigt hat.

Und was tut die Bundesregierung? Sie liefert keine Waffen mehr. Egal ob an die Russen oder auch an die Kurden im Irak. Man muss kein Freund von Waffenlieferungen sein, um im Falle des Iraks Zweifel an dieser Entscheidung zu äußern. Da erstürmen seit Monaten Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) den Irak, und wir sehen zu, wie Kurden und Christen der Region ihre Opfer werden. Wer das zu erwartende Massaker überlebt, wird vermutlich irgendwann schwer traumatisiert in Europa Asyl beantragen.

Was passiert hier eigentlich gerade, fragt man ungläubig, wenn man in der „Tagesschau“ etwa 20 Studenten aus dem kurdischen Erbil sieht, unter ihnen vier Mädchen, die Kalaschnikows ausgehändigt bekommen und ungläubig auf die Waffe schauen. In den Augen schimmert der Mut der Verzweiflung, der auch den deutschen Fernsehzuschauer nicht kalt lässt. Allerdings ist eine Waffe in der Hand das Beste, was den jungen Leuten passieren kann, denn Schreckensmeldungen über das Wüten des IS machen deutlich, dass dieser keine Gnade für jene kennt, die sich nicht sofort unterwerfen. Und da die irakische Regierung ihren Bürgern vor der herannahenden Gefahr keinerlei Schutz gewährt, bleibt den Menschen nur die Selbstverteidigung.

Doch bei allem Verständnis für die Not dieser Menschen fragt man sich, warum die Bundesregierung nicht endlich irgendwie auf die aktuelle Entwicklung reagiert. Zeltstädte in deutschen Städten sind keine Lösung.



Täglich kommen Tausende über das Mittelmeer nach Europa: Weder bundes- noch EU-weit gibt es Pläne, wie auf den wachsenden Zustrom von Asylbewerbern reagiert werden soll

Bild: action press

Moment mal!



Überall ein Krieg der Bilder

Von Klaus Rainer Röhl

Abend für Abend flattern bei uns gruselige Bilder über den Bildschirm, setzen sich am nächsten Morgen über die Titelseiten unserer Tageszeitungen fort, scheinbar überall zerstörte Häuser und Tote. Nichts fesselt die Aufmerksamkeit der Menschen so sehr wie Bilder vom Krieg, das wusste schon Homer, das weiß auch der Titelmacher und Fernsehjournalist, denn das ist sein Beruf. Sobald erste Tote oder blutende Überlebende aus Trümmern gezogen werden, erwacht das Interesse der Leser. Befragungs-Profis, von der Werbung geschult, messen beispielsweise im Internet genau nach, wie lange ein Foto oder eine Filmsequenz angeschaut wird. Neben dem immer noch wirkungsmächtigen „Sexappeal“ gewinnt der Horror-Appeal, die Anziehungskraft, die von einem grausamen oder abstoßenden Bild ausgeht, besonders wenn es sich bei den Schreckensbildern um Frauen oder, noch besser, um Kinder handelt, immer mehr an Bedeutung. Hier kommt zu dem Interesse des Konsumenten, der weit vom Schuss sitzt – oder sich weit davon wähnt! –, anflugweise noch so etwas wie ein Mitgefühl dazu: „Guck mal, die armen Kinder!“

> Ob Irak, Gaza oder Ukraine, von allen Seiten Tod und Elend

Allerdings hat diesmal die Häufung von Bildern aus Gaza nach dem Beschuss durch israelische Panzer und Fliegerbomben auch in Deutschland zu einer Mischung aus Mitleid und Empörung geführt, die deutsche Juden und ihre Sprecher ganz schnell als „Antisemitismus“ kritisierten. Immer wieder angeführtes Beispiel war hier die bei Demonstrationen gefallene Parole: „Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein!“ Der Spruch ist garantiert nicht von einem Deutschen, es sei denn, von einem Radikal-Moslem mit deutschem Pass, den wir ja leider vielen Einwanderern nachwerfen oder sogar aufdrängen. Was haben die Deutschen mit dem neuen Hass auf Israel zu tun? Was soll das Fuchteln mit der Antisemitismus-Keule?

Sollen nun die britischen Mitarbeiter der BBC oder die Griechen, deren Fernseh-Programme sehr viel härtere Szenen aus Gaza zeigen, auch als Antisemiten gelten? Sie wissen alle sehr gut, auf wessen Seite die Hamas steht – weltpolitisch auf der falschen – nämlich auf Seiten des islamischen Terrors. Aber dennoch nennen sie die in diesem Krieg von Israel begangenen Verbrechen auch Kriegsverbrechen. Sind das auch Antisemiten?

Der Krieg der Bilder ist weltweit, und die Terroristen aller Länder wissen, dass sie nur jemand öffentlich köpfen oder erhängen müssen, um ein weltweites Mediencho auszulösen. Die Propagandisten des Islamischen Staates ließen deshalb die Zusammentreibung und Erschießung einer ganzen Gruppe von Feinden des „Kalifats“ in allen Einzelheiten filmen und stellten sie ins Netz. Von dort aus werden sie von unseren Medien weltweit verbreitet. Der Krieg der Bilder, der gefälschten, aber auch der echten, soll auch im Ukraine-Konflikt die Kämpfer auf beiden Seiten unterstützen.

Die russische Propagandamaschine läuft gegenwärtig auf Hochtouren, um ihrem eigenen Volk und der Weltöffentlichkeit zu beweisen, dass sich aus dem Donezkbecken ein Strom von Flüchtlingen mit tausenden weinenden, verwundeten Kindern nach Russland ergießt, wo die Überlebenden, wenn man den russischen Medien glaubt, Zuflucht finden vor den „sadistischen oder faschistischen“ Unmenschen der ukrainischen Armee.

Der Kampf der Bilder hat eine lange Geschichte. Vor dem Internet und den global zu übermittelnden Fernseh-Nachrichten gab es ja schon lange den Film. Bewegte Bilder entfalteten mehr Wirkung als Volksredner und Radio-Propaganda. Spätestens seit „Panzerkreuzer Potemkin“ wurde der Film eine wichtige Waffe im weltweiten Krieg der Systeme.

Als ich 14 war, sollte sich der ganze Hass der deutschen Kinobesucher gegen England richten. Dazu stimmte der auch heute noch praktisch verbotene Film „Ohm Krüger“ mit bewegten Bildern und mitreißenden Melodien das Lied vom Kampf der tapfereren Buren in Südafrika gegen England an: „Ein Kampf ist entbrannt, und es blitzt und es kracht / und es tobt eine blutige Schlacht / es kämpfen die Buren, Orange, Transvaal / gegen Englands große Übermacht. / Ein alten Bur mit weißem Haar / er zog seinen Söhnen voran / Der jüngste war erst 14 Jahr, er scheute nicht den Tod fürs Vaterland.“ Volkssturm-Zeit. Der Film wurde 1943 uraufgeführt. Jeder, der die brutale Unterdrückung und das Massensterben der Buren in den von den Engländern gegründeten Konzentrationslagern sah, reagierte mit Empörung und Wut. „Wollt ihr den totalen Krieg?“, so fragte Goebbels im Sportpalast. Der totale Krieg verlängerte den Untergang des Dritten Reichs noch um ein halbes Jahr.

> Nachricht oder Propaganda? Letztere kann Schlachten schlagen

Propaganda ist eine perfekte Waffe, die ganze Regimenter von Soldaten ersetzt. Wenn die Krieger des neuen „Kalifats“, die in einem scheinbar unaufhaltsamen Vormarsch den halben Irak und Syrien besetzenden Kämpfer des Islamischer Staats einen Gegner öffentlich köpfen oder ein Massaker unter den Jesiden oder Christen des Landes anrichten, holen sie vorher ein paar gute Filmemacher, die die Gräuel öffentlich ins Netz stellen. Für den Rest sorgen die Medien.

Angst und Schrecken helfen, Soldaten und Munition zu sparen. Terror wurde schon bei Dschingis Khan gezielt eingesetzt, um die weiten eroberten Gebiete zu sichern. Langsamer als heute und ohne Fernsehen und Internet schlich damals die Angst durch die Völker, und dennoch sollte die Erinnerung an den Schrecken im Gedächtnis der Unterjochten nachhaltig verankert werden. Bis die Zeit der Befreiung kam, die auch nie ohne Opfer und Schrecken zu haben war.

Schon gehen die Bilder der mehr als 40 000 im Sindschar-Gebirge eingekesselten Jesiden durch die Medien. Die Jesiden sind eine der ältesten Religionsgemeinschaften der Menschheit, werden von den Anhängern des Islamischen Staates als Teufelsanbeter gehasst. Zwangsübertritt zum Islam oder Tod ist ihre Wahlmöglichkeit.

Zahlreiche deutsche Anhänger des Islamischen Staates, die freiwillig zum Islam übergetreten sind, befinden sich nach ihrer Rückkehr von Mord- und Kampfeinsätzen im Nahen Osten, Afghanistan und Afrika bereits in unserem Land. Sie und ihre Hintermänner und Hassprediger in den Moscheen warten auf ihre Stunde, um von irgendeinem Fernsehsender vor der schwarzen Fahne aufzutreten und in deutscher Sprache neue Anhänger für das Mörder-Kalifat zu werben. So geschehen letzte Woche.

Unsere Medienmacher aber, gierig danach, die Ersten beim Kampf um die Sensationen und Schreckensbilder zu sein, geben den „Kriegern Allahs“ die Möglichkeit, ihren Krieg der Bilder in Deutschland weiterzuführen.

Entweder Freunde oder Rivalen

Ausstellung im brandenburgischen Schloss Doberlug beleuchtet das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Preußen und Sachsen

Anlässlich des 200. Jubiläums des Wiener Kongresses sind die wechselhaften Beziehungen von Preußen und Sachsen Thema der Brandenburgischen Landesausstellung in Doberlug. Das anspielungsreiche Thema lautet: „Szenen einer Nachbarschaft“.

Der Wiener Kongress tanzt. Auf einer satirischen Radierung von 1815 nimmt sich das so aus: Das im Bildzentrum dargestellte Triumvirat, gebildet vom österreichischen Kaiser Franz I., Zar Alexander I. und König Friedrich Wilhelm III. von Preußen, gibt sich äußerst ausgelassen. Schließlich haben sie Napoleon besiegt. Außenminister Talleyrand, Abgesandter der erstaunlich schnell wieder in Tritt gekommenen Verliererernation Frankreich, lehnt sich mit verschränkten Armen und überkreuzten Beinen gemütlich zurück und beobachtet gelassen das übermütige Treiben. Sein Amtskollege Castlereagh tänzelt als Vertreter der britischen Siegermacht halbherzig mit.

Und dann ist da noch der sächsische König. Vorsichtigen Tanzschrittes ist er darauf bedacht, dass ihm nicht die von Napoleon verliehene Krone vom Haupt fällt. Die Rettung seines Königreichs sollte Friedrich August I. von Sachsen gerade noch gelingen. Doch den Beschlüssen des Wiener Kongresses zufolge musste er fast zwei Drittel seines Landes an Preußen abtreten.

Das 200. Jubiläum des Wiener Kongresses, der am 14. September 1814 begann und mit der Unterzeichnung der die Neuordnung Europas besiegelnden Wiener Schlussakte am 9. Juni 1815 endete, ist Anlass für die erste Brandenburgische Landesausstellung. Sie widmet sich in sieben Szenen den wechselvollen Beziehungen Preußens und Sachsens vom 17. bis ins 19. Jahrhundert. Rund 300 Kunstwerke, Prunkstücke kurfürstlichen und königlichen Kunsthandwerks, Orden, Dokumente und die polnische Ersatzkönigskrone Augusts des Starken sind aufgeboten. Schauplatz ist das in Südbrandenburg gelegene Schloss Doberlug, das nach langjährigen Restaurierungsarbeiten mit dieser Ausstellung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Ort und Schloss Doberlug waren einst sächsische Residenz, bevor sie 1815 an Preußen kamen.

Auf einem um 1665 gemalten Bildnis haben sich die Kurfürsten Johann Georg II. von Sachsen und Friedrich Wilhelm von Brandenburg zum Zeichen ihrer Eintracht an die Hand genommen. Freundschaftliche Rivalität kennzeichnete über viele Generationen die Beziehungen zwischen Wettinern und Hohenzollern. Nachdem der sächsische Kurfürst August der Starke 1697 zum König von Polen gewählt worden war, schickte ihm Friedrich III. von Brandenburg ein artiges Gratulationsschreiben. Der revanchierte sich 1701 mit einem Glückwunschschreiben, nachdem sich Friedrich III. zum König in Preußen gekrönt hatte und fortan als Friedrich I. amtierte.



Wahre Freunde: Johann Georg II. von Sachsen und Friedrich Wilhelm von Brandenburg, schon um 1665 händchenhaltend wie moderne Staatsleute

Bild: Staatl. Kunstsammlungen Dresden, Elke Estel/Hans-Peter Klut

Ein als Austausch von Geschenken deklarierter Tauschhandel im Jahre 1717, für den die gezeigte „Dragonervase“ steht, verfestigte das Klischee von Sachsens Glanz und Preußens Gloria. Der für Kunstsinn und Prunkliebe berühmte August der Starke schenkte dem als Knauser verschrienen „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I. von Preußen 600 Dragoner und bekam dafür 151 Stücke erlesenen Porzellans.



Schlossareal Doberlug mit Klosterkirche

Für die Zerrüttung der harmonischen nachbarlichen Beziehungen sorgte Friedrich der Große: Zu Beginn des Siebenjährigen Krieges fiel er 1756 in Sachsen ein. Damit endete eine der glanzvollsten Epochen der sächsischen Geschichte.

Zwar rauften sich Preußen und Sachsen noch einmal zusammen und nahmen 1806 gemeinsam den Kampf gegen Napoleon auf. Doch nach der verheerenden Niederlage in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt trennten sich die Wege der Nachbarn. Mit dem am 9. Juli 1807 geschlossenen Friedensvertrag von Tilsit verlor Preußen mehr als die Hälfte seines Staatsgebietes.

Weit glimpflicher ließ Napoleon Sachsen mit dem am 11. Dezember 1806 geschlossenen Separatfrieden von Posen davonkommen. Friedrich August von Sachsen wechselte die Seite, trat dem von Napoleon kontrollierten Rheinbund bei, wurde König und erhielt später das aus preußischem Territorium gebildete Herzogtum Warschau. Sachsen blieb bis zur militärischen Niederlage treuer Bündnispartner des Kaisers der Franzosen. Auf der Gewinnerseite war schließlich Preußen, das jedoch auf dem Wiener Kongress seinen Plan nicht durchsetzen konnte, sich das gesamte sächsische Staatsgebiet einzuverleiben.

Ausgestellt ist ein Exemplar der Schlussakte des Wiener Kongresses, in der akribisch alle Gebiete aufgelistet sind, die Sachsen abzutreten hatte. Bedeutsamer noch waren die in weit längerer Auflistung verzeichneten Gebietsgewinne Preußens im Westen. Aus ihnen wurden die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz gebildet. *Veit-Mario Thiede*

Bis 2. November: Schloss Doberlug, Schlossplatz 1, Doberlug. Dienstag bis Freitag 9 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag 10 bis 19 Uhr. Eintritt: 9 Euro. Telefon (035322) 6888512. Internet: www.brandenburgische-landesausstellung.de. Der Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet in der Ausstellung 25 Euro.

Mit dem Stempel der Versöhnung versehen

Zu Besuch bei Arno Surminski – Der ostpreußische Schriftsteller, Versicherungsexperte und Wacken-Freund feiert seinen 80. Geburtstag

Gleich zwei dicke Geschichtswälzer liegen auf dem Hamburger Schreibtisch von Arno Surminski, die noch zu Ende gelesen sein wollen. Der Romanautor beschäftigt sich privat lieber mit Sachbüchern als mit Romanen. Aktuell liest er parallel Christopher Clarks Bestseller über den Ersten Weltkrieg „Die Schlafwandler“ – und zwar auf Englisch – sowie „1812: Napoleons Feldzug in Russland“ des US-Historikers Adam Zamoyski. Mit ersterem befasst sich Surminski aus persönlichem Interesse, das zweite dient ihm als Grundlage für ein Romanprojekt, an dem er gerade arbeitet.

Obgleich er am 20. August seinen 80. Geburtstag feiert, ist der ostpreußische Autor noch voller Tatendrang. Nach mehr als 30 Büchern, die im Verlauf von 40 Jahren von ihm erschienen sind, soll ein historischer Roman über einen Memelländer folgen, der sich Napoleon angeschlossen hat, als dessen Grande Armée quer durch Ostpreußen in Richtung Moskau marschierte. „Nicht die großen historischen Gestalten sollen im Vordergrund stehen“, sagt Surminski, „der Roman soll das Geschehen aus der Sicht der kleinen Leute schildern, so ähnlich wie es in ‚Jokehnen‘ der Fall ist.“

Mit seinem Debütroman „Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?“ wurde der Autor 1974 in Deutschland schlagartig berühmt. Das Buch, das jüngst als Sonderausgabe neu herausgebracht wurde (Verlag Ellert und Richter, 480 Seiten, 19,95 Euro), steht neben seinen anderen bekannten Roman wie „Kudenow“ oder „Polniken“ auch im Mittelpunkt der Ausstellung „Erinnertes Leben – Gelebte Erinnerung“, die anlässlich des runden Geburtstags des Autors im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg bis zum 28. September verlängert wurde (siehe den ausführlichen Paz-Bericht in Nr. 19 vom 10. Mai).

In „Jokehnen“ schilderte Surminski in fiktiver Form sein persönliches Schicksal in Ostpreußen. Nach Kriegsende wurden seine Eltern in die Sowjetunion verschleppt. Der Sohn wird später erfahren, dass sie getrennt voneinander in zwei Arbeitslagern zu Tode kamen.

Im Dezember 1945 kamen dann die Polen mit zwei Pferdewagen in Surminskis Heimatdorf Jäglack, um die verbliebenen Deutschen abzutransportieren. Im Rückblick resümiert der Jubilar: „Dieser Akt der Vertreibung hat mir eigentlich das Leben gerettet, denn ich weiß nicht, wie ich sonst den Winter überlebt hätte, weil es ja nichts zu essen gab und ich auch kein Geld hatte.“

Die titelgebende Frage von Jokehnen, wie lange man von Ostpreußen nach Deutschland fährt, beantwortet Surminski ganz sachlich: zwölf Tage. So lange brauchte er von Jäglack bis Berlin. Von dort ging es weiter zu einer Bauernfamilie nach Thüringen, wo er erfuhr, dass entfernte Jäglacker Verwandte in Trittau bei Hamburg lebten. „Komm mal ruhig hierher“, schrieb die Tante. Surminski überquerte bei Nordhausen schwarz die innerdeutsche Grenze und zog in den Norden. In Trittau ging er schließlich auch in einer Rechtsanwalts- und Notariatskanzlei in die Lehre. Da in jener Zeit die Auswanderung groß in Mode war, kam er mit vier Freunden auf die Idee, „mal etwas von der Welt zu sehen“. Surminski landete 1955 in Kanada, spülte in einer Bar die Gläser ab, ehe er in der Nähe von Vancouver als Holzfäller arbeite.



Autor und Naturliebhaber: Arno Surminski in seinem Hamburger Garten

Bild: tws

In Kanada hielt er es nur zwei Jahre aus. „Für mich war immer klar, dass ich Schriftsteller werden wollte, aber das konnte ich nur in meiner sprachlichen Heimat“, sagt Surminski. 1957 kehrte er nach Hamburg zurück, arbeitete in einer Versicherungsgesellschaft und schrieb in der Freizeit Kurzgeschichten und seinen ersten Roman „Jokehnen“, mit dem er im reifen schriftstellerischen Alter von 40 Jahren debütierte.

Das Buch sei mit verantwortlich dafür, dass er den Stempel „Schriftsteller der Versöhnung“ aufgedrückt bekam. Er habe es nie darauf angelegt, bekennt der Autor, „doch ich habe niemals Anklagen, Vorwürfe und Schuldzuweisungen vorgenommen oder Ansprüche gestellt, sondern einfach nur geschildert, was damals passiert ist. Und das hat einen versöhnlichen Eindruck gemacht.“ Der Verlust der Heimat habe ihn nie so stark getroffen wie der von Menschen. Weil er das in seinen Werken auf ebenso emotional packende wie unprätentiöse Weise akzentuiert hat, konnte man ihm nie den Vorwurf machen, rückwärtsgewand zu sein. Besonders für diesen Verdienst an der Aussöhnung erhielt er 1982 den Kulturpreis der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wenn er nicht gerade seine ostpreußische Heimat besucht, hält sich Surminski mit seiner Frau im Sommer in Wacken auf. In dem kleinen norddeutschen Ort, wo alljährlich Ende Juli/Anfang August bis zu 80000 Musikfreunde zum lauten Heavy-Metal-Festival einfallen, besitzen die Surminskis ein Ferienhaus. „Manchmal grüßen die Besucher fröhlich über den Zaun“, sagt Surminski, der in der Erzählung „Rosamunde oder Die Schwarzen kommen“ seine Erfahrungen mit den schwarzgekleideten „Schwermetallern“ niedergeschrieben hat. Belästigt fühlt er sich von ihnen nicht.

Nur mit der Ruhe ist es dann vorbei. Für den nächsten Roman reicht es dann höchstens für ein paar Notizen. Zu Hause in Hamburg diktiert er ganze Geschichten auf Band, die eine Mitarbeiterin dann abtippt. Später redigiert er mit dem Kugelschreiber in der Hand. Den Computer nutzt Surminski höchstens einmal zu Recherchezwecken. So ist auch sein Band mit neuen Erzählungen entstanden, der unter dem Titel „Als der Krieg zu Ende ging“ im nächsten Jahr erscheinen wird.

Der Band wird ihm bestimmt wieder viele wohlwollende Leserbriefe einbringen. Schon jetzt hat er in 61 Aktenordnern die Resonanz seiner Leser auf seine bisherigen Werke gesammelt. „Im Alter erinnern sich die Menschen immer häufiger an ihre Kindheit und suchen den Kontakt zu Landsleuten, die ein ähnliches Schicksal erlitten haben“, so Surminskis Erfahrung. Somit ist der Autor zu einem wichtigen Sprachrohr für viele Ostpreußen geworden. „Es bleibt auch mit 80 Jahren noch viel zu tun“, resümiert Surminski. *Harald Tews*

Das Scheitern einer EU-Armee

Vor 60 Jahren sollte mit dem EVG-Vertrag ein militärisches Pendant zur Montanunion geschaffen werden

Am 30. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung in Paris die Verträge ab, mit denen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) gegründet werden sollte. Eines der ehrgeizigsten Integrationsvorhaben der europäischen Nachkriegsgeschichte war damit gescheitert und Westeuropas geplanter Vereinigungsprozess erheblich zurückgeworfen.

Die Zündung der ersten sowjetischen Atombombe 1949 sowie der Ausbruch des Koreakriegs 1950 schürten im Westen die Angst vor Militäroperationen der UdSSR in Europa. Die Sicherheitslage erschien umso gefährlicher, als die Nato als der Schutzschild Westeuropas sehr auf die militärische Stärke der USA angewiesen war und diese durch ihr Engagement in Korea bei einem Angriff der Sowjets in Europa kaum wirksam hätten eingreifen können. Aus dieser Notlage heraus resultierte die Idee, eine gemeinsame westeuropäische Streitmacht aufzubauen, wobei speziell die USA drängten, die junge Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen. Nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war eine westdeutsche Teilnahme an einem solchen europäischen Verteidigungsprojekt für Frankreich nur dann diskutabel, wenn eine ständige Kontrolle des bundesdeutschen Militärs gegeben war.

Auf der Basis eines Vorschlags, den der französische Ministerpräsident René Pleven am 24. Oktober 1950 mit dem Ziel der Schaffung einer Europa-Armee unter dem Befehl eines europäischen Verteidigungsministers machte, des sogenannten Pleven-Plans, begannen ab dem Frühjahr 1951 Verhandlungen über dieses Projekt, bei dem der Bundesrepublik kein nationales Truppenkommando konzediert wurde. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), der für Westdeutschland Gleichberechtigung in Form einer Aufhebung des Besatzungsstatuts und der Errichtung eines eigenen Verteidigungsministeriums forderte, war für die SPD eine deutsche Wiederbewaffnung unannehmbar. In Frankreich wurde das Schreckgespenst einer auferstehenden deutschen Wehrmacht dauernd beschworen, was Frankreichs Konservative um Charles de Gaulle, die den Pleven-Plan ablehnten, in der Pariser Nationalversammlung stärkte. Zwar konnten die Gaullisten die Verträge zur EVG-Gründung im Mai 1952 nicht verhindern, sollten sich jedoch 1954 mit ihrer Ablehnung derselben im Parlament durchsetzen.

Das System des General- oder Deutschlandvertrags vom 26. Mai 1952 und der Zusatzverträge dazu stand in engem Zusammenhang mit dem tags darauf in Paris unterzeichneten EVG-Vertrag. Der Deutschlandvertrag konnte nur durch Ratifizierung auch des EVG-Vertrags in Kraft treten. Letzterer war für das damals entstehende Konstrukt einer westeuropäischen Gemeinschaft unverzichtbar.

Als Mitglieder sah der EVG-Vertrag die Staaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, Montanunion), sprich die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten vor. Der erklärte Zweck des 132 Artikel umfassenden EVG-Vertrages war ausschließlich die Verteidigung gegen jede „bewaffnete Aggression gegen irgendeinen der Mitgliedstaaten in Europa“, was nicht nur gegen die Sowjetunion, sondern auch gegen die Bundesrepublik gerichtet war. Für letztere war von Beginn an die totale Einfügung ihrer Streitkräfte in die gemeinsame supranationale Organisation vorgesehen. Von den 43 Divisionen, aus denen die EVG-Streitkräfte bestehen sollten, sollte Frankreich 14, die Bundesrepublik und Italien jeweils zwölf und die Beneluxstaaten zusammen fünf stellen. Für Westdeutschland hätte das die Stellung von 350000 Soldaten bedeutet. Dabei musste eine Wehrhoheit des Bundes zuerst noch eingeführt werden, was bis zum 26. März 1954 dauerte.



Was sie beschlossen, nahm die französische Nationalversammlung von der Tagesordnung: Bundeskanzler Konrad Adenauer (Deutschland), Belgiens Außenminister Paul van Zeeland, Frankreichs Außenminister Robert Schuman, Italiens Ministerpräsident Alcide de Gasperi, Luxemburgs Außenminister Joseph Bech und der niederländische Außenminister Dirk Stikker (v.l.) bei der Unterzeichnung des EVG-Vertrages

Bild: keystone

Als größtes Problem für die EVG erwiesen sich die ausgeprägten französischen Bedenken. Zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung schien diese in den Augen vieler Franzosen Westdeutschland eher Vorteile zu bieten. So sollten die bisher noch bestehenden Produktionsbeschränkungen und auch die Industriekontrollen durch die drei Westalliierten wegfallen. Dies war mit Blick auf das zukünftige EVG-Rüstungsprogramm auch erforderlich. Zudem sollte die EVG mit den einzelnen Nato-Staaten Beistandspakte abschließen, wozu als Brückenschlag zwischen EVG und Nato noch ein spezielles Zusatzprotokoll kam, das am 27. Mai 1952 zusammen mit dem EVG-Vertrag unterzeichnet wurde. Die damit auch geplante indirekte Einordnung der Bundesrepublik in das Nato-System erwies sich dann, als die EVG 1954 nicht zustande kam, als Alternativlösung.

Adenauer setzte im März 1953 im Deutschen Bundestag sowohl den Generalvertrag als auch den EVG-Vertrag durch, doch hegte der unbestechliche Realist nur noch schwache Hoffnungen, dass Frankreichs Nationalversammlung mit der Ratifikation folgen werde. Dies hatten die Beneluxstaaten und Italien bereits getan, doch schon unter dem Vorgänger von Frankreichs Ministerpräsident Pierre Mendès-France, Joseph Laniel, nahm der außenpolitische Ausschuss der Nationalversammlung am 9. Juni 1954 mit 24 zu 18 Stimmen gegen den EVG-Vertrag Stellung. Mit der französischen Niederlage im Indochinakrieg – im Mai 1954 fiel Dien Bien Phu – sanken in Frankreichs Öffentlichkeit die Chancen für die EVG. Denn, so hieß es, durch diese werde Frankreich seine überseeischen Gebiete noch schlechter verteidigen können.

Am 30. August 1954 kam es in der französischen Kammer zu jener sonderbaren Abstimmung,

Westdeutschlands Nato-Beitritt folgte dem EVG-Scheitern

bei welcher der EVG-Vertrag nicht direkt abgelehnt, sondern „nur“ beschlossen wurde, seine Beratung von der Tagesordnung einfach abzusetzen. Für die Absetzung votierten 319 Abgeordnete, 264 waren dagegen, zwölf enthielten sich der Stimme. Damit verschwand das ganze Projekt schlagartig in der Versenkung, weil 99 Kommunisten zusammen mit den Nationalisten gegen die EVG gestimmt hatten.

Obwohl er nicht wirklich davon überrascht war, konnte Adenauer dieses Resultat – den schwersten Rückschlag seiner Europapolitik – nie ganz verwinden. Für ihn ging es nach Arnulf Baring dabei um viel mehr als zuvor und um mehr als jemals danach. Es ging um den entscheidenden Schritt zur Realisierung seiner politischen Konzeption eines westeuropäischen Bundesstaats. Laut Baring war mit dem Scheitern der EVG zugleich ein aussichtsreicher Versuch misslungen, ein geeintes Westeuropa zu einem Faktor der Weltpolitik zu machen.

Mario Kandil

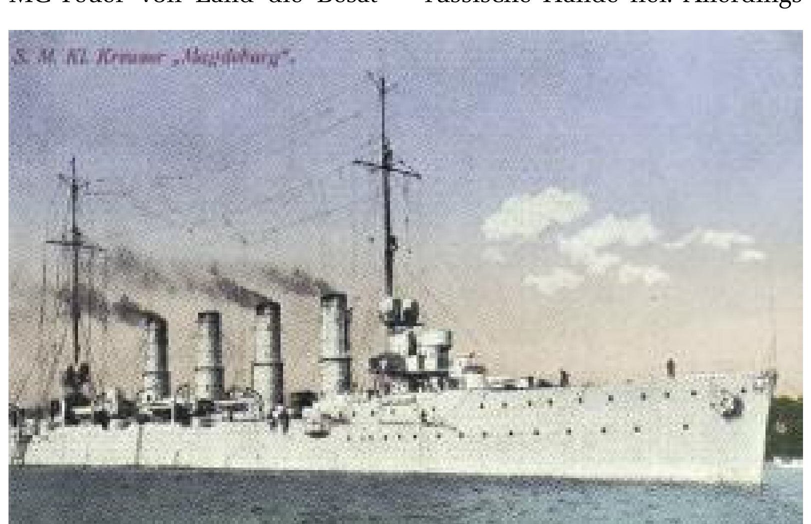
Wie der Code der deutschen Flotte geknackt wurde

Vor 100 Jahren lief die »SMS Magdeburg« auf Grund und den Russen fiel das Signalbuch der Kaiserlichen Marine (SKM) in die Hände

Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs legten die deutschen Kleinen Kreuzer „Magdeburg“ und „Augsburg“ Minen in der östlichen Ostsee, beschossen die Stadt Libau und unternahmen Vorstöße in den Finnischen Meerbusen. Die beiden Schiffe, mit denen Torpedoversuche durchgeführt worden waren, unterstanden Admiral Ehler Behring. Der vormalige Torpedobootsmann operierte so schneidig, wie vormals mit seinen Torpedobooten, nun auch mit seinen beiden sehr viel größeren Kreuzern. Obwohl dichter Nebel herrschte, verließ er sich auf seine Navigationskünste und stieß am 26. August 1914 auf der „Augsburg“ gegen den Finnischen Meerbusen vor. Behring beherrschte die Navigation und irrte sich auch im Nebel nicht um einen Meter. Doch die ihm folgende „Magdeburg“ unter Korvettenkapitän Richard Habenicht verlor im Nebel den Kurs. Habenicht war sich der eigenen Navigation nicht mehr sicher und befolgte deshalb stur alle Kommandos, die Behring ihm zwecks Unterstützung per Funk gab. Dass er diese Anweisung stets nur mit einigen Minuten Verzögerung umsetzen konnte, bedachte er nicht. Und so lief er im dicksten Nebel wegen einer verzögerten Linkswendung so unglücklich auf eine Steinbank an der russischen Küste auf, dass alle Versuche, das Leck geschlagene Schiff von den Felsen zu ziehen, fehlschlugen.

Als Habenicht klar wurde, dass die „Magdeburg“ nicht mehr zu retten war, ihm folglich Karriereende und Kriegsgericht drohten, verlor er völlig den Kopf. Er führte zwar alle ihm für solche Fälle eingetrichterten Befehle aus, doch formal und kopflos. Wäre der Führer des ihm beigegebenen Torpedoboots V-26 nicht ein so exzellenter Marineoffizier gewesen, dann hätte die deutsche Marine nicht nur die „Magdeburg“, sondern auch gleich deren fast 400-köpfige Besatzung abschreiben können. Dem tapferen Kommandanten von V-26, Diether Roeder von Diersburg, gelang es jedoch, unter dem Feuer der herbeikommenden russischen Kreuzer „Bogatyr“ und „Pallada“ sowie MG-Feuer von Land die Besatzung der „Magdeburg“ zu retten und heimzubringen.

Der unglückselige, in jenen alptraumhaften Stunden tränenüberströmte Korvettenkapitän Habenicht leistete sich hingegen eine Dummheit nach der anderen. Er ließ im Schiff Sprengpatronen anbringen, welche die „Magdeburg“ zerreißen sollten, damit sie nicht unversehrt in russische Hände fiel. Allerdings war die Sprengzeit mit viereinhalb Minuten viel zu kurz berechnet, so dass das Vorschiff der „Magdeburg“ explodierte, als V-26 die Besatzung gerade retten wollte. Viele unnötige menschliche Verluste waren die Folge. Andererseits explodierte das Heck überhaupt nicht, weil die dortigen Sprengpatronen nicht hochgingen. Habenicht hatte den Befehl dafür schlicht vergessen. Zudem wollte er aus falschverstandenem Pflichtbewusstsein mitsamt seinem treuen Adjutanten sein Schiff trotz der Rettungsaktion von V-26 nicht verlassen. Die Folge war, dass Habenicht nur wenig später von den Russen von Bord geschleppt wurde und bis Kriegsende als Kriegsgefangener neutralisiert war. Immerhin ersparte er sich auf diese Weise das Kriegsgericht.



Ging bei der Insel Odinsholm verloren: „Magdeburg“ Bild: Archiv

Sein größter Fehler aber war, dass er den angesichts seines rettungslos verlorenen Schiffes und der auftauchenden russischen Kriegsschiffe vorschriftsmäßigen Befehl gab, alle „Geheimsachen“ über Bord zu werfen. Das Signalbuch der kaiserlichen Marine (SKM) vom 7. Januar 1913 war extra mit Blei im Buchdeckel versehen, damit es in solchen Fällen schnell in der Meerestiefe versinkt. Habenicht hatte allerdings nicht bedacht, dass er bei fünf Metern Wassertiefe aufgelaufen war. In einer stillen Ahnung ließ der Nachrichtenchef der russischen Ostseeflotte, Admiral Andrian Nepenin, den Grund um das Wrack durch Taucher absuchen und das Signalbuch wurde tatsächlich gefunden. Die Russen übergaben der englischen Flotte eine Kopie davon und ab sofort galt „Feind hört mit“ bezüglich der deutschen Marinefunkverbindungen. Die deutsche Marine konnte im weiteren Verlauf des Krieges ihre Vorstöße gegen England noch so geheim vorbereiten, die Engländer wussten dank der berühmten Codebrecher vom „Room 40“ und des von den Russen erbeuteten Signalbuchs der „Magdeburg“ schon davon, bevor die deutschen Schiffe überhaupt ausliefen. Der Verlust des deutschen Panzerkreuzers „Blücher“ mit vielen hundert Mann Besatzung im Jahr 1915 war nur eine Folge davon.

Jürgen W. Schmidt

Die Mausefalle schnappt zu

In der Tannenbergschlacht wurde der Bogen der deutschen 8. Armee um die russische 2. zum Kessel

Am Vorabend der Schlacht von Tannenberg stellt sich die Situation wie folgt dar: Die deutsche 8. Armee hat um die russische 2. Armee, die sogenannte Narew-Armee, einen Bogen geschlagen. Dem rechten Flügel, den das I. Armeekorps bildet, folgen das XX. Korps, das I. Reservekorps und schließlich das XVII. Korps. In der Tannenbergschlacht suchen die beiden Flügelspitzen die Verbindung, um die Russen von ihren Verbindungswegen nach Polen abzuschneiden und sie einzukesseln.

Am 26. August beginnt die Tannenbergschlacht mit einem zögerlichen Angriff von Hermann von François' I. Armeekorps. Am ersten Angriffstag kommt es bis Seeben.

Am 27. August erobert das I. Korps nach schweren Kämpfen Usdau. Damit ist der linke Flankenschutz der Narew-Armee zertrümmert. Am Ende des Tages hat die 1. Division des Korps Soldau und die 2. Division Neidenburg erreicht.

Das Zentrum der 8. Armee schwächelt jedoch und der Chef des Stabes, Erich Ludendorff, gibt den Flügeln den Befehl, das Zentrum zu unterstützen. Der offensive François handelt jedoch wieder eigenwillig. Statt den Vormarsch einzustellen, wagt er den Versuch, aus dem deutschen Bogen einen Ring zu machen.

Am Morgen des 29. August bricht eine Kampfgruppe des äußersten rechten Flügels im Raum Neidenburg auf, um Richtung Osten nach Willenburg zu gelangen und damit die Narew-Armee von ihrem I. Korps abzuschneiden und im Süden zu umgehen. Am Abend des 29. August wird Willenberg genommen und die letzte Straße zwischen der Narew-Armee und dem polnischen Hinterland ist in deutscher Hand. Eine aus Jägern zu Pferde bestehende Kavalleriespitze reitet dann weiter nach Schiemanen, wo sie auf eine Vorhut des XVII. Armeekorps stößt. Der äußerste rechte Flügel stößt also auf den äußersten linken. Damit ist der Ring um die Narew-Armee geschlossen, die 2. Armee eingekesselt.

Die Narew-Armee ist demoralisiert, der Nachschub bleibt aus, Chaos breitet sich aus, Russen schießen unbewusst auf Russen. Obwohl der deutsche Ring stellenweise sehr dünn ist, unternimmt die Narew-Armee nicht einmal den Versuch eines konzertierten Ausbruchs.

Und auch von außen kommt keine Hilfe. Paul von Rennenkampff, Oberbefehlshaber der russischen 1. (Njemen-)Armee, hat mittlerweile mitbekommen, dass die 8. Armee sich nicht hinter die Weichsel zurückgezogen, sondern die Narew-Armee eingekreist hat. Er sieht sich aber nicht in der Lage, mit der gesamten Armee zum Kessel zu eilen. Einzelne Korps zu schicken, scheut er sich jedoch. Möglicherweise hat die Njemen-Armee ja bereits kapituliert und dann könnte die 8. Armee die zur Hilfe eilenden russischen Korps nacheinander einzeln aufreiben.

Es gibt auch die These, dass Rennenkampff aus persönlicher Antipathie gegen den Oberbefehlshaber der Narew-Armee, Alexander Samsonow, dessen Armee ihrem Schicksal überlassen habe. Beide waren in dem von Russland verlorenen Russisch-Japanischen Krieg von 1904/05 Divisionskommandeure gewesen und an nebeneinanderliegenden Frontabschnitten eingesetzt. Nach einer schweren Niederlage begegneten sich die beiden Generäle zufällig am Bahnhof in Mukden und beschuldigten sich gegenseitig der mangelnden Unterstützung. Schließlich kam es zu einer Schlägerei zwischen beiden; ein anschließendes Duell konnte nur durch einen direkten Befehl des Zaren verhindert werden. Allerdings spricht gegen diese Begründung für Rennenkampffs Passivität, dass auch die starken russischen Kräfte nördlich der polnischen Hauptstadt Warschau auf ein entschlossenes Eingreifen verzichteten.



Symptomatisch: Im Laufe der Kesselschlacht geriet ungefähr die Hälfte der Narew-Armee in deutsche Kriegsgefangenschaft Bild: pa

Überhaupt muss wohl mangelnde Entschlossenheit aus mangelnder Kampfmoral als Hauptgrund dafür angesehen werden, dass weder von innen noch von außen ernsthaft versucht wurde, den deutschen Ring zu durchbrechen. So war der Kessel erfolgreich. Am 30. August endete die Kesselschlacht mit einem deutschen Sieg. Von den gut 190000 Mann, mit denen die Narew-Armee in die Schlacht gezogen war, geriet ungefähr die Hälfte in Gefangenschaft, rund 30000 fielen oder wurden verwundet. Von den nur gut 150000 deutschen Teilnehmern der Schlacht wurden 3436 getötet und 6800 verwundet.

Das Reichsarchivwerk, die deutsche amtliche Darstellung des Ersten Weltkrieges, stellt die Besonderheiten dieses Erfolges heraus: „Nach Leipzig, Metz und Sedan steht Tannenberg als die größte Einkreisungsschlacht da, die die Weltgeschichte kennt. Sie wurde im Gegensatz zu diesen gegen einen an Zahl überlegenen Gegner geschlagen, während gleichzeitig beide Flanken von weiterer Übermacht bedroht waren. Die Kriegsgeschichte hat kein Beispiel einer ähnlichen Leistung aufzuweisen – bei Kannae fehlte die Rückenbedrohung." Für die Ostpreußen hingegen war wichtiger als der Grad der Genialität des Sieges, dass der russische Vormarsch in Ostdeutschland erst einmal gestoppt war.

Manuel Ruoff

Tannenberg – zwischen Mythos und Realität

Vor 80 Jahren wurde im Beisein der vormaligen Führung der 8. Armee der Grundstein des Denkmals bei Hohenstein gelegt

Das Mythischste an der Tannenbergschlacht ist ihr Name. Die Schlacht fand zwar bei Tannenberg statt, doch bildete Tannenberg keinesfalls ihr Zentrum. Die Benennung der Schlacht nach Tannenberg hat eindeutig psychologisch-propagandistische Gründe.

Manche Völker haben traumatische verlorene Schlachten in ihrem kollektiven Gedächtnis. Bei den Serben ist es die Schlacht auf dem Amselfeld von 1389, bei den Schotten die Schlacht bei Culloden von 1746. Bei den Deutschen im Allgemeinen und den Preußen im Besonderen war es die Schlacht bei Tannenberg von 1410. Durch die Benennung der Schlacht von 1914 nach Tannenberg sollte dem Sieg in der Öffentlichkeit eine Bedeutung beigemessen werden, die er objektiv nicht besaß. Die Schlacht von 1914 wurde propagandistisch als gelungene Revanche der Schlacht von 1410 präsentiert. Die Scharte von 1410 schien endlich ausgewetzt. Nun hatten, so die Botschaft, die Deutschen endlich die damalige Niederlage gegen die Slawen kompensiert.

> Psychologisch-propagandistische Gründe gaben den Ausschlag für »Tannenbergschlacht«

Diese Analogie stimmte aus diversen Gründen nicht. Zum einen war es mehr als grenzwertig, die Deutschordensritter von 1410 mit dem Deutschen Reich von 1914 und die polnisch-litauische Union von 1410 mit dem russischen Zarenreich von 1914 gleichzusetzen. Zum anderen war die Schlacht von 1410 viel bedeutungsvoller als die von 1914. Die Schlacht von 1410 war nicht nur kriegsentscheidend gewesen, sie stand für die Schicksalswende eines ganzen Staates. An ihr lässt sich der Anfang vom Ende des Deutschordensstaates festmachen. Und das, nachdem dieser Staat erst wenige Jahre zuvor seine maximale territoriale Ausdehnung erreicht hatte.

Anders als die Tannenbergschlacht von 1914 offenbarte die Schlacht von 1410 erstmals ein neues, grundsätzliches Problem des Verlierers, die strukturelle Unterlegenheit des Deutschordensstaates gegenüber der polnisch-litauischen Union. Im Laufe seiner Geschichte hatte sich der Deutschordensstaat seine beiden Nachbarn Polen und Litauen zu Feinden gemacht. Das lag nicht daran, dass der Deutschordensstaat nun übermäßig aggressiv gewesen wäre. Es lag vielmehr an einem wohl antagonistischen Interessensgegensatz. Mit Polen gab es schon damals das, was die Geschichtswissenschaft aus der Zwischenkriegszeit als Korridorproblem kennt. Nur dass das Gebiet damals nicht „Westpreußen", sondern „Pommerellen" hieß. Der Deutschordensstaat wollte eine Landbrücke zum Reich und Polen einen Zugang zur Ostsee. Ein analoges Problem gab es im Osten mit Litauen, seit 1237 der Schwertbrüderordensstaat dem Deutschordensstaat zugeschlagen worden war. Verständlicherweise versuchte der Deutschordensstaat zwischen seinen beiden Staatsgebieten eine Landbrücke zu schlagen. Diese Landbrücke, Samaiten, beanspruchten aber auch die Litauer. Der Deutsche Orden konnte sich gegen Polen wie Litauer durchsetzen, solange diese getrennt waren. Beiden zusammen erwies er sich jedoch als unterlegen. So kam der Anfang vom Ende, als Polen und Litauen eine Union bildeten, die polnisch-litauische Union.

1410 kam es bei Tannenberg und Grünfelde [Grunwald] zur ersten großen Schlacht zwischen den Truppen des Deutschen Ordens und der neugebildeten polnisch-litauischen Union; die Führungselite des Deutschen Ordens einschließlich des Hochmeisters fiel. Die Folgen der verlorenen Tannenbergschlacht für den Deutschordensstaat erinnern in mancher Hinsicht an die der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt 1806 für Preußen. Der Nimbus der Unbesiegbarkeit war dahin und mit ihm die Siegeszuversicht. Eine Festung fiel nach der anderem. Erst bei der Marienburg war dann dank Heinrich von Plauen Schluss. Aber der Krieg war verloren.

In finanzieller Hinsicht war der Erste Thorner Frieden ähnlich verheerend wie Versailles. Der Deutschordensstaat musste 100000 Schock böhmischer Groschen zahlen. Das entspricht etwa 22 Tonnen Silber. Ähnlich wie das Deutsche Reich nach Versailles wurde der Deutschordensstaat von einem reichen Land zu einem destabilisierten Gemeinwesen. Die Frage, wie die Kriegs- und Friedenslasten zu verteilen seien, führte zu Streit und Hader in den eigenen Reihen. Der Deutschordensstaat hat sich von der Niederlage bei Tannenberg nicht mehr erholt. Er ging unter wie die Weimarer Republik.

> Noch einmal kamen die Veteranen der Armee an der Stätte ihres größten Sieges zusammen

Die Folgen der zweiten Tannenbergschlacht sind damit nicht ansatzweise zu vergleichen. Sie war noch nicht einmal kriegsentscheidend. Aber sie leitete eine Wende ein, zwar nicht des Krieges, aber doch immerhin an der Ostfront. Mit dieser Einschränkung ist die Tannenbergschlacht durchaus mit dem französischen sogenannten Wunder an der Marne desselben Jahres an der Westfront oder mit dem polnischen sogenannten Wunder an der Weichsel im Polnisch-Sowjetischen Krieg von 1920 vergleichbar.

Wenn ein Land Opfer einer Invasion wird, diese Invasion üble Folgen für die Zivilbevölkerung hat, was 1914 eindeutig der Fall war, und es dann gelingt, die Invasoren nicht nur zu stoppen, sondern auch wieder aus dem Land herauszuwerfen, ja zu besiegen, wird das wohl jedes Volk groß feiern. Man denke nur an den Brand von Moskau oder die Schlacht von Stalingrad.

Zudem war die Kriegslage bis 1918 im Großen und Ganzen ähnlich deprimierend wie die anschließende Friedenslage. Da freute man sich über jeden Lichtblick und stellte den groß heraus.

Da das Schlachtfeld, die Kampfzone auch nach den Abtretungen von Versailles auf Reichsgebiet lag und Ostpreußen ob seiner durch Versailles erlittenen Abtrennung vom Restreich national gesinnten Deutschen besonders am Herzen lag, war es nicht abwegig, trotz der immensen finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen am Ort des Geschehens, der Stätte der Schlacht ein Denkmal zu errichten.

Der Ostdeutsche Heimatdienst, der ursprünglich 1919 gegründet worden war, um die Deutschen für die ost- und westpreußische Volksabstimmung vom 11. Juli 1920 zu mobilisieren, führte zum fünften Jahrestag der Tannenbergschlacht am späteren Standort des Tannenbergdenkmals eine Tannenbergfeier durch, bei der die Idee aufkam, ein Denkmal für Massenkundgebungen und Feierstunden zu errichten. Noch im selben Jahr wurde ein Denkmalausschuss einberufen. 1925 erfolgte die Umwandlung in den Tannenberg-Nationaldenkmal-Verein. Aufgrund der großen Lasten aus Krieg und Friedensdiktat sowie dem eher linken politischen Klima im Reich nach der Novemberrevolution erwies sich die Finanzierung als großes Problem. Zu einer Besserung führte erst der allmähliche Rechtsschwenk in der deutschen Politik und Gesellschaft und die damit zusammenhängende Wahl des vormaligen Oberbefehlshabers der siegreichen 8. Armee, Paul von Hindenburg, zum Reichspräsidenten. An seinem 80. Geburtstag konnte der Reichspräsident das Tannenbergdenkmal einweihen.

Gut drei Jahre zuvor, am zehnten Jahrestag der siegreichen Beendigung der Tannenbergschlacht, hatte Hindenburg auch schon an der Grundsteinlegung teilgenommen. Die „Neue Preußische Zeitung" („Kreuzzeitung") sprach von „über 20000 Mitgliedern von Krieger-, Militär- und sonstigen vaterländischen Verbänden", „Der heimattreue Ostpreuße" zählte gar 50000 bis 60000 Menschen, darunter zahlreiche Tannenbergkämpfer". Abgesehen von Hindenburg und seinem vormaligen Stabschef Erich Ludendorff war auch die vormalige Führung auf Korpsebene vollständig erschienen. Hermann von François vom I., August von Mackensen vom XVII. und Friedrich von Scholtz vom XX. Armeekorps gaben sich ebenso die Ehre wie Otto von Below vom I. Reservekorps.

Noch einmal war die ehemalige Führung der 8. Armee an der Stätte ihres größten Triumphes zusammengekommen. Bei der Denkmalseinweihung wenige Jahre später war von Scholtz bereits tot.

M.R.

Im Fall Tannenberg gibt es für Russland nichts zu rühmen

Zu: Auf dem Weg in die Katastrophe (Nr. 31)

Bei meinen Reisen nach Nordostpreußen fiel mir 2011 auf dem Soldatenfriedhof des Ersten Weltkriegs in Mattischkehmen – unweit von Trakehnen – auf, dass dort eine schwarze Gedenktafel errichtet worden ist. Recherchen ergaben, dass die Russisch-Orthodoxe Kirche hier tätig geworden ist. Hier soll noch im August eine Feier stattfinden. Der Text lautet übersetzt sinngemäß, dass hier die russische Armee die deutsche Armee im August 1914 besiegt habe. Der Findling gehört eigentlich dem Traditionsverband „Fallschirmpanzerkorps“, aufgestellt 2000 in Trakehnen mit Zustimmung der örtlichen russischen Administration. Ende 1944/Anfang 1945 fielen hier Tausende deutsche Soldaten dieser Einheit im Großraum Gumbinnen/Trakehnen. Die Schlacht um Gumbinnen 19./20. August 1914 ging de facto unentschieden aus. Die deutsche Armee zog sich nach verlustreichen aber erfolgreichen Kämpfen zurück, um eine Umfassung seitens der Narew-Armee zu entgehen. Die Russen wollen offensichtlich nicht wahrhaben, dass sie die Schlachten bei Tannenberg, an den Masurischen Seen und die Winterschlacht in Masuren später verloren haben.

Die russische Armee war grundsätzlich immer in der Überzahl. Folgende Fakten spielten für die deutschen Siege eine entscheidende Rolle: 1.) Zwischen dem baltendeutschen General Rennenkampff der Njemen-Armee und dem russischen General Samsonow bestand eine Todfeindschaft. 2.) Hindenburg ließ Ludendorff vor Ort freie Hand. Dieser wiederum billigte die Planungen des Generalstäblers Oberstleutnant Max Hoffmann. 3.) Die Russen setzten ihre zahlreichen Kavallerie-Divisionen zu spät ein. 4.) Die Russische Armee hatte im Bereich der Aufklärung und des Nachschubes erhebliche Defizite. 5.) General von Francois führte einen Angriffsbefehl Ludendorffs zunächst nicht aus, er verzögerte diesen um einen Tag. Das bewirkte letztlich, dass die Narew-Armee am 30. August in der Falle saß.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Alle sind Brüder

Zu: Gelebte Völkerfreundschaft (Nr. 31)

Von der friedlichen Begegnung beim Sommerfest im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg hört und liest man gern! Bei uns in Europa und überall in der Welt schenkt ein harmonisch-friedvolles Miteinander viel Freude und Wohlbefinden. Das ist für Kinder und Jugendliche vorbildlich.

Es sollte immer zur freudigen Anregung von gelebten Völkerfreundschaften, die auf verschiedenste Weise zustandekommen und gefeiert werden, ausführlich berichtet werden, so dass auch Skeptiker sich überdenken und überzeugen lassen, damit auch sie sich hoffnungsfroh einbringen zu herzerwärmender Freundschaft. Möge die Freude, der edle Götterfunken aufblühen auf Gottes schöner Welt! Henry Dunant, Gründer des Roten Kreuzes, betonte einst: „Wir sind alle Brüder!“ Wie wahr, wenn man mit Herz und natürlichem Verstand dabei ist.

Elfriede Hardt, Bad Münder



Göring, Hitler und Keitel tüfteln Kriegspläne aus: Wollte zumindest der Reichsmarschall den Krieg verhindern? Bild: action press

Ein Krieg mit vielen Vätern

Zu: Wie Göring den Zweiten Weltkrieg verhindern wollte (Nr. 30)

Die Behauptung, Hitler sei am 23. August 1939 „fest zum Krieg entschlossen“ gewesen, hätte ich in der *PAZ*, die sich doch der historischen Objektivität verpflichtet fühlt, eigentlich nicht erwartet. Denn sie ist nicht zutreffend! Davon zeugt nicht nur die Aufhebung des bereits erteilten Angriffsbefehls für einen Einmarsch am 26. August 1939. Davon zeugen auch die diplomatischen Bemühungen Hitlers nach diesem Tag, mit Polen zu einer friedlichen Lösung der Probleme von Danzig und Korridor zu kommen, detailliert nachzulesen bei Gerd Schultze-Rhonhof „1939 – der Krieg, der viele Väter hatte“. Alle diese Bemühungen wurden aber entweder sabotiert (England) oder abgeblockt (Polen).

Auch nach dem Einmarsch deutscher Truppen am 1. September 1939 setzte Hitler seine Bemühungen um eine Verhandlungslösung fort. Am 2. September 1939 – einen Tag vor der britisch-französischen Kriegserklärung am 3. September 1939 – schickte Außenminister von Ribbentrop im Auftrag Hitlers seinen engen Vertrauten Fritz Hesse, Pressereferent an der deutschen Botschaft in London, zu Sir Horace Wilson, um ein letztes Angebot zur Vermeidung des Krieges zu unterbreiten. Das Angebot lautete: Rückzug der deutschen Truppen, Wiedergutmachung der durch sie entstandenen Schäden gegen Rückgliederung von Danzig an das Deutsche Reich und Bau einer exterritorialen Straßen- und Eisenbahnverbindung nach Ostpreußen.

Dieser Vorschlag wurde Chamberlain nicht einmal vorgelegt. Am folgenden Tag erklärten England und – in seinem Schlepptau – Frankreich Deutschland den Krieg. Es ist aufschlussreich, wenn nicht entlarvend, wenn Churchill in seinen Memoiren feststellt, dass sich der Krieg 1939 leicht hätte verhindern lassen.

Wie wenig es England um Polen ging, erkennt man daran, dass weder England noch Frankreich in Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen gegenüber Polen militärisch in den Krieg eingriffen. Die Engländer konnten nicht, die Franzosen wollten nicht, obwohl die Verpflichtung bestand, dass die französische Armee am 15. Tag nach einem deutschen Angriff zur Offensive antreten würde. Stattdessen haben sie zugesehen, wie Polen unterging. Es stellt sich weiter die Frage, warum England nicht auch Stalin den Krieg erklärt hat, nachdem die Rote Armee am 17. September 1939 ebenfalls in Polen eingerückt ist.

Nach Kriegsende haben die Engländer Polen dann ein zweites Mal im Stich gelassen, als sie mit den Amerikanern auf der Konferenz von Jalta ganz Osteuropa Stalin überließen, einschließlich Polen, für das sie 1939 angeblich in den Krieg gezogen waren.

Ich verkenne durchaus nicht den verbrecherischen Charakter des NS-Regimes, aber zwischen diesem und dem Kriegsausbruch 1939 besteht kein zwingender Zusammenhang.

Rolf Bürgel, Darmstadt

Die zwei Gesichter des Hermann Göring

Zu: Wie Göring den Zweiten Weltkrieg verhindern wollte (Nr. 30)

Autor Jan Heitmann hat in brillanter Weise jene zwei Seelen in Hermann Görings Brust herausgearbeitet, von denen sich insbesondere die Briten immer wieder irritiert zeigten: Auf der einen Seite setzte er sich selbst nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges noch für eine friedliche Beilegung der anstehenden Konflikte ein, andererseits gehorchte er blind seinem Führer, von dem er sah, dass er den Krieg unbedingt wollte. Dies zeigen auch mehrere überlieferte Äußerungen, von denen hier einige ergänzend zitiert sein sollen:

Als Göring nach dem Münchner Abkommen von 1938 sah, dass Hitler trotzdem Gewaltlösungen nicht ausschloss (Einmarsch in die Rest-Tschechei), zog sich der zweite Mann im Staate für einige Monate auffallend aus dem öffentlichen Leben zurück, was dazu führte, dass Außenminister von Ribbentrop, ein Hardliner, an Einfluss gewann. Ab Mitte 1939 verschärfte sich dieser Gegensatz, nachdem Göring erkennen musste, dass von Ribbentrop nicht mehr an Diplomatie interessiert war und Hitler diesen Kurs bedingungslos stützte.

Schon im Juli 1939 warf Hitler deshalb Goebbels, der wie von Ribbentrop einen Krieg wollte, vor: „Wir haben doch nicht sechs Jahre gearbeitet, und noch dazu so erfolgreich, um dann alles in einem Krieg zu riskieren.“ Am 31. August 1939, also am Vorabend des Kriegsbeginns, als die Würfel bereits gefallen waren, vertraute Göring dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Ernst Freiherr von Weizsäcker, an, er habe den Führer dreimal beschworen, die Krise nicht gewaltsam zu lösen, doch der habe ihn letztlich „nur angefahren und abgefertigt“.

Von Weizsäcker selbst hatte zuvor ungewöhnlich deutlich seinen eigenen Chef kritisiert, als er die Frage in den Raum warf: „Sind wir wohl verpflichtet, einem geistig gestörten Berater Hitlers zuliebe das Dritte Reich vernichten zu lassen?“ Und zu seinem engen Vertrauten Paul Körner sagte Göring gar: „Es ist furchtbar. Hitler ist verrückt geworden.“ Als Großbritannien dann drei Tage später dem Deutschen Reich den Krieg erklärte, ließ Göring in einem Telefongespräch mit von Ribbentrop seine ganze Wut ab, indem er seinen Kontrahenten anschrie: „Jetzt haben Sie Ihren ... Krieg! Sie sind der einzige Schuldige!“

Sicherlich waren die Friedensbemühungen Görings nicht ohne selbstlose Hintergedanken, bangte er doch um das zukünftige Schicksal seiner eigenen Person. Aber neben dem brutalen Machtmenschen gab es auch den anderen Göring, der sich fast bis zuletzt eines großen Ansehens in der Bevölkerung erfreute, weil er in der Politik nicht nur einen „beliebten und gewandten Verhandlungspartner“ abgab, sondern zugleich ein Händchen im Umgang mit dem einfachen Mann besaß. Noch heute sprechen ältere Leute in der Schorfheide, die Göring dort erlebten oder sogar Dienst auf seinem Landsitz „Carinhall“ verrichteten, mit Ehrfurcht von ihm als jemandem, der sich nicht nur jovial und spendabel zeigte, sondern der, anders als die meisten Parteibonzen, auch ein Ohr für ihre Bedürfnisse gehabt habe.

So gilt durchaus die Charakterisierung Josef Schmids, des langjährigen Nachrichtenchefs der Luftwaffe und späteren Generalleutnants, der die zwei Gesichter Görings betonte, nämlich „sein wahres, wirkliches Gesicht als Mensch, Politiker und Soldat und sein offizielles Gesicht als Parteimann, als Paladin des Führers, als zweiter starker Mann im Staate und als vermeintlicher Feldherr“.

Wolfgang Reith, Neuss

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.





Das Ostpreußenblatt

Nr. 33 – 16. August 2014

MELDUNGEN

Umgehung im Süden

Allenstein – Allenstein erhält im Süden eine Umgehungsstraße. Die Kosten in Höhe von 1,416 Millionen Zloty (rund 337 000 Euro) trägt teilweise die Europäische Union. Allenstein selbst braucht entgegen der ursprünglichen Planung nichts zu bezahlen. Erreicht wurde diese Entlastung des Stadtsäckels durch eine Statusänderung. Statt einer „Schnellverkehrs-Straße“ soll nun eine „Express-Straße“ gebaut werden. *PAZ*

Fußballer baut in Sternsee

Sternsee – Robert Lewandowski, ein polnischer Fußballspieler, der seit der Saison 2014/15 beim Bundesligisten FC Bayern München unter Vertrag steht, lässt sich in Sternsee [Stanclewo], Kreis Rößel am Nordufer des Allmoyer Sees ein Familienhaus mit eigenem Basketballplatz errichten. Angeblich hat der 1988 in Warschau geborene polnische Nationalspieler dort seine Ehefrau, die Karatekämpferin Anna Stachurska, kennengelernt. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 15: Rakowitz [Rakowice], Kreis Neumark, Straßenumbau. Straße Nr. 16: Groß Borken [Borki Wielkie] Richtung Mertinsdorf [Marcinkowo], Baustelle; Lyck [Elk] Richtung Klein Ruttken [Rutki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Wartenburg [Barczewo] Richtung Reuschhagen [Ruszajny], Reparatur der Schutzplanken; Allenstein [Olsztyn] Richtung Bischofsburg [Biskupiec], Baustelle. Straße Nr. 58: Kurken [Kurki], Brückenbau, einspurig. Straße Nr. 63: Primsdorf [Prynowo], Renovierung der Brücke; Angerburg [Wegorzewo], Zamkowastraße, Kreuzungsumbau. *PAZ*

Gefahr durch streunende Hunde

Über 900 Bissverletzungen in Königsberg – Zootiere wurden ebenfalls Opfer

Das harte Vorgehen rumänischer Behörden gegen Straßenhunde machte Ende vergangenen Jahres Schlagzeilen. Doch auch im Königsberger Gebiet wächst das Problem streunender Hunde, die Menschen auf offener Straße anfallen. Ein Einbruch im Tiergarten, dem mehrere Tiere zum Opfer fielen, brachte das Fass zum Überlaufen. Die Stadtverwaltung will schnell handeln.

Das Problem umherstreunender herrenloser Tiere auf den Straßen der Städte im Königsberger Gebiet ist kein neues. Im wesentlichen bereiten Hunde, die einzeln oder in kleinen Rudeln durch die Straßen der Städte ziehen, Probleme, weil sie oft eine Gefahr für die Stadtbewohner darstellen. Kommt es nur in Einzelfällen vor, dass Hunde, die mit ihren Herrchen Gassi gehen, Erwachsene oder kleine Kinder verletzen, kommt es bei streunenden Hunden immer öfter vor, dass sie Menschen angreifen. Das findet auch in den Statistiken Niederschlag: Allein 2013 mussten über 900 Königsberger medizinische Hilfe nach Bisswunden, die ihnen von streunenden Hunden zugefügt worden waren, aufsuchen. Der städtische Tierschutzdienst hat im vergangenen Jahr über 2000 Aufforderungen zum Fang herrenloser Tiere erhalten.

> Stadt stellt 250 000 Euro fürs Einfangen bereit

Zirka 2500 Tiere konnten eingefangen werden. Jedoch scheinen sie sich schneller zu vermehren, als man sie einfangen kann.

Im laufenden Jahr ist daher eine umfassende Neustrukturierung des Tierschutzes geplant. Die Modernisierung und Gestaltung der Freigehege für die eingefangenen Tiere soll vorangetrieben werden. Für den Fang streunender Hunde hat die Stadt aus dem Haushalt umgerechnet 250 000 Euro bereitgestellt.

Ein weiterer schockierender Zwischenfall brachte das Fass zum Überlaufen. Ein Einbruch von Straßenhunden im Tiergarten wurde zum Stadtgespräch und Aufreger. In der Nacht hatten streunende Hunde Kängurus unmittelbar am Zaun eines Freigeheges gerissen. Der Vorfall bescherte dem Tiergarten den Verlust von fünf Kängurus und einigen Ziervögeln.

Doch wie konnten die streunenden Hunde überhaupt auf das Gelände des Tiergartens gelangen? Zoodirektorin Swetlana Sokolowa erklärte, sie habe zunächst vermutet, dass sie den Zaun untergraben hätten, aber dafür gebe es keine Spuren, so dass die Streuner nur über die 1,80 Meter hohe Barriere gesprungen sein könnten, um in das umzäunte Freigehege zu gelangen. Wie sich aber herausstellte, gibt es in der Ummauerung des Tiergartens viele Schlupflöcher, durch die ungebetene Gäste eindringen können.

Die Zooleitung ist sich dessen bewusst, aber für die Errichtung einer neuen Eingrenzung des gesamten Tiergartens werden etwa 1,4 Millionen Euro benötigt. Der Zoo verfügt nicht über solche finanziellen Mittel. Im vergangenen Jahr stellte die Stadtverwaltung die Hälfte der Summe zur Verfügung. So konnte man sich einen Überblick über den Zustand der Eingrenzung verschaffen und bereits ein Teilsegment der Begrenzungsmauer ersetzen. An den noch nicht ersetzten Teilen fanden die Hunde offensichtlich ein Schlupfloch.

Jedoch können auch neue Mauern die Wiederholung eines solchen Vorfalls nicht völlig verhindern. Die einzige wirksame Lösung kann nur ein entsprechendes Handeln der Stadtverwaltung bringen, indem sie Fang, Haltung und die Pflege herrenloser Tiere forciert, um so die Sicherheit der Bürger zu garantieren. *Jurij Tschernyschew*



Gefahr für Mensch und Tier: Herrenlose Straßenhunde beunruhigen durch Angriffe Bild: J.T.

Stelldichein der Oldtimer neben dem Haus der Räte

»Der goldene Schatten Königsbergs« – Automobilliebhaber aus sechs Staaten stellten sich mit ihren Prachtstücken diversen Wettbewerben

Unter dem Titel „Der goldene Schatten Königsbergs“ hat in der Pregelmetropole erstmals ein Festival der Oldtimer stattgefunden, an dem Autoliebhaber aus sechs Ländern teilnahmen. Unter ihnen waren Gäste aus Russland, Deutschland, Litauen, Polen, Finnland und Estland. Die Königsberger Teilnehmer waren mit fünf Autos sowjetischer Marken vertreten. Bemerkenswert ist, dass besonders viele Teilnehmer aus Estland angereist waren. Einer von ihnen stellte das älteste Auto des Wettbewerbs, einen amerikanischen „Nash Special Six Coupé“ aus dem Jahre 1929 vor.

In der Nähe des Hauses der Räte hatten die Organisatoren einen Ausstellungsplatz mit Festbühne eingerichtet. Während des Festivals wurden Auto-Raritäten aus Europa und aus Übersee gezeigt. Durch ihre eindrucksvollen Außenmaße und die ausdrucksstarken Lackierungen hoben sich besonders die US-amerikanischen Oldtimer von ihren Konkurrenten ab. Sie waren es denn auch, welche die besondere Aufmerksamkeit der Gäste auf sich zogen. Zum Festival hatten sich die Eigentümer der Oldtimer entsprechend der Mode des Baujahrs ihrer Autos gekleidet.

Auf dem Fest waren viele Modelle, die aus berühmten Filmen bekannt sind, zu sehen, wie zum Beispiel ein Rolls-Royce wie der aus der französischen Film-Trilogie „Fantomas gegen Interpol“ von 1964, oder ein Cadillac wie der aus der Louis-de-Funès-Komödie „Scharfe Sachen für Monsieur“ von 1965. Sie wurden den Besuchern unter Begleitung der jeweiligen Filmmusik vorgestellt.



Gegensätze: Sowjetbeton und US-Chrom-Orgien Bild: J.T.

Voraussetzung für die Teilnahme am Festival und am Wettbewerb war, dass die Fahrzeuge in einem perfekten Zustand waren, das heißt funktionstüchtig und im Originalzustand. Die Teilnehmer mussten aus eigener Kraft nach Königsberg anreisen und den Zuschauern während der Schau „Das alte Rad“ ihre „stählernen Pferde“ vorführen. Sieger dieser Vorführung wurden Teilnehmer aus Finnland, Königsberg und Estland.

Ein zweiter Wettbewerb war dem Thema „Eleganz“ gewidmet. Die Sieger wurden nach Zustand und Design der Karosserie sowie nach der Originalität der Kleidung des Besitzers beurteilt. Diesen Teil des Wettbewerbs entschieden Vertreter aus Polen und Estland für sich.

Darüber hinaus mussten die Oldtimer ein Autorennen auf der Route Königsberg–Palmnicken–Rauschen–Königsberg absolvieren. Jeder Wettbewerbs-Teilnehmer erhielt ein von Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk unterschriebenes Ehrendiplom sowie als Geschenk das eigens zu diesem Fest herausgegebene Buch „Menschen und Motoren. Gemeinsame Geschichte, unterschiedliche Schicksale“ über die Geschichte der Oldtimer im Königsberger Gebiet.

Die Organisatoren planen einen Film über das Festival herauszugeben. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manchmal ist es nur ein Brief, der die ganze Bandbreite unserer Ostpreußischen Familie umfasst. Wie der von Frau **Ute Eichler**, die sich mit dem von ihr gestalteten Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster mit immer neuen Fragen konfrontiert sieht, aber auch viele Lösungen verzeichnen kann, die sie zum Teil in unsere Familie mit einbringt. Frau Eichler wollte mir nun ein wenig Ermutigung zusprechen für die „Fälle“, für die es nicht in kurzer Zeit eine Lösung, eine Antwort, einen Erfolg zu vermelden gibt. Sie schreibt: „Manches braucht einfach Zeit, damit aus der Vergangenheit Details zu uns gelangen.“ Und sie gibt auch gleich ein Beispiel, indem sie sich auf die in Folge 24 gestellte Frage von **Wolfgang Woop** bezieht, wer sich noch an seinen Vater und dessen Lötzener Jahre erinnern kann. „Zwei auch für die Lötzerer Gemeinschaft tätige Familienforscher, **Bernd Sawatzki** und **Peter Plischewki**, versuchen da mit ihren Spezialkenntnissen zu helfen.“ Herr Woop hat sich auch bei uns gemeldet und sich für die Veröffentlichung bedankt, auf die er allerdings nicht gleich reagieren konnte, weil er mehrere Wochen im Krankenhaus lag. So hat er sich wahrscheinlich mit einigen Anrufern oder Schreibern erst sehr viel später in Verbindung setzen können.

Als eine große erfolgreiche Angelegenheit erwiesen sich die „Sausgörker Aufsätze“, die uns vor einem Jahr beschäftigten. Zur Erinnerung: Frau Eichler hatte uns über einen „sensationellen“ Fund berichtet, den ihr Mann **Dieter Eichler** und sein Schulleiterkollege gemacht hatten. Es handelte sich um Aufsätze, die 1935 von Sausgörker Schulkindern im Austausch mit Arbeiten von Schülern der Schule Deichhausen in Schleswig-Holstein erarbeitet wurden. 31 Schüler und Schülerinnen aus dem im Kreis Rastenburg gelegenen Sausgörken berichteten über alles, was für sie Heimat war, und gaben damit ein unbestechliches Spiegelbild des Lebens in einem kleinen ostpreußischen Dorf in der Mitte der 30er Jahre. Frau Eichler bat uns, sie auf der Suche nach den namentlich aufgeführten Schulkindern zu unterstützen, die damals zehn bis 14 Jahre alt waren. Unsere Veröffentlichung half mit, dass die Suche, an der sich auch die Rastenburger beteiligten, zu einem großen Erfolg wurde. Der noch weiter geht, denn Ute Eichler teilte uns nun mit, dass sich inzwischen durch diese Aktion noch ganz andere Kreuz- und Querverbindungen ergeben haben. Die sind auch für das so aktive Ehepaar wichtig, denn Dieter Eichler ist Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lötzen, Ute Eichler Geschäftsführerin und Betreuerin des Heimathauses in Neumünster.



Heiligenbeil 1939: David und Goliath in Uniform Bild: privat

Und damit haben wir eine doppelte Brücke zu einem weiteren von Frau Eichler in ihrem Brief angeschnittenen Komplex, denn beide haben ein berechtigtes Interesse an dem von uns in Folge 31 angebotenen Roman von **Hansgeorg Buchholtz** „Der Markt zu Heckenbruch“, der im alten Neidenburg spielt. Den hatte uns **Frank Schneidewind** zur Weitergabe mit dem Hinweis überlassen, es würde sich schon ein ehemaliger Neidenburger finden, der den Dichter während seiner dortigen Lehrtätigkeit gekannt hat. Das trifft auf Herrn Eichler zu, denn als Hansgeorg Buchholtz als junger Lehrer in Neidenburg wirkte, lebte Dieter dort als Schuljunge. Ist das schon ein wichtiges Argument, so trifft ein Zweites voll ins Schwarze: Unter den im Kreisarchiv gesammelten Werken von Hansgeorg Buchholtz fehlt nur ein Buch – und das ist „Der Markt zu Heckenbruch“. Da Frau Eichler auch noch die Erste war, die ihr Interesse an dem Buch anmeldete, ist es also keine Frage, wer diesen frühen Roman des Dichters bekommt. Und die Buchholtz-Bibliothek im Lötzener Kreisarchiv ist nun lückenlos!

Es genügt ja nur ein kleiner Anstoß – ein Name, eine bestimmte Bezeichnung, eine Ortsangabe –, und schon ist die Erinnerung da, die man längst vergessen glaubte. So hat der Beitrag von **Eberhard Jung** über seine Urgroßtante **Frieda** Jung bei einigen Leserinnen Erinnerungen an ihre Schulzeit erweckt wie bei Frau **Eva Preuß** aus Mettmann. Als sie noch ihren Mädchennamen Eva **Schultz** trug, ging sie auf die Höhere Mädchenschule in Angerburg, die 1934 in Frieda-Jung-Schule umbenannt wurde. Frau Preuß weist auf eine Dokumentation hin, die über die Hindenburg-Schule in Angerburg erstellt wurde und in der auch Abbildungen der Frieda-Jung-Schule enthalten sind. In dieser ist auch das Gedicht „Was bebst du so, meine Heimaterde?“ in vollem Wortlaut enthalten, von dem ich leider im Rahmen unserer Kolumne nur die ersten Zeilen bringen konnte. Frau Preuß sandte mir eine Abschrift zu, herzlichen Dank. Dieses Gedicht von Frieda Jung ist nicht nur in den Büchern der Dichterin, sondern auch in vielen Anthologien enthalten, ist also nicht vergessen.

Kaum bekannt und in den meisten biografischen Abhandlungen über die Dichterin auch nicht genannt ist der Name ihres Ehemanns, von dem sie sich nach kurzer kinderloser Ehe trennte. Zumeist wird nur erwähnt, dass Frieda sehr jung die Ehe mit einem Lehrer einging, die sich als unglückliche Verbindung erwies. Umso erfreuter war ich, dass Eberhard Jung in seinem Bericht den Nachnamen des Ehemannes erwähnte: **Brauer**. Und der brachte nun eine Leserin aus Bad Oldesloe auf den Plan, denn sie trägt nicht nur diesen Namen, sondern auch die Stadt Gumbinnen, in der Frieda Jung mit dem Lehrer Brauer 1883 die Ehe schloss, spielt eine Rolle in ihrer Familie, denn diese ist Salzburger Abstammung. **Gisela** Brauer kann ihre Ahnen bis zu jenem Exulanten namens **Andreas** Brauer zurückverfolgen, der 1732 aus Glaubensgründen den heimatlichen Veithof im Salzburger Land verließ, um mit seiner Frau **Christine** und fünf Kindern in das ferne Preußen zu ziehen. Frau Brauer möchte über diese Familiengeschichte mit Herrn Eberhard Jung sprechen, und so haben wir die Verbindung vermittelt.

Unsere Ostpreußische Familie ist eben ein Netzwerk mit vielen Querverbindungen, die unerwartete oder erhoffte Begegnungen bewirken können. Und wenn beide zusammentreffen, wird das ein voller Erfolg, wie uns Frau **Anne Varnhagen** aus Barßel letztendlich bestätigen konnte. Denn erhofft hatte sich die Familienforscherin in eigener Sache schon einige Informationen aus unserem Leserkreis – was aber dann mithilfe unseres inzwischen reich bestückten Familienarchivs zustande kam, übertraf ihre kühnsten Erwartungen. Die Geschichte der im Ersten Weltkrieg aus Polen geflüchteten Familie **Kutzner** konnte nun lückenlos geschlossen werden dank vieler Quellen und Informationen, die jene Jahre in Ostpreußen betrafen, die für Frau Varnhagen bisher ein dunkles Loch gewesen waren. Jetzt nach der sehr ergiebigen Information, die wir ihr übermitteln konnten, ist es bis zum letzten Winkel erhellt. Welche Empfindungen dadurch bei ihr und ihrer Familie ausgelöst wurden, beschreibt Frau Varnhagen mit „Herzklopfen, Staunen beim Lesen, Tränen der Freude, Erleichterung und Dankbarkeit für diese letzte, so wichtige Hilfe bei meiner Arbeit, die mir eine große Herzensangelegenheit war und bleibt. Es wäre so vieles offen geblieben. Die ganze Familie Kutzner ist schon in freudiger Erwartung auf die Familiengeschichte. Dass es noch so präzise würde, hätte ich nicht erwartet.“ Und wir hatten solch einen schönen Dankesbrief auch nicht erwartet, aber so viel Anerkennung macht Mut für unsere weitere, nicht immer leichte Arbeit.



Ruth Geede Bild: Pawlik

Es ist schön, wenn man gute Freunde hat, und unsere Ostpreußische Familie hat sie, denn nicht umsonst spreche ich immer unsere Leserschaft mit „lewe Landslied und Familienfreunde“ an. Einer von ihnen hat das mal wieder auf das Erfreulichste bewiesen, als er eine eigenartige Entdeckung machte und diese sofort mit unserer Familie in Verbindung brachte. Mein alter Freund und Kollege aus langen Pressejahren **Karlheinz Mose**, dem auch unsere Zeitung interessante Beträge verdankt, entdeckte auf einem Altpapier-Container in Hamburg einen Umschlag, der einige kleine Fotos enthielt. Bei näherem Betrachten stellte er fest, dass sie ehemalige Wehrmachtsangehörige zeigen, aufgenommen im tiefsten Winter – und die Beschriftung erklärt, wo und wann sie gemacht wurden: im Winter 1939/40 in Heiligenbeil/Ostpr. Das ist doch was für die Ostpreußische Familie, dachte Karlheinz Mose und informierte mich sofort. Er wies vor allem auf ein Foto hin, das auch nach 75 Jahren seine Originalität behalten hat. Es zeigt einen Zwei-Meter-Riesen neben einem ebenfalls uniformierten Kameraden, der ihm gerade bis zum Ellenbogen reicht. Das besagt auch die Beschriftung: „Der Größte und der Kleinste unserer Kompanie“. Um welche Einheit es sich handelt, geht nicht aus den Anmerkungen hervor, ein Bild bezieht sich auf „die 2. Korporalschaft“, ein anderes zeigt „Stubenkameraden der Stube 3“. Vielleicht sieht einer von den damals jungen Rekruten, die ihren ersten Kriegswinter in Heiligenbeil verlebten, dieses originelle Foto und erinnert sich an den Hünen, der mit seiner 2,04-Meter-Größe alle überragte? Heute erreichen ja viele junge Menschen mühelos die Zwei-Meter-Marke – wie meine beiden Enkel –, aber damals muss solch ein „langer Latsch“ schon aufgefallen sein. Das wäre ein Fixpunkt, der bei der Suche nach den auf allen Fotos Abgebildeten weiter helfen könnte. Vielleicht führt diese auch zu deren Familien, denn solch ein Opa oder Onkel bleibt doch unvergessen. Erst einmal danken wir Karlheinz Mose für diese originelle Bereicherung unserer heutigen Kolumne mit „David und Goliath in Uniform“.

Mit den Beiträgen von Frau Ute Eichler haben wir begonnen, und mit einem weiteren aus ihrem Schreiben wollen wir auch enden. Und diesmal ist es eine Frage, die ich ihr sofort beantworten könnte, ohne unsere Leserschaft zu bemühen. Aber das Objekt, um das es sich handelt, ist so schön passend für die Sommerzeit, dass ich es unseren Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten möchte, weil es mit Sicherheit bei unseren älteren Landsleuten Erinnerungen erwecken wird: die Bierkirsche! Frau Eichler fand diese Bezeichnung beim Lesen einer Erzählung von Agnes Miegel und da sie als Hamburgerin von dieser Kirsche noch nie gehört hatte, bat sie mich um Erklärung. Kurz gefasst würde die lauten: Bierkirsche=Sauerkirsche. Warum diese sehr alte Sorte sich gerade in Ostpreußen so lange gehalten hat und wie die Kirschen verwendet wurden, darüber berichtet unser Extrabeitrag auf unserer Familienseite. Viel Spaß beim Lesen!

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Unter den Bierkirschbäumen des Grasgartens

Die alte Obstsorte war in Ostpreußen sehr beliebt

Da waren stille Dörfer weitab von Schienenstrang und Autostraße, versunken in den Deichfrieden wasserblanker Wiesen. Der Schatten alter Birken rieselt übers dunkle Rohrdach, über wettergebleichte, uraltertümliche Balkenwand, über das helle Wabengefüge der Holzhaufen, rund und hoch wie die fahlen Heuberge in den Wiesen, über flammenden Goldball und dunkelgesichtige Sonnenblumen am verwitterten Zaun und über die schweren schwarzbunten Kühe unter den Bierkirschbäumen des Grasgartens.“ So beschreibt die Dichterin Agnes Miegel in ihrer Erzählung „Audhumla“ die ostpreußische Landschaft. Sie mögen noch heute da und dort in einem verwilderten Garten stehen, die Bäume mit den Bierkirschen, denn sie sind robust und trotzen auch den harten ostpreußischen Wintern. Das mag ein Grund dafür sein, dass sie in unserer Heimat die bevorzugte Kirschsorte waren und blieben, zumal sie noch gegenüber anderen Sauerkirschsorten mit ihrem Aroma punkten konnten. Die Bierkirsche war zwar etwas kleiner als die hochgezüchteten Schattenmorellen, hatte aber einen geringeren Säuregehalt. Sie schmeckte also auch frisch vom Baum, obgleich sie in erster Linie eine Verbrauchskirsche war wie „Doennigs Kochbuch“, die Urfibel aller ostpreußischen Hausfrauen, beweist. Zwar listet das Register keine „Bierkirsche“ auf, was zuerst irritierend wirkte und unsere Suche erschwerte, aber beim Sichten der vielen Obstrezepte stellte sich heraus, dass sich alle Angaben, die Sauerkirschen betrafen, nur auf Bierkirschen bezogen. Ob bei Kirschkonfekt oder Kirschkompott – immer heißt es bei den Zutaten: saure Kirschen (Bierkirschen)!

Aber ein für das alte Ostpreußen so typisches Rezept suchte ich vergebens: Kirschkreide. Sie dürfte wie auch die Pflaumenkreide früher auf allen heimischen Bauernhöfen hergestellt worden sein, vor allem bei reichem Obstsegen. Denn die Kreide – die nichts mit unserer Schulkreide zu tun hat, sondern (nach Ploetz) vom rheinischen „Kraut“ herkommt – war die denkbar haltbarste und, da weder Zucker noch andere Zutaten benötigt wurden, auch die günstigste Form der Konservierung. Ehe es Weckgläser und Kühltruhen gab, ermöglichten Pflaumen- und Kirschkreide eine lange Vorratshaltung und ergänzten das magere Obstangebot zur Winterszeit. Obgleich der Vitamingehalt wohl erheblich geschrumpft war, denn die Konservierungsprozedur dauerte lange. Das Originalrezept, das ich schließlich in „Henriette Davidis Kochbuch“ von 1889 fand, beweist, dass es damals nicht nur in ostpreußischen Küchen verwendet wurde. Deshalb ist wohl von Bierkirschen keine Rede, es werden zehn Pfund reife Sauerkirschen angegeben, die man ohne alle Zutaten in einen verzinnten Kessel schüttet und sie unter ständigem Rühren so dick wie möglich einkocht. Dann schüttet man das Kirschmus in einen Steintopf und stellt es am folgenden Tag in einen Backofen, in dem einige Stunden zuvor Brot gebacken wurde, lässt es bis zum folgenden Morgen ruhig stehen und verbindet das jetzt vollkommen fest und trocken gewordene Mus mit Blase. An einem kühlen Ort hält sich die Kirschkreide jahrelang. Nun gut, die Prozedur konnte auch auf einer Stelle des ständig beheizten Herdes erfolgen, aber gerührt musste immer werden! Heute kann man es sich kaum vorstellen, was unsere Vormütter allein bei der Vorratshaltung leisten mussten! Gerade jetzt im Hochsommer, wo der Obst- und Beerensegen an glutheißen Augusttagen pflückfrisch verarbeitet werden musste, war das Einkochen wirklich eine harte schweißtreibende Tätigkeit.



In verwilderten Gärten steht vielleicht noch ein Bierkirschbaum Bild: privat

Bleibt noch eine Frage offen, für die ich bisher keine befriedigende Antwort gefunden habe: warum *Bier*-Kirsche? Aber fündig wurden wir bei emsiger Suche immerhin, als wir eine sehr individuelle Erklärung entdeckten – und das abseits aller verfügbaren Info-Quellen sozusagen im eigenen Haus. Denn wir fanden im *Ostpreußenblatt* vom 29. Juli 2000 einen heiteren Beitrag von Rudolf Kukla über „Erfrischungen im Sommer“ mit dem Untertitel „Aromatische Bierkirschen und explosives Haus-Süllbier“. Auch der Autor stellt darin die Frage nach der Herkunft der Bezeichnung Bierkirsche auf. Sein sonst historisch bewanderter Onkel Fritz konnte es ihm nur so erklären, dass ferne Vorfahren vergorenen Kirschsaft angeblich wie Bier getrunken hatten. Er selbst bevorzugte den zu Sirup eingekochten Saft als sogenannten Schuss zu seinem sorgsam selbst gebrauten Bier explosiven Charakters „Haus-Süllbier“ genannt. Das hatte aber auch seine Tücken, denn in fest verschließbaren Bierflaschen abgefüllt, erzeugte es einen gewaltigen Innendruck, so dass man es beim Öffnen mit einem heftig ausschäumenden Inhalt zu tun bekam – wie Herr Kukla aus eigener Anschauung berichtet. Es handelt sich mit seinem herbfeinen Malzaroma wohl um das „seete Beer“, das die Dichterin Erminia von Olfers-Batocki in einem ihrer Gedichte besingt, bei dem die Gäste bis „Uhre veer tosamme hucke“. Der Name Bierkirsche wurde bereits im 18. Jahrhundert für die kleine aromatische Kirsche verwendet – und damals wurden ja in vielen Haushalten Bier und andere süffige Getränke nach eigenen Rezepten selbst gebraut. Da könnte Herrn Kuklas ideenreicher Onkel Fritz mit seiner ersten Version vielleicht Recht haben.

So viel zu der kleinen Frage von Frau Ute Eichler, die uns zu einem heiteren Sommerthema geführt hat. Sie bleibt noch immer ein Ritzchen weit offen. Vielleicht kann es jemand aus unserer Ostpreußischen Familie schließen?

R.G.





ZUM 101. GEBURTSTAG

Maczeyzik, Erna, geb. **Gerths**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. August

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fidorra, Frida, geb. **Roßmannek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 21. August
Flath, Ilse, geb. **Geelhaar**, aus Lötzen, am 21. August
Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kosidowski, Marta, geb. **Lask**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 16. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. August
Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, am 20. August
Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 22. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August
Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, am 20. August
Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August
Prengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. August
Rieck, Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, und aus Treuburg, am 16. August
Sossong, Erna, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 21. August
Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Elbrechtz, Gisela, geb. **Regier**, aus Ortelsburg, am 19. August
Hill, Gerda, geb. **Hill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 1. August
Rautenberg, Fritz, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August
Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, am 22. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Boettcher, Margarete, geb. **Kowalewski**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 20. August
Gassner, Elisabeth, geb. **Leimann**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. August
Gawehns, Gertrud, geb. **Müller**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 22. August
Gehne, Meta, geb. **Benger**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. August
Josun, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. August
Junker, Gustav, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 18. August
Krüger, Frieda, geb. **Sanio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. August
Ruhnau, Christel, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, am 16. August
Schneider, Wanda, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Suchowitz, Ursula, geb. **Steinke**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. August
Wöbcke, Lucie, geb. **Hildebrandt**, aus Pillau, Kreis Samland, am 21. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baginski, Erwin, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. August
Berg, Anneliese, geb. **Riedel**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 19. August
Foth, Carlos, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. August
Frank, Gertrud, geb. **Palm**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. August
Herrmann, Irmgard, geb. **Andres**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. August
Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August
Kuckuck, Erna, geb. **Kuckuck**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 20. August
Lietz, Elisabeth, geb. **Neumann**, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August
Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August
Senkull, Christel, geb. **Bytzek**, aus Seegutten, Kreis Johannisburg, am 17. August
Skirlo, Ursula, geb. **Schiweck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. August
Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August
Stach, Ernst-Otto, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. August
Terzi, Hedwig von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August
Zielasek, Dr. Gotthold, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Breitkreuz, Gertrude, geb. **Jorzenuk**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. August
Bressau, Heinz, aus Treuburg, am 21. August
Clausnitzer, Dr. Ruth, aus Ortelsburg, am 21. August
Czernitzki, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 16. August
Diestel, Brigitte, geb. **Bark**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 21. August
Döring, Charlotte, geb. **Lemke**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 17. August
Grams, Ruth, geb. **Bialluch**, aus Markshöven, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Kunkel, Ursula, geb. **Böhm**, aus Heiligenbeil, Neubauer Weg 7, am 16. August
Niemeier, Hedwig, aus Fohrenhorst, Kreis Ebenrode, am 20. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August
Raths, Ruth, geb. **Kelbch**, aus Ortelsburg, am 18. August
Schulewski, Siegfried, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 22. August
Springer, Brunhilde, geb. **Reuß**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 22. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Zacharias, Walter, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 19. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albrecht, Ingrid, geb. **Schwahn**, aus Wehlau, am 17. August
Alff, Elfriede, geb. **Stumpf**, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Borris, Heinz, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 18. August
Chilla, Erika, geb. **Senff**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Dausch, Adelheid, geb. **Bednarz**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 16. August
Delkus, Werner, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 18. August
Döhler, Gerda, geb. **Böhm**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August
Henke, Eleonore, geb. **Neumann**, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil, am 4. August
Höflich, Elsbeth, geb. **Scheel**, aus Godrienen, Kreis Samland, am 17. August
Jeworrek-Berger, Heinz, aus Bergwalde, Kreis Lötzen, am 21. August
Kasprik, Heinz, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 16. August
Knöschke, Karl-Heinz, aus Neudamm/Neumark, Kreis Königsberg, am 17. August
Koppenhage, Helmut, aus Germau, Kreis Samland, am 19. August
Lang, Karl, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 19. August
Lübke, Waltraut, geb. **Aschendorf**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 20. August
Mauritz, Robert, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 20. August
Mischnat, Elisabeth, geb. **Kalinowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 22. August
Reiter, Margarete, geb. **Runge**, aus Schlottau, Kreis Trebnitz, am 16. August
Rexhausen, Hanna, geb. **Kobus**, aus Ortelsburg, am 18. August
Rodenbeck, Elfriede, geb. **Jusseit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 21. August
Rummler, Edith, geb. **Schwill**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 4. August
Scheidegger, Herta, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. August
Schlimme, Helga, geb. **Hildebrandt**, aus Königsberg, Vorderroßgarten 63, am 22. August
Schmucker, Magda, geb. **Schossau**, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 17. August
Sembritzki, Kurt, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. August
Sprotte, Inge, geb. **Kaulbach**, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 21. August
Steinert, Horst, aus Treuburg, am 22. August
Wessel, Egon, aus Treuburg, am 19. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

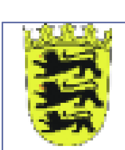
Bartikowski, Kurt, aus Grallau, Kreis Neidenburg, am 19. August
Bruckmann, Hildegard, geb. **Schlicht**, aus Königsdorf/Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 21. August
Gehring, Waldemar, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 20. August
Gnoza, Gerhard, aus Bönkenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Gröning, Hilde, geb. **Evers**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. August, 12.05 Uhr, Arte: 1929: Im Zeppelin um die Welt – Die Lovestory von Lady Hay und Karl von Wiegand. Dokumentation, NL 2009.
SONNABEND, 16. August, 13.30 Uhr, WDR: Der kleine Nick. Komödie, F 2009.
SONNABEND, 16. August, 16.30 Uhr, ZDFinfo: Cäsarenwahn – Die Droge der Macht.
SONNABEND, 16. August, 18.45 Uhr, ZDFinfo: Der Kanzlersturz – Die Wende von 1982.
SONNABEND, 16. August, 20.15 Uhr, ARD-alpha: Der Weg zur Macht. Dokumentarspiel, D 2012.
SONNABEND, 16. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Das trojanische Pferd. Reportage, USA 2004.
SONNABEND, 16. August, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Das Geiseldrama von Teheran.
SONNABEND, 16. August, 21 Uhr, ZDFinfo: Das Geiseldrama von Gladbeck.
SONNABEND, 16. August, 21.40 Uhr, Phoenix: Mythos Sisi.
SONNABEND, 16. August, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Das Wunder von Mogadischu.
SONNTAG, 17. August, 11.10 Uhr, SWR/SR: Deutsche Dynastien (39): Die Hohenzollern.
SONNTAG, 17. August, 13.05 Uhr, SWR/SR: Rot ist die Liebe. Heimatfilm über Hermann Löns, D 1956.
SONNTAG, 17. August, 15.45 Uhr, Phoenix: Schabowskis Zettel – Die Nacht als die Mauer fiel. TV-Dokumentation, D 2009.
SONNTAG, 17. August, 17.15 Uhr, ZDFinfo: Aufgedeckt. Mysterien der Geschichte (2): Dass Geheimnis der Nazca-Linien.
SONNTAG, 17. August, 18.30 Uhr, 3sat: Museums-Check mit Markus Brock (27): Künstlerkolonie Worpswede.
SONNTAG, 17. August, 19.10 Uhr, 3sat: Volkskrankheit Diabetes. Dokumentation.
SONNTAG, 17. August, 20.15 Uhr, Tele 5: United. Sportdrama über die 1958 mit dem Flugzeug verunglückte Mannschaft von Manchester United, GB 2011.
SONNTAG, 17. August, 20.15 Uhr, MDR: Elsa Brandström – Der Engel von Sibirien. Porträt, D 2014.
SONNTAG, 17. August, 21 Uhr, Phoenix: Kaiserin Adelheid – Die mächtigste Frau der Ottonen. Dokumentation, D 2010.
SONNTAG, 17. August, 21.45 Uhr, ZDFinfo: Aufgedeckt. Mysterien der Geschichte (3): El Dorado – Die Stadt aus Gold.
SONNTAG, 17. August, 22.50 Uhr, ARD-alpha: Ernst Thälmann – Wie er wirklich war.
SONNTAG, 17. August, 23.15 Uhr, ZDFinfo: Tod auf dem Scheiterhaufen – Hexenjagd in Großbritannien. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 17. August, 23.30 Uhr, ZDF: Der letzte „Gigant“ – Auf der Suche nach Hitlers Riesenflugzeug.
SONNTAG, 17. August, 0 Uhr, ZDFinfo: Die heißesten Momente des Kalten Krieges.
SONNTAG, 17. August, 0.15 Uhr, Arte: Franz Liszt – Die späten Jahre. Dokumentation, I/D/F 2011.
MONTAG, 18. August, 10 Uhr, ARD-alpha: Werner Heisenberg (1): Die Poesie der Physik (1901–1921).
MONTAG, 18. August, 15.30 Uhr, ServusTV: Pionierinnen der Neuzeit: Alexandra David-Neel – Die verbotene Reise.
MONTAG, 18. August, 15.45 Uhr, ZDFinfo: Der Jahrhundertkrieg (9): Entscheidungsschlacht – Stalingrad 1943.
MONTAG, 18. August, 19.30 Uhr, Arte: Polen entdecken (1): Vom Riesengebirge bis zu den Karpaten.
MONTAG, 18. August, 21 Uhr, Phoenix: Die Geheimpläne des Kalten Kriegs.
MONTAG, 18. August, 22 Uhr, WDR: Die herzkranke Gesellschaft. Reportage.
MONTAG, 18. August, 22.05 Uhr, Bayern: Camille Claudel. Künstlerbiografie, F 1989.
MONTAG, 18. August, 23 Uhr, Phoenix: Lenin – Drama eines Diktators. Dokuporträt, D 2012.
MONTAG, 18. August, 0 Uhr, Das Erste: Polen und seine Deutschen. Dokumentation, D 2014.
DIENSTAG, 19. August, 15.45 Uhr, ZDFinfo: Das Geheimnis von Pompeji.
DIENSTAG, 19. August, 15.30 Uhr, ServusTV: Pionierinnen der Neuzeit: Amelia Earhart – Der gefallene Engel.
DIENSTAG, 19. August, 16.10 Uhr, N24: Robin Hood – Die wahre Geschichte.
DIENSTAG, 19. August, 19.30 Uhr, Arte: Polen entdecken (2): Vom Stettiner Haff bis zu den Sümpfen der Biebrza.
DIENSTAG, 19. August, 20.15 Uhr, tagesschau24: Geheimnisvolle Orte (56): Die Humboldt-Universität.
DIENSTAG, 19. August, 20.15 Uhr, RBB: Bilderbuch: Berlin Köpenick (10). Dokumentation, D 2012.
DIENSTAG, 19. August, 22.25 Uhr, 3sat: München 72 – Das Attentat. Dokumentarspiel, D 2011.
DIENSTAG, 19. August, 22.45 Uhr, Das Erste: Wem gehört die Stadt? – Wenn das Geld die Menschen verdrängt. Dokumentation, D 2014.
DIENSTAG, 19. August, 0 Uhr, NDR: Abschied von Oma – Das begleiten eines Menschen in der letzten Lebensphase.
DIENSTAG, 19. August, 0.05 Uhr, N24: Pearl Harbor – Der Tag danach.
MITTWOCH, 20. August, 15.30 Uhr, ServusTV: Pionierinnen der Neuzeit: Anna Leonowens – Anna und der König von Siam.
MITTWOCH, 20. August, 19.30 Uhr, 3sat: Der Geschmack Europas (3): Siebenbürgen.
MITTWOCH, 20. August, 19.30 Uhr, Arte: Polen entdecken (3): **Von Masuren bis zu den Ostseeständen.**
MITTWOCH, 20. August, 19.30 Uhr, ZDFinfo: Brandstifter im Staatsauftrag? – V-Leute und der rechte Terror.
MITTWOCH, 20. August, 21.45 Uhr, Hessen: Der Arbeitsmarktreport – das Märchen vom Fachkräftemangel.
MITTWOCH, 20. August, 22.05 Uhr, Bayern: Ein letzter Sommer – Der Countdown zum Zweiten Weltkrieg (1).
MITTWOCH, 20. August, 0.15 Uhr, Schätze der Welt (407): Der preußische Garten – Berlin und Brandenburg, Deutschland.
DONNERSTAG, 21. August, 14.05 Uhr, N24: Die Charité – Hightech-Klinik mit Tradition.
DONNERSTAG, 21. August, 15.30 Uhr, ServusTV: Pionierinnen der Neuzeit: Gertrude Bell – Die Tochter Arabiens.
DONNERSTAG, 21. August, 15.45 Uhr, Einsfestival: Schlachtfeld Politik – Die finstere Seite der Macht.
DONNERSTAG, 21. August, 16.30 Uhr, Einsfestival: Gysi und die Stasi – Ein Politiker im Zwielicht.
DONNERSTAG, 21. August, 17 Uhr, ZDFinfo: Ein Land erschießt sich selbst.
DONNERSTAG, 21. August, 19.30 Uhr, Arte: Wildes Polen – Tatra, **Ostsee und Masuren.** Dokumentation, D 2012.
DONNERSTAG, 21. August, 20.15 Uhr, Arte: Bonjour Sagan. Biografie, F 2008.
DONNERSTAG, 21. August, 20.15 Uhr, ServusTV: Der große Aufbruch – Die Pioniere Amerikas (7): Geld macht Politik.
DONNERSTAG, 21. August, 21.05 Uhr, N24: Raketenwerfer und Haubitzen – Die Artillerie der Bundeswehr.
DONNERSTAG, 21. August, 21.45 Uhr, ARD-alpha: Werner Heisenberg (2): Was die Welt im Innersten zusammenhält (1922–1925).
DONNERSTAG, 21. August, 22.05 Uhr, N24: Operation Desert Storm. Dokumentation, USA 2007.
DONNERSTAG, 21. August, 22.20 Uhr, ZDF: außendienst XXL (2): Aktiv – ausgegrenzt – abgeschoben – Wie geht die Welt mit ihren Alten um?
FREITAG, 22. August, 11.45 Uhr, Arte: Der Fluch des Hope-Diamanten. Dokumentation USA/GB 2010.
FREITAG, 22. August, 15.30 Uhr, ServusTV: Pionierinnen der Neuzeit: Marguerite Harrison – Eine Spionin in Moskau.
FREITAG, 22. August, 19.30 Uhr, Kulturzeit extra: Reisen zum großen Krieg – Eine Spurensuche zum Ersten Weltkrieg.
FREITAG, 22. August, 20.15 Uhr, ZDFinfo: Todesfalle Atlantik.
FREITAG, 22. August, 21.00 Uhr, ZDFinfo: Der Jahrhundertkrieg (8): Entscheidungsschlacht – Moskau 1941.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



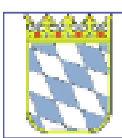
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. August, 15 Uhr, Krauthof, Baihinger Straße 27: Sommerfest.

Stuttgart – Sonnabend, 30. August, 14 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Schloßstraße 92: Bildervortrag von Ursula Gehm, Landeskulturreferentin LO: „Die Entwicklung im Königsberger Gebiet 1987 – 2013". Gäste sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen. – Der Landesverband veranstaltet eine Sechs-Tages-Fahrt zum zentralen Tag der Heimat in Berlin. Sie beginnt am 26. August, führt nach Bad Frankenhausen, Wernigerode, Quedlinburg und Berlin, wo am 30. August die zentrale Feierstunde zum Tag der Heimat stattfindet. Der Festakt findet nicht im Kongresszentrum, sondern im Urania-Palast statt. Rückfahrt am 31. August. Anmeldungen nimmt Frau Wulf, BdV Stuttgart, entgegen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

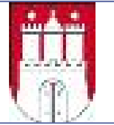
Landshut – Dienstag, 19. August, 14 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Treffen der Gruppe. – Dienstag, 2. September: Ausflug zur Gartenschau in Deggendorf. Fahrt mit eigenen Pkws.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

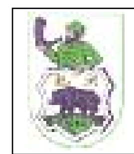
Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



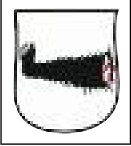
HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

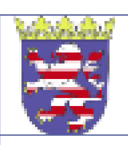
KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



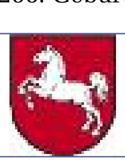
Sensburg – Sonnabend, 13. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße 572, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein. Erstes Treffen nach der Sommerpause.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 16. August, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel würdigt Christian Keller die Leistungen des Elbinger Unternehmers Ferdinand Schichau anlässlich seines 200. Geburtstages.

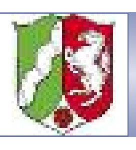


NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 29. August: Besuch der „Alten Wassermühle in Övelgönne". 14.30 Uhr: Treffen und Abfahrt auf dem Schafmarktplatz in Altkloster, soweit möglich, mit Pkw. 14.45 Uhr: Abfahrt ZOB. 15.15 Uhr: Övelgönne – Wassermühle, Hemberg 5: Führung „Leben und Arbeiten als Müller", anschließend Kaffee und Kuchen in der Mühle. Zeit zum Plachandern. Die Gruppe wird versuchen, alle Teilnehmer mit Pkw zur Mühle zu bringen. Bitte bei der Anmeldung daher angeben, ob Pkw vorhanden und wie viele Personen mitgenommen werden können. Statt eines festen Kostenbeitrags bittet die Gruppe um eine entsprechende Spende. Anmeldung bis zum 22. August erforderlich. Ansprechpartner: Wolfgang Weyer, Telefon (04161) 3406.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Freitag, 28. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Treffen des Literaturkreises. – Montag, 1. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Zusammentreffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 4. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 33602 Bielefeld: Stammtisch der Königsberger und Freunde der Hauptstadt Ostpreußens.

Bonn – Dienstag, 2. September, 18 Uhr, Großer Sitzungssaal des Rathauses Bonn-Beuel: Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Bonn.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal, 1. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft. – Dienstag, 26. August, 19 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Filmvorführung „Die große Illusion" (F 1937). – Mittwoch, 3. September, 15 Uhr, GHH/Raum 311 „Siebenbürger Sachsen": Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 4. September, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung und Gespräch mit Dr. Hajo Buch und PD Dr. Winfried Halder: „Zustand einer erhöhten seelischen Ausgeglichenheit". Zum 50. Todestag Werner Bergengruens (1892–1964). – Donnerstag, 4. September, 19.30 Uhr: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Neuss – Donnerstag, 4. September, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen.

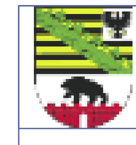
Witten – Montag, 18. August, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Urlaubsberichte. Erlebnisse der Mitglieder.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 20. August: Nachmittagsfahrt mit dem Schiff der Primus-Linie in den Rheingau. Abfahrt ab Mainz/Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie um 14.15 Uhr, Rückkehr gegen 17.05 Uhr (Ankunft Mainz/Fischtor). – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen. – Sonnabend, 30. August, 15 Uhr, Theodor-Heuss-Platz, Berlin: Kranzniederlegung am Tag der Heimat.

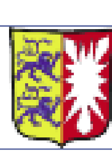


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 5. September, 12 Uhr, Knackmußscher Hof, Letzlingen: Pellkartoffelessen mit Programm.

Magdeburg – Dienstag, 26. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 29. August, 16 Uhr, TuS, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 27. August, 15 Uhr, Quellenhof: Erste Mitgliederversammlung im zweiten Halbjahr. Mitglied Conrad-Kowalski wird einen Vortrag über das ostpreußische Volkslied als Teil der deutschen Volksliedkultur halten. Im Jahre 1773 prägte Johann Herder den Begriff des Volksliedes. Lieder über die Wanderlust, Liebesleid und Freud', Sehnsucht nach der Liebsten und Heimat zeichneten ein buntes Bild der deutschen Volksliedkultur. Herder wurde besonders fündig in Ostpreußen und Litauen. Weiter wird bekannt gegeben, dass der Ortsverband nochmals in diesen Jahr eine Ausfahrt machen wird. Herr Schumacher hat mit der Firma Vokuhl aus Mölln eine Tagesbusfahrt, am 20. August nach Holtsee und Eckernförde ausgearbeitet. In Holtsee werden die Teilnehmer in einer Käserei eine zweistündige Brotmahlzeit machen, in Eckernförde geht es zu einer Besichtigung in einer Bonbonfabrik und anschließend ist noch Zeit zum Bummeln in der Fußgängerzone von Eckernförde. Am Hafen von Eckernförde steht das Kurfürstendenkmal von Friedrich Wilhelm dem Großen, dem Kurfürsten und Erbauer der Zitadelle von Pillau. Am 30. August fährt der Bund der Vertriebenen (BDV) unter der Leitung von Frau Kindermann aus Ratzeburg zum Tag der Heimat nach Berlin. Im September findet ein Ostheimatgottesdienst in der Johannis Kirche in Lüneburg statt. Zu diesen beiden Veranstaltungen ist der Ortsverband auch eingeladen. Zu all diesen Veranstaltungen sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

Anzeige

ERBEN GESUCHT

Verwandte der Eheleute **Johann Wilhelm BURGSCHAT** (geboren 1899 in Juckeln, später Buchhof Krs. Insterburg) und **Ida BURGSCHAT geb. Girrulat** (geboren 1899 in Groß Kummeln Krs. Ragnit), die im Jahre 1922 in Kraupischken Krs. Tilsit-Ragnit geheiratet haben.

Meldungen erbeten an **Dipl.-Kfm. Wolfgang Moser** Hauptstr. 4, D-76534 Baden-Baden Tel.: 07221-36 96-14 (Fax: -30) E-Mail: erben@moser-baden-baden.de

Masuren - Königsberg - Danzig Kurische Nehrung
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Oberschlesisches Landesmuseum – Ausstellungen: „Fahren, Gleiten, Rollen. Mobil sein im Wandel der Zeit", noch bis 5. Oktober: Zeitreise durch Schlesiens Mobilitätsgeschichte „Schönwald – ein stickendes Dorf aus der Vergangenheit", eine Ausstellung mit dem Museum in Gleiwitz [Gliwice] noch bis 14. September.
Veranstaltungstermine: Sonntag, 31. August, 15 Uhr: Öffentliche Führung durch die Sonderausstellung „Fahren, Gleiten, Rollen!" .Kosten: 6 Euro (Führung und Eintritt). Anmeldung erwünscht unter Telefon (02102) 965-256 oder 965-356 / E-Mail: info@oslm.de.
Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen, Telefon (02102) 9650, Fax: (021 02) 96 54 00.

Geschichtsseminar

„Ostpreußen in der Zeit zwischen den Befreiungskriegen und dem Ersten Weltkrieg" lautet das Thema des Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 19. bis 21. September 2014 im Ostheim in Bad Pyrmont. Auf dem Programm der von Dr. Sebastian Husen geleiteten Wochenendveranstaltung stehen Vorträge über die niederdeutsche Literatur, zur Eisenbahngeschichte, zum Denkmalschutz, zum höheren Schulwesen, zur Albertus-Universität Königsberg, zur Gründung und Entwicklung der Prussia und zum Wirken von Theodor v. Schön. Referieren werden unter anderem Rainer Claaßen, Dr. Reinhard Goltz, Hans-Jörg Froese, Dr. Stefan Hartmann, Margund Hinz, Dr. Jürgen W. Schmidt und Dr. Christian Tilitzki. Die Seminargebühr beträgt 60 Euro. Vollverpflegung und Unterbringung sind frei. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Sebastian Husen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-23; Fax (040)414008-48; E-Mail: husen@ostpreussen.de

Termine der LO

Jahr 2014

19. bis 21. September: Geschichtsseminar, Bad Pyrmont.
13. bis 19. Oktober: Werkwoche, Bad Pyrmont.
18. Oktober: 7. Deutsch-Russisches Forum im Königsberger Gebiet (geschlossener Teilnehmerkreis).
24. bis 26. Oktober: Schriftleiterseminar, Bad Pyrmont.
1./2. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont.
3. bis 7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2015

7./8. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter, Bad Pyrmont.
11./12. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
20. Juni: Sommerfest der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-26 oder info@ostpreussen.de.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 17. August
Heckmann, Gerhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 19. August
Henke, Brigitte, geb. **Angrabeit**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. August
Henke, Hildegard, geb. **Goronzy**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 18. August
Jeschick, Günter, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 17. August
Krause, Eva, geb. **Bolz**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 18. August
Krumm, Anneliese, geb. **Grosalski**, aus Preußisch Eylau, am 21. August
Kullik, Erwin, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 19. August
Mack, Anna-Maria, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 22. August
Masuch, Helmut, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Merkel, Erika, aus Freythen, Kreis Ortelsburg, am 16. August
Mittag, Eckhard, aus Neidenburg, am 17. August
Müller, Werner, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 19. August
Neitzert, Waltraut, geb. **Böttcher**, aus Dorotheenhof, Kreis Samland, am 21. August
Rockhoff, Gisela, geb. **Windzus**, aus Klein Medenau, Kreis Samland, am 19. August
Sadrowski, Irmgard, geb. **Kilimann**, aus Rehbruch, Kreis Ortelsburg, am 16. August
Scheuber, Helga, geb. **Zielasko**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 17. August
Schmidt, Gerda, geb. **Böhm**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 22. August
Surminski, Arno, aus Jäglack, am 20. August
Trunk, Ursula, geb. **Fähnrich**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 17. August
Zielinski, Heinz, aus Talau, Kreis Johannisburg, am 19. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Baezner, Reintraut, geb. **Melenk**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, am 22. August
Borbe, Hubert, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 9. August
Engelking, Marlene, geb. **Kobbert**, aus Paggehnen, Kreis Samland, am, 19. August
Görke, Siegbert, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 16. August
Grigat, Diethelm, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 17. August
Grube, Ursula, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 19. August
Heykena, Gerda, geb. **Kreppert**, aus Wargen, Kreis Samland, am 20. August
Holzmann, Karin, geb. **Jakubowski**, aus Wehlau, am 16. August
Kraeuter, Evelin, geb. **Weiß**, aus Ortelsburg, am 18. August
Krause, Hartmut, aus Mohrungen, am 21. August
Lankat, Werner, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 22. August
Lewandowski, Klaus, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 17. August
Maschitzki, Irmgard, **geb.** Plambeck, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 22. August
Moritz, Inge, aus Dorf Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 20. August
Neye, Rosemarie, geb. **Gusko**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 17. August
Rünzel, Gertraud, geb. **Zakrzewski**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 22. August
Seeck, Brigitte, geb. **Seeck**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 19. August
Wallis, Kurt, aus Rettkau, Kreis Neidenburg, am 21. August
Wilkewitz, Rudi, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 20. August
Wolfram, Luise, aus Königsberg, am 21. August

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

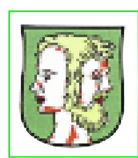


ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Delegiertenversammlung

Zur Sitzung der Delegiertenversammlung der KG Elchniederung e.V. lade ich hiermit ein. Die Sitzung findet am 12. September ab 14 Uhr im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf statt. Tagesordnung: Begrüßung durch den Kreisvertreter A. Öffentlicher Teil: 1. Eröffnung der Versammlung und Feststellung der Beschlussfähigkeit, 2. Abstimmung über die Tagesordnung, 3. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 13. September 2013, 4. Bericht des Kreisvertreters mit Aussprache, 5. Kassenbericht 2013 – Prüfung vom 23. April 2014 (Romeike/Westphal), 6. Entlastung des Vorstandes für das Jahr 2013, 7. Wirtschaftsplan 2014–2015, 8. Veranstaltungen im Jahr 2014–2015, Ostpreußentreffen Mecklenburg-Vorpommern in Rostock am 27. September, Deutsch-Russisches Forum vom 17. bis 20. Oktober, Nachbarschaftsgespräch in Schmalkalden am 14. März 2015, Feier 60 Jahre Patenschaft in Bad Bentheim vom 8. bis 9. Mai 2015, Kreis- und Nachbarschaftstreffen in Bad Nenndorf vom 10. bis 13. September 2015, 9. Wahl eines Geschäftsführers, 9 a Wahl eines 2. stellvertretenden Vorsitzenden, 10. Beitrag der Arbeitsgruppe Fortbestand Elchniederung 11. Beitrag Bildarchiv, 12. Beitrag Familienforschung, 13. Verschiedenes. B. Nichtöffentlicher Teil.



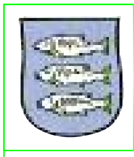
LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Nachruf auf Max Niedzwetzki

Am 5. August 2014 verstarb in München Max Niedzwetzki. Er wurde am 24. Februar 1922 in Neuendorf, Kr. Lyck, geboren. Max Niedzwetzki war von 1982 bis 2008 Ortsvertreter seines Heimatdorfes und von 1987 bis 2003 auch Bezirksvertreter des Bezirks Lyck-Land. Er war ein sehr heimattreuer Landsmann. Auf vielen Reisen in seine Heimat hat er ein gutes Verhältnis zu den jetzigen Bewohnern seines Heimatdorfes aufgebaut. Unter anderem hat er in Neuendorf den Ortsfriedhof und gegen anfängliche Widerstände auch das Soldaten-Ehrenmal renoviert. In der Wendezeit (1989) wurde zusammen mit den Polen das 550-jährige Ortsjubiläum von Neuendorf gefeiert, was damals noch nicht selbstverständlich war. Auch die Deutsche Minderheit in Lyck hat er unterstützt. Bei den jährlichen Kreistreffen in unserer Patenstadt Hagen sorgte er mit seinem Wurststand für eine gute Verpflegung der Minderheit. Für seine Verdienste wurde ihm am 30. August 1997 das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Bei der Kreisgemeinschaft Lyck wird Max Niedzwetzki in guter Erinnerung bleiben.



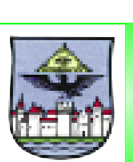
LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Einladung zum Treffen der Rheiner Ortsgemeinschaft

Am Sonntag, 31. August, findet im Kolping-Restaurant, Maximilian-Kolbe-Straße 14–18 in Bochum das Treffen der Ortsgemeinschaft Rhein statt. Auch Gäste sind herzlich willkommen. Wer schon am Sonnabend, 30. August, anreist, kann sich zur Übernachtung im Kolping-Hotel, Telefon (0234) 60 190 anmelden. – Auskunft zum Treffen beim Organisator Heinz Rothkamm, Beethovenstraße 41 in 51427 Bergisch Gladbach, Telefon (02204) 58 69 835.





TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders @arcor.de.

Gedenktafel-Einweihung in Hohensalzburg bei Ragnit

Am Freitag, 27. Juni, war es endlich soweit: Im Rahmen einer kleinen Feierstunde in dem Ehrenhain für die Gefallenen aus dem Kirchspiel Hohensalzburg (zehn Kilometer von Ragnit entfernt) weihten wir eine Gedenktafel für die früheren Bewohner dieses Kirchspiels ein. Die Bürgermeisterin von Lunino, wie Hohensalzburg heute heißt, hatte bereits im August 2013 zugestimmt, dass ich einen Text auf Russisch und Deutsch entwerfe. Nachdem sie ihre Zustimmung zu der Textfassung gegeben hatte, ließ ich die Gedenktafel bei einem russlanddeutschen Steinmetz aus Nordrhein-Westfalen, erstellen.

Alte Ostpreußen aus dem Kirchspiel Hohensalzburg machten durch ihre Spende die Erstellung dieser Tafel möglich. Am Pfingstmontag nahm ich die Tafel mit auf die 1300 Kilometer lange Reise nach Gumbinnen. Dort, sowie in Insterburg, Heinrichswalde und weiteren sechs Orten, feierte ich wieder Gottesdienste mit den evangelisch-lutherischen Gemeinden innerhalb der drei Wochen, in denen ich den Pfarrer von Insterburg vertrat.

An der Feierstunde nahmen neben der Bürgermeisterin die Mitarbeiterinnen der örtlichen Verwaltung sowie Bewohner des Ortes teil. Die Kosten für die Einfassung der Gedenktafel und ihre Aufstellung übernahm die Verwaltung von Hohensalzburg [Lunino]. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es auf russischer Seite viel Verständnis dafür gibt, dass wir so die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit dieses wunderschönen und immer noch vom Kriege gezeichneten Landes wach halten! *Pfarrer Martin Lipsch, Solingen, Kirchspielvertreter für Hohensalzburg in der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit*

Die folgende Ansprache hielt Pastor Martin Lipsch auf Russisch bei der Einweihung: „Verehrte Valerija Kudaschewa, verehrte Mitarbeiter der Verwaltung und Einwohner des Dorfes Lunino, verehrte Gäste und Besucher dieser Veranstaltung!

Zuerst möchte ich mich ein wenig vorstellen. Ich heiße Martin Lipsch, ich arbeite als Pastor in einer evangelischen Kirchengemeinde in der Stadt Solingen. Diese Stadt ist 30 Kilometer entfernt von Düsseldorf und 40 Kilometer von Köln. Das ehemalige Ostpreußen ist die Heimat meiner Vorfahren. Vor sieben Jahren habe ich zum ersten Mal die Heimat der Väter besucht.

Mein Vater wurde vor dem Krieg nicht weit von Ragnit geboren. zehn Kilometer von hier hatte mein Großvater einen Bauernhof. Im Juni dieses Jahres halte ich Gottesdienste in den evangelischen Gemeinden in Heinrichswalde, Insterburg und Gumbinnen. Für mich ist das eine große Freude, dass ich während meines Urlaubes in der Heimat meiner Vorfahren pastorale Dienste ausüben kann.

Ich bin der Vorsitzende des Vereins der ehemaligen Einwohner und ihrer Nachfahren von Hohensalzburg, wie Lunino bis zum Ende des Krieges hieß.

Für die ehemaligen Einwohner dieses Dorfes ist es sehr wichtig, dass wir, Russen und Deutsche, niemals die Geschichte dieses Landes vergessen. Ich denke, dass Sie diesen Wunsch gut verstehen. Mitglieder unseres Vereins haben Geld gespendet für die Herstellung jener Gedenktafel, die wir heute gemeinsam einweihen. Ich bin Ihnen, verehrte Valerija Kudaschewa, sehr dankbar, dass Sie dem Text für die Tafel zugestimmt haben, den ich formuliert habe. Ich bin sicher: Es wird die ehemaligen Einwohner dieses Dorfes sehr erfreuen, wenn sie erfahren, dass die Einweihung dieser Tafel stattgefunden hat.

So viele russische und deutsche Soldaten sind in Ostpreußen umgekommen: Vor mehr als 200 Jahren zur Zeit Napoleons. Vor 100 Jahren während des Ersten Weltkrieges und im Großen Vaterländischen Krieg.

Dieses Grauen und diesen Leidensweg der Soldaten und insbesondere der Zivilbevölkerung wollen wir niemals vergessen. Mögen die Völker Europas niemals mehr bereit sein zu den Waffen zu greifen, um Konflikte zu lösen. Mögen Vertrauen, Verständnis und Wertschätzung zwischen den Völkern und den Regierungen Europas wachsen. Möge das Bernsteinland blühen und alle Bewohner dieses Landes mit einen glücklichen Zukunft beschenken! Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“



Gedenktafel: Text auf Deutsch und Russisch


Bild: KG Tilsit-Ragnit



Feierstunde in Hohensalzburg: Martin Lipsch (r.) dankt Valerija Kudaschewa (l.) Bild: KG Tilsit-Ragnit

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 23 fort:

Göpel = Roßwerk (mit einen Pferd betriebenes Zahnradwerk, das im Kreis gedreht Maschinen betreibt)
Gör = geringschätzig und tadelnd für „Mädchen“
Gosch = Mund, Mundwerk
gottsjämmerlich = Steigerung von „jämmerlich“
grabbeln = mit den Händen greifend herumsuchen
grabschen = hastig nach etwas greifen
grad’, man grad’ = eben erst, nur knapp
gräsig = scheußlich
gransen = weinen
grantig, Grant (Grand) = unfreundlich, grober Sand, Kies
Graschelchen = etwa handgroße Kartoffelpuffer
sich graulen = Widerwillen und Angst haben
graurig, grauslig = unheimlich, scheußlich, Abscheu erregend
Greifchen = ein Kinderspiel: Einer läuft hinter anderen her, um einen anderen anzuschlagen, der dann greifen muss
Grieben = kleine ausgebratene Speckstückchen
grienen, greinen = grinsen, aber auch: weinen
grifflachen = sich still belachen
Grips = Verstand
Groom = Beikutscher
Groß’chen = zärtlich „Großmutter“ oder „Großvater“
grüner Hering = ungeräucherter, frischer Hering
Grünfutter = Klee oder Gemenge aus Hafer, Gerste und Wikken
Gründonnerstagkringel = zum Gründonnerstag gebackene Brezel
grummeln = verknüllen
es grummelt = ferner, kaum hörbarer Donner
Grummet = zweiter Schnitt in der Heuernte
Grumpel = kleiner Haufen, Krümel
Grus (langes „u“) = staubartiger Rest verbrannten Torfes oder Kohlen
Gruschel = Gründling (kleinerm graugefleckter Fisch mit breitem Rücken wie ein Wels)
Guckerchen = Kinderaugen
„Guck-übern-Zaun“ = Kresse, auch: Je-länger-je-lieber
Gusche (weiches „sch“) = Gans
Guter Mann = Trauzeuge

Redensarten:
Ich gerate nicht mehr = Ich kann nicht mehr (essen oder arbeiten)
gar rein nuscht nich! = wirklich gar nichts!
das ist ein Gedicht = sagt man bei einem gut schmeckenden Gericht
wenn’s gefällig ist = ich hoffe, es ist recht

Anzeigen



Emmi Krutzinna

∗ 30. 1. 1927 † 31. 7. 2014

Meine liebe Mutter ist mit 87 Jahren friedlich in ihrem Haus in Ahrensbök/Holstein eingeschlafen.

Sie war treue Begleiterin bei meinen Konzerten und den Treffen der Ostpreußen.
Auf dem Deutschlandtreffen in Kassel war sie noch dabei. Die Begegnungen haben ihr viel gegeben.

Ich bin traurig!

Bernd Krutzinna / Bern Stein





Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist die Erlösung eine Gnade.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester und Tante

Elisabeth Schukauskas

geb. Mertin

∗ 6. 8. 1929 † 24. 7. 2014

In stiller Trauer
Dana Rau geb. Schukauskas **mit Familie**
Ingrid Sauerwald geb. Schukauskas **mit Familie**
und alle Angehörigen

Antoniusstraße 2 in 75172 Pforzheim



Kontakten Sie uns unter:
www.preussische-allgemeine.de
oder
anzeigen@preussische-allgemeine.de

Fröhliches Wiedersehen in Fintel

Nach Deutschlandtreffen in Kassel: Treuburger reisten in die Lüneburger Heide

Vom 18. bis 23. Mai trafen sich die Landsleute aus Masuren auch dieses Jahr wieder in der Lüneburger Heide in Fintel. Da nun das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 17./18. Mai in Kassel stattfand, bot es sich regelrecht an, beide Veranstaltungen zu verbinden. In Kassel gab es beim Deutschlandtreffen ein herzliches frohes Wiedersehen mit vielen bekannten lieben Menschen. Begrüßungen, Umarmungen und Gespräche wollten kein Ende nehmen. An den jeweiligen Ständen gab es viele Sehenswürdigkeiten und gute Gespräche. Auch für das leibliche Wohl wurde bestens gesorgt.

Der Ablauf der Veranstaltungen war sehr gut vorbereitet, interessant gestaltet und lehrreich. Viele Situationen waren schlicht ergreifend und erinnerten an unsere traumhaft schöne Heimat Ostpreußen. Am Sonntagnachmittag, nach erlebnisreichen Stunden in Kassel, ging die Fahrt weiter in die Lüneburger Heide. Fritz Pulla übernahm auch dieses Jahr zuverlässig wie immer, den finanziellen Teil zur Vorbereitung des Treffens. Herzlichen Dank dafür. Hannelore Kedzierski unterstützte ihn tatkräftig und übernahm die Zimmerreservierung, und alle Teilnehmer erhielten eine herzliche Einladung von ihr zum Heimattreffen in Fintel. Dort trafen die Teilnehmer sich mit guten Freunden der jeweiligen Heimatorte und berichteten, wie herrlich das Deutschlandtreffen in Kassel war. Die jahrelange Freundschaft unter ihnen spürte jeder durch die Herzlichkeit der Umarmungen zur Begrüßung. Neue Landsleute, aus dem Kreis Treuburg, die zum ersten Mal zur Gruppe dazu kamen, wurden herzlich aufgenommen wie in einer großen guten Familie. 55 ostpreußische Landsleute waren angereist.



Heimatnachmittag im großen Kreis: 55 Landsleute waren der Einladung gefolgt Bild: privat

Nach der offiziellen Begrüßung gab Hannelore Kedzierski, die ganz stolz in ihrem ostpreußischen Trachtenkleid angereist war, wichtige Informationen für die nächsten Tage bekannt. Für den darauf folgenden Tag trafen sich alle zu einem Heimatnachmittag im kleinen Saal, der schon lange vorher reserviert war. Tischkarten aus bunten, gebastelten Schmetterlingen mit den Namen der Teilnehmer schmückten die Tische. Aus Kassel mitgebrachte Zeitungen wurden ausgelegt. Zu Beginn wurde das Lied der Glocken aus den Vertreibungsgebieten zu Gehör gebracht und danach das Masurenlied von Heimatsänger „BernStein“ (CD). Alle Teilnehmer waren ergriffen und vielen standen Tränen in den Augen. Fritz Pulla überreichte ganz feierlich die Glocke an Hannelore Kedzierski. Pulla hatte diese Glocke vor langer Zeit von seinem Vorgänger Herrn Borowski übernommen. Hannelore Kedzierski versprach auch weiterhin aktiv mitzuarbeiten und für die Landsleute sowie der Heimat Ostpreußen da zu sein. Der Ehemann Harald Kedzierski ist ihr dabei eine große Hilfe, und ohne ihn und die große Unterstützung wäre es kaum möglich, so viele schöne Dinge vorzubereiten. Er hatte für alle ein Büchlein hergestellt mit Gedichten, Geschichten und Liedern. Es war gebunden mit Bändern der Farben Masurens blau, weiß, rot. Jeder erhielt eine doppelte Karte: „Kennst du die Farben der Preußen? Kennst du die Farben der Masuren?“

Programm war der Heimat Masuren gewidmet

Danach hörten alle das Lied von Bern Stein: „Die Farben der Masuren“. Diese neue CD hatte das Ehepaar Kedzierski gerade vom Ostpreußentreffen aus Kassel mitgebracht. Es folgte ein buntes Kulturprogramm mit heimatlichen Gedichten, Geschichtchen und Liedern. Als die Geschichte und ein Gedicht vom Pillkaller vorgetragen wurde, ging die Türe auf und der Geschäftsführer und junge Serviererinnen kamen herein und brachten den echten Pillkaller für alle. Das war eine echte Überraschung, welche Hannelore Kedzierski vorbereiten ließ. Die Gläser waren gefüllt mit einem doppelten Klaren, einer Scheibe Leberwurst und Mostrich. In froher Runde wurde das Wiedersehen gefeiert.

Da in diesem wunderbaren „Eurostrand“ alles inklusive ist, konnten die Teilnehmer sich die schönsten Getränke bringen lassen. Als Abschluss ist das Lied: „Kein schöner Land“ schon zur Tradition geworden. Dabei halten sich alle ganz fest an den Händen und hoffen auf ein gesundes Wiedersehen im nächsten Jahr. So ging ein schöner Heimatnachmittag zu Ende.

An den folgenden Tagen unternahm die Gruppe gemeinsam einen Tagesausflug nach Hamburg, einen Halbtagsausflug nach Verden und eine Kutschfahrt durch die Heide. Auch dieses Mal besuchten einige das Ostpreußenmuseum in Lüneburg und hatten Gelegenheit, Bernstein zu kaufen. Jeden Abend fand eine Veranstaltung im Eurostrand statt mit anschließendem Tanz. Bei einem guten Gläschen Wein ließ es sich gut plachandern. Nächstes Jahr im Mai gibt es ein frohes Wiedersehen, so Gott will. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben. *H.K.*

Voller Erfolg

LG Hamburg beging ihr zweites Sommerfest



Angehörige verschiedener Gruppen begingen gemeinsam ein unterhaltsames Fest: Willibald Piesch (l.) und Hans-Werner Schattling (r.) Bild: LG HH

Ja, es ist Sommer, und wir dürfen uns freuen, schon das zweite Sommerfest der Landesgruppe Hamburg der Landsmannschaft Ostpreußen im Restaurant Lackemann zu feiern. Da das Fest im vergangenen Jahr so gut gelungen war, konnte die Gruppe einen guten Besuch von 74 Personen und 20 Sängern vom LAB-Chor verzeichnen. Begrüßt wurden alle Teilnehmer von Siegfried Grawitter, der allen Gästen viel Spaß und frohe Stunden wünschte.

Damit jeder den Ablauf des Nachmittags verfolgen konnte, hatte Manfred Samel, der auch zum Kulturreferat gehört, ein Festprogramm erstellt. Begrüßung und Ansprache hielt Hartmut Klingbeutel, der erste Vorsitzende der Landesgruppe Hamburg e.V. Auch er begrüßte alle herzlich. In Gedanken an ihre liebe Heimat Ostpreußen sangen alle gemeinsam das Lied „Land der dunklen Wälder“. Harmonisch begleitete Hans-Günter Schattling den Gesang mit der Mundharmonika.

Die Stimmung war gut und alle freuten sich auf eine fröhliche Veranstaltung, es waren kaum noch Plätze frei. Wie bereits im Programm angekündigt, durften die Gäste einen Vortrag von Hans-Günter Schattling hören: „Die Reise nach Oletzko“ von Siegfried Lenz. Er begeisterte alle damit und die Zuhörer spendeten ihm viel Applaus. Viele Vorlesungen und Überraschungen kündigte Siegfried Grawitter an.

Hartmut Klingbeutel nahm eine Ehrung vor: Für besondere Verdienste überreichte er Manfred Samel (Erster Vorsitzender der Insterburger Heimatkreisgruppe Hamburg) das silberne Ehrenzeichen mit Elchschaufel. Willibald Piesch (Vorsitzender LvD Hamburg) gratulierte Manfred sehr herzlich für so viel Ehre.

Eine Kaffeepause von einer Stunde wurde eingehalten. Da die Gruppe im Vorjahr schon ihr Sommerfest in diesem Lokal gefeiert hatte, kennen alle bereits den selbstgebackenen Kuchen der Wirtin, den alle genossen. Von allen Sorten war reichlich da und es wurde auch nachgereicht.

Nach der Pause ging es weiter im Programm. Der LAB-Chor versprach mit vielen schönen Liedern gut zu unterhalten. Chorleiter Dieter Dziobaka begleitete die Gruppe am Keyboard.

Der Chor hatte eine große Auswahl schöner Lieder vorbereitet, so dass der LAB Chor eine Bereicherung für die Veranstaltung war. Für jeden war etwas dabei: Heimatlieder, Volkslieder, alte Schlager, Operetten-Musik, Jodelgesang und sogar ein Flötenkonzert zählten zum Repertoire.



Erfreute mit großem Repertoire: Der LAB-Chor Hamburg Bild: LGHH

Die Stunden vergingen wie im Fluge und die Teilnehmer bedankten sich am Ende bei Siegfried Grawitter, der sie so unterhaltsam durch den Nachmittag geführt hat, das war wirklich „Spitze“, lautete das Fazit.

Wir hoffen und wünschen, dass so gemeinsame Veranstaltungen die Heimatgruppen noch fester zusammenschließen werden und auch weiter auf rege Beteiligung und Mitarbeit. Siegfried Grawitter beendete das gelungene Sommerfest 2014 mit einem gemeinsam gesungenen Lied: „Kein schöner Land“. In seinem Abschlusswort bedankte er sich bei allen Beteiligten für den Besuch dieser Veranstaltung, denn nur so können wir das Kulturgut unserer Heimat pflegen und erhalten. *M.S.*

Monument gegen das Vergessen

Guthmannshausen: Denkmal für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs eingeweiht

Am 2. und 3. August hat in Guthmannshausen bei Weimar der Verein Gedächtnisstätte e.V. ein Denkmal für die zwölf Millionen ziviler deutscher Toten des Zweiten Weltkrieges eingeweiht. Dieses Denkmal besteht aus einem zentralen Obelisken, dessen Inschrift uns Deutsche zur Erhaltung unseres Vaterlandes aufruft, und zwölf ringförmig um ihn angeordneten Granitsteinen, die den einzelnen Vertreibungsgebieten und Opfergruppen zugeordnet sind. Finanziert wurde das Projekt ausschließlich mit großen und kleinen Spenden von Privatleuten, ohne jede Unterstützung von staatlichen Stellen.

Nur mit privaten Spenden finanziert

Trotz der knappen Mittel ist eine Anlage von großer Würde und Harmonie entstanden, in hohem Maße angemessen der Klage um das riesige Heer der Toten. Umgeben von gepflegten Rasenflächen und prächtigen alten Bäumen, liegt der Ring der Gedenksteine oben in der Parkanlage, von wo aus der Blick auf die kaiserzeitliche Villa unten und den barocken Turm der Dorfkirche jenseits des kleinen Flüsschens Lossa fällt. Der schwarze polierte Granit der Steine steht als Zeichen der Trauer, der rötliche Granit des zentralen Obelisken als Zeichen der Hoffnung auf eine friedliche Zukunft in Deutschland und der Welt.

In einer Feierstunde im Haupthaus des ehemaligen Rittergutes erinnerte Wolfram Schiedewitz, der 1. Vorsitzende des Vereins, an das Leid der Frauen, Kinder und alten Leute, an die Not unserer wehr- und waffenlosen Landsleute, die im Lauf des Zweiten Weltkrieges und in den Schrecken danach ihre Lieben, Nächsten, Heimat, Hab und Gut, Gesundheit und Leben verloren haben. Ihr Gedächtnis sei zu pflegen, das Gedächtnis an ihr Hungern, Frieren, Fronen, Fliehen, Fürchten, ihre Entehrung und Verlassenheit, ihre Todesängste und Qualen bei der Vertreibung, auf der Flucht, in der eisigen Ostsee oder in den Feuersbrünsten der brennenden Städte.

Bild: A.F.

Würde und Harmonie: Obelisken und Granattafeln für jede Opfergruppe

Dieses zentrale Denkmal in Deutschland löse eine längst fällige Schuld gegenüber unseren Toten ein und stelle uns damit in den Kreis der anderen Völker, die ihre Toten und Geschundenen in Würde betrauern dürfen. Wir haben nunmehr auch eine große Gedenkstätte, in Thüringen im Herzen Deutschlands gelegen und ganzjährig besuchbar. Dazu noch in einer historisch bedeutsamen Gegend in der unmittelbaren Nähe von Weimar.

In seiner Festrede führte Paul Latussek vor einem großen Kreis von Freunden und Gästen aus ganz Europa aus, dass Deutschland auch nach der Wiedervereinigung kein wirklich souveräner Staat sei. Maßgeblich seien weiterhin die Sonderrechte der Sieger und deren Sicht der deutschen Geschichte. Damit sei von vornherein die Beachtung der Rechte der Heimatvertriebenen ausgeschlossen worden. Und erst recht die Erinnerung an die zwölf Millionen zivilen deutschen Opfer.

Dem Skandal der Missachtung dieser Toten habe der Verein Gedächtnisstätte ein Ende setzen wollen und in einem 22 Jahre währenden Ringen ein Monument gegen das Vergessen verwirklicht. Das sei aber nur ein äußeres Zeichen, ein erster Schritt im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit.

Adolf Frerk

Gedenktag für deutsche Vertriebene in Sachsen

Am 14. September, 10.30 Uhr, wird in der Nikolaikirche im sächsischen Freiberg der Gedenktag erstmals begangen. Landtagspräsident Rösler wird ein Referat halten. Danach soll in einer hochrangig besetzten Podiumsdiskussion über die zukünftige Gestaltung gesprochen werden. Zu dieser Veranstaltung laden der BdV-Kreisverband-Freiberg und der Landesverband der Vertriebenen (LVS) ein. Nach dem für 12.30 Uhr geplanten Ende der Feierstunde besteht die Möglichkeit, den Vertriebenenfriedhof in Freiberg zu besuchen. Anmeldung bis zum **30. August** erbeten. Informationen erteilt Friedrich Zempel, Telefon (0351) 6585679, dienstlich (03222) 9820002, Bürozeit: Dienstag bis Freitag 7.30 bis 9.30 Uhr.

Grabstein gerettet

Tafel soll an Krieg und Vertreibung erinnern

In der eisigen Winternacht zum 25. Januar 1945 begann überstürzt unsere Flucht zu Fuß (meine Mutter, mein Großvater und ich) unter Zurücklassung sämtlicher Tiere sowie Hab und Gut aus dem Kampfgebiet unseres Ortes Lomp und weiter über das zugefrorene Frische Haff.

Nach vielen Monaten des Umherirrens ohne Rückkehrmöglichkeit und der folgenden Vertreibung aus unserer Heimat Ostpreußen durch die Polen, haben wir, meine Mutter und ich – meinen Großvater hatten wir in Danzig-Langfuhr bei einem Bombenangriff verloren – über ein Auffanglager in Lübeck per Zuweisung in Gummersbach, Regierungsbezirk Köln, am 15. August 1946 eine Bleibe gefunden.

Zum Glück fanden wir über den Suchdienst des Roten Kreuzes nach ein paar Monaten meinen Vater. Bedingt durch den Verlust ihrer landwirtschaftlichen Lebensgrundlage haben meine Eltern nach einem entbehrungsreichen Leben fern ihrer Heimat Ostpreußen auf dem hiesigen Friedhof ihre letzte Ruhestätte gefunden. Nach Ablauf der 30-jährigen Ruhefrist der Grabstätte hat sich unsere Tochter Marion entschlossen, das wichtige Grabmal ihrer Großeltern mit der Elchschaufel vor der Verschrottung zu retten und es zu erhalten, um es als Gedenkstein mit Plakette für die neun zu Tode gekommenen Familien-Angehörigen, die im Krieg 1939–1945 und während Flucht und Vertreibung 1945 aus ihrer Heimat Ostpreußen ihr Leben verloren haben, an einem für alle sichtbaren Platz auf ihrem Hof aufzustellen.

Neuer Standort auf dem Ponyhof

Sie betreibt mit ihrer Familie einen kleinen Pony-Reithof und vermittelt vielen auch behinderten Kindern die Liebe zu Pferden und ländlicher Verbundenheit. Somit kann das unmenschliche Geschehen von damals den Reitkindern, ihren Eltern und Gästen – also der künftigen Generation – vor Augen geführt und vor dem Vergessen bewahrt werden.

Dora Bender geb. Rosteck, aus Lomp, Abbau, Kreis Pr.-Holland/Ostpreußen



Einst Grabstein, jetzt Mahnmal Bild: D.B.

Ostbahn wird erneuert

Brüssel genehmigt Ausbau des Zugverkehrs von Brandenburg bis Königsberg

Mit dem Beschluss des Landtages Brandenburg vom 10. Mai 2010 sieht dieser es als dringend geboten, die grenzüberschreitende Schieneninfrastruktur zwischen Brandenburg und Polen zu einem modernen und leistungsfähigen Verkehrsangebot auszubauen. Dies gilt unter anderem auch, um für die Ostbahn zwischen Berlin, Küstrin [Kostrzyn nad Odra] über Landsberg [Gorzow] a.d.W. einen durchgehenden zweigleisigen Ausbau, eine Elektrifizierung sowie eine weitergehende europäische Fernverkehrsperspektive anzustreben. Im Jahre 2006 gründete sich zu diesem Zweck eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft zur Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes mit allen Entscheidungsträgern sowie ein Betriebsprogramm bis 2025 für einen durchgehenden Eisenbahnverkehr von Berlin über Küstrin bis nach Danzig und später auch zur Weiterführung bis Königsberg.

Die Beschriftung in den Zügen und auf den Bahnhöfen ist in deutsch-polnisch-englisch vorgesehen. Auf der Strecke sollen durchgängig moderne Zugeinheiten mit mehr als 300 Plätzen im Stundentakt mit drei Zugpaaren zwischen Berlin und Danzig-Königsberg sowie ein Regional Express RE 300 zwischen Berlin und Bromberg [Bydgoszcz] verkehren.

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts fuhren Züge der Bahn mehrmals täglich von Berlin über Küstrin, Landsberg a.d.W., Danzig bis Königsberg – eine durchgehende Bahnverbindung (zirka 750 Kilometer) der königlich preußischen Ostbahn. Später wurde diese Bahn bis Petersburg weitergeführt. Warum soll also eine solche Verbindung auch nicht wieder heute geschaffen werden? Ist doch die Mobilität damals wie heute ein entscheidender Wachstumsfaktor beiderseits des Schienenstranges. Insbesondere sollen damit auch die ländlichen Einzugsgebiete auf deutscher und polnischer Seite profitieren. In Brüssel wurde dieses Projekt bereits vorgestellt und befürwortet. Nun bleibt nur noch zu hoffen, dass sich die Landesregierung Brandenburg und die Bundesregierung in Abstimmung mit Brüssel der Realisierung dieses Projekts stellen.



Altes Postkartenmotiv: Reges Treiben auf dem Bahnhof Strausberg Bild: Archiv

Am 21. Januar 1945 fuhr der letzte Zug von Königsberg nach Berlin, danach gibt es bis heute keinen durchgehenden Eisenbahnverkehr auf dieser Strecke mehr. Der größte Teil der ehemaligen Ostbahn liegt heute auf polnischem Gebiet und wird überwiegend als eingleisige nichtelektrifizierte Strecke betrieben. Mit der Entstehung des polnischen Korridors 1919 wurde die Ostbahnstrecke zu einer wichtigen Transitverbindung zwischen dem zur Enklave gewordenen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland. Der Sommerfahrplan 1939 hatte täglich vier Eilzugpaare, 12 D-Zug-Paare sowie ein Ferndurchgangspaar Berlin-Königsberg, vom Berliner Ostbahnhof am Küstriner Platz über Küstrin, Schneidemühl über Danzig, Königsberg, Bromberg, Thorn bis Eydtkulmen an der preußisch-russischen Grenze. Die Fahrzeit von Berlin nach Königsberg betrug etwa sechseinhalb Stunden. Die Strecke ging von Königsberg bis ins litauische Kybartai.

Gute Verkehrswege: Antriebskraft für ländliche Regionen

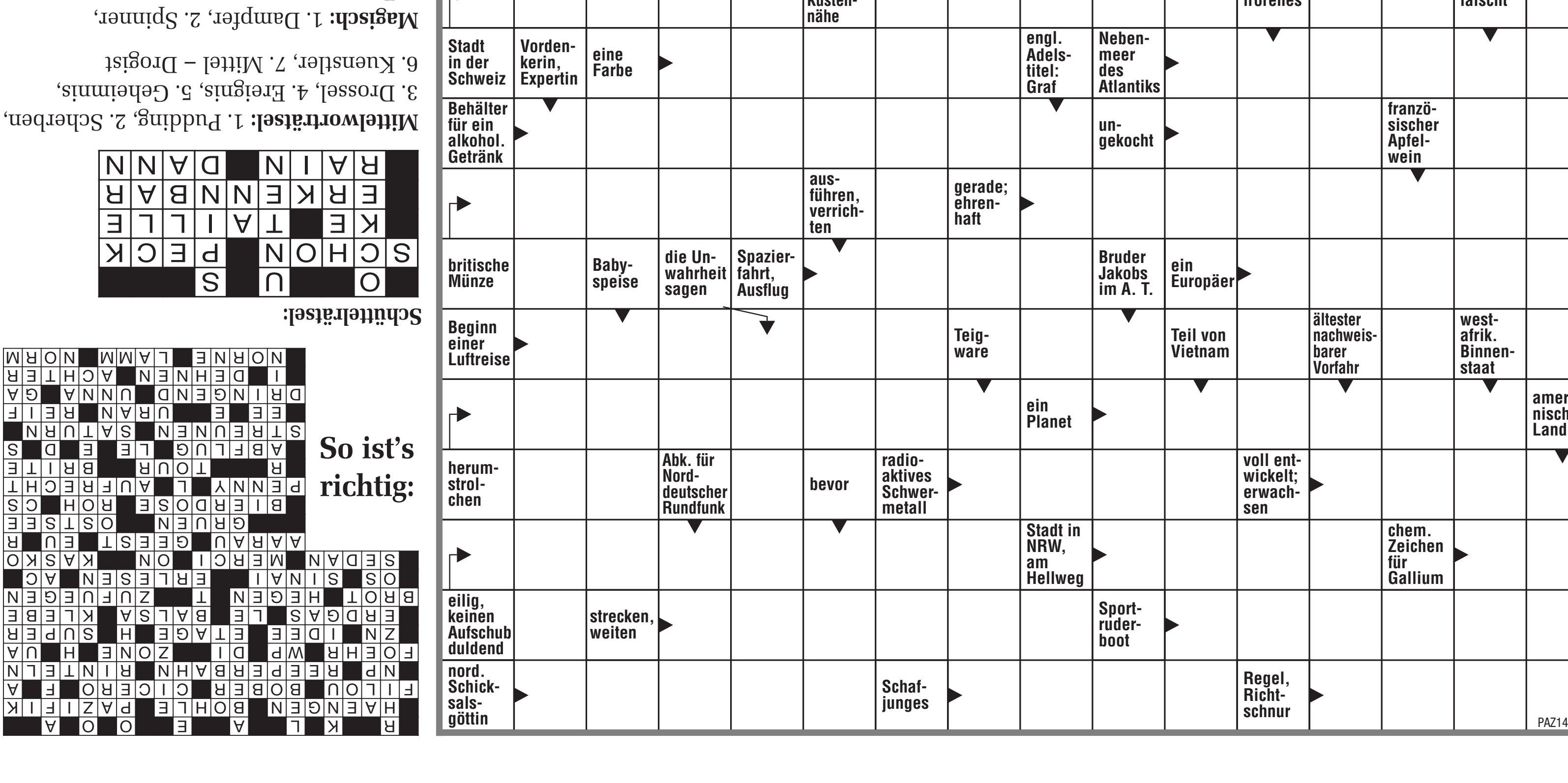
Die erste Betriebsaufnahme der Ostbahn erfolgte 1851. Im Jahre 1867 war die Hauptstrecke bereits 913 Kilometer lang. Mit den Nebenbahnen wurde der Verkehr bis 1895 auf etwa 4800 Kilometer Netz erweitert. Vom Bau und der Nutzung der Ostbahn gingen seinerzeit spürbare Impulse für die Entwicklung der strukturschwachen ländlichen östlichen Gebiete des Königreiches aus, obwohl hier kaum Industrie vorhanden war.

Hier knüpft das heutige Projekt der Ostbahn an; dieser Begriff wird nunmehr nach 1991 auch so wieder benutzt. Die deutsch-polnische Interessengemeinschaft Ostbahn [IGOB] ist eine Europäische wirtschaftliche Interessenvertretung (EWIV), die erste europäische ihrer Art für eine grenzüberschreitende Eisenbahnstrecke in Europa (siehe www.ostbahn.eu). Im Jahre 2006 wurde hier der Deutsche Karl Heinz Boßan aus Frankfurt/Oder zum Geschäftsführer dieser Vereinigung bestellt. Prokurist ist der polnische Verwaltungsdirektor Jacek Jeremicz aus Landsberg a.d.W. [Gorzow Wielkopolski]. Zur Realisierung dieses Projektes wurde 2006 im deutsch-polnischen Grenzraum somit der erste europäische Zweckverbund (eine neue europäische Rechtsform „Eurodistrikt TransOderana“) für eine grenzüberschreitende territoriale Zusammenarbeit geschaffen.

Ziel dieses Zweckverbundes ist es, durch gute Verkehrsverbindungen dafür zu sorgen, dass für die Bewohner dieses ländlichen Raumes Voraussetzungen geschaffen werden, dass sie ihren Wohnort nicht verlassen müssen und am Wohnort ihre Zukunft sehen. Die Bahn soll wieder zum Hauptverkehrsmittel werden und den Verkehr auf der Straße entlasten. Zunächst von Berlin über Küstrin, Schneidemühl [Pila] und später wieder bis Danzig und weiter bis Königsberg.

Gute Verkehrsverbindungen auf Land- und Wasserstraße sowie Eisenbahnen waren im 19. Jahrhundert und sind auch heute Antriebskraft für die Entwicklung dieser vorwiegend ländlichen Regionen. Dies betrifft die täglichen Fahrten zur Arbeit sowie eine wirtschaftliche und touristische Entwicklung entlang des Schienenstranges. Bahnhöfe werden restauriert, es verändert sich die Umgebung, Parkplätze entstehen für Autos und Fahrräder, Arbeitsplätze entstehen und vieles mehr. Und nicht zu vergessen, das gegenseitige Kennenlernen und das friedliche Zusammenleben der Völker macht einen weiteren großen Schritt nach vorn.

Hans-Joachim Speckmann



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

CEKOR, AEHR, ENNTU, DINPS, ABEL, ACLN, EKNR, CEKP, CHNOS, AEIL LT, ABEEK NNRR, AINR, ADNN

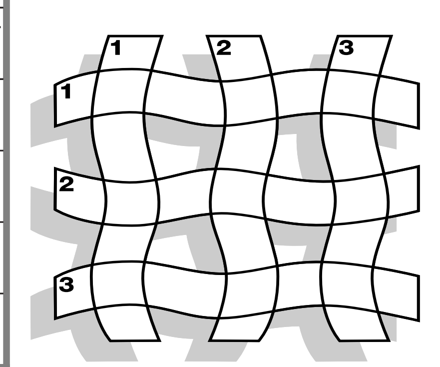
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Fachhändler.

1	VANILLE	PULVER
2	GLAS	GERICHT
3	SCHWARZ	GASSE
4	NATUR	REICH
5	DIENST	VOLL
6	ZAUBER	NAME
7	PUTZ	STAND

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 Schiffstyp
2 Textilfacharbeiter
3 Rücklage

Baumwolle ernten statt Kartoffeln und Rüben

Ein Deutscher erlebte nach einer Verletzung den Alltag eines Kriegsgefangenen in den USA – Als Pflücker in Oklahoma eingesetzt

Rund 370000 deutsche Kriegsgefangene lebten 1945 in amerikanischen Lagern. Sie wurden vor allem in der Landwirtschaft, als Baumwollpflücker oder Holzfäller eingesetzt. Wie es einem Deutschen auf einem Baumwollfeld in Oklahoma erging, veranschaulicht die folgende Erzählung.

Er stand in der Hitze Oklahomas auf einem Feld. Ganz trocken der Boden. Nicht zu vergleichen mit zuhause. Daheim krochen Regenwürmer aus schwarzer Erde, wenn man den Garten umgrub. Kein Wurm würde sich dieses Erdreich hier antun. Heiß war es. Hier schien alles anders.

Oklahoma, das war indianisch und hieß „Land des roten Mannes“. Er hatte es gehört auf der Reise hierher im Gefangenentransport von New York. Die Wachtposten gaben ihm und den anderen Bücher. Schwer lagen sie in den Händen. Man konnte sie kaum halten. Vielleicht, weil die

US-Soldaten nahmen verwundete deutsche Soldaten mit

Arme vom langen Gewehre-Schleppen zu müde waren. Bücher haben etwas sehr Friedliches. Die Gefangenen besahen sie von allen Seiten. „United States of America“ stand auf dem Buchdeckel. Innen drin alles auf Englisch. Kaum einer von ihnen konnte die Sprache.

Die Bücher stammten aus Schulbibliotheken. Wann hatten sie zuletzt Zeit gehabt, in ein Buch zu schauen? Die letzten Jahre lagen alle geduckt in irgendwelchen Schützengräben. Schossen selber auf Menschen, die sie niemals vorher gesehen hatten und hörten zu, wenn neben ihnen die eigenen Leute krepierten. Er war in Italien von einem Granatsplitter in den Rücken getroffen worden. Das Dreckding explodierte in seiner Nähe. Der Druck riss ihn zu Boden, der Schlag traf ihn wie der Tritt eines Pferdehufes in den Rücken. Er brach zusammen, fühlte das warme Blut überall.

Dann begann er von dem kleinen Bach zu träumen, an dem er als Kind immer gespielt hatte. Und der Brotgeruch aus der Bäckerei in seinem Dorf drang ihm in die Nase. Sterben ist fast wie das Paradies. Aber da war noch die Angst. Denn noch lebte er.

Zwei Soldaten kamen auf ihn zu. In feindlichen Uniformen. Jetzt würde es zu Ende sein. Sie werden ihn erschießen. Er spürte die Stiefel vor seinem Gesicht, konnte die Schuhcreme riechen. Der letzte Geruch, den er auf der Welt wahrnehmen sollte. Staub klebte an dem einen, dennoch konnte er sich ein wenig in einer noch glatt polierten Stelle sehen. Er nahm wahr, wie sein Kopf am Boden lag, hinter ihm die Sonne. Er versuchte zu hören. Nahmen sie ihre Gewehre in Anschlag, um ihn abzuknallen? Englische Wortfetzen. Sie fassten ihn an, hievten ihn auf eine Trage und schleppten ihn irgendwohin. Die Schmerzen machten ihn inzwischen gefühllos. Nur Durst, nur noch Durst war zu spüren.

Er fand sich wieder in einem Zelt auf dem Boden. Neben ihm ein US-Soldat. Das Verlangen nach Wasser war mörderisch geworden. Sicher würde er jetzt durch Verdursten sterben. Der Rücken voller Blut. Die Trage unter ihm war komplett durchtränkt. Neben seinem Bewacher stand auf dem Boden eine Feldflasche mit Wasser. Er hob seine Hand, zeigte auf das Ding am Boden, führte die Finger wieder an seinen Mund.

Der Soldat gab ihm die Flasche und er trank einen kleinen Schluck. Er wollte den anderen nicht brüskieren. Schließlich waren sie Feinde und er in deren Hand. Obwohl ein Bergsee seinen Durst nicht hätte stillen können, gab er die Flasche zurück. Der Soldat schob sie zurück. Er sollte alles austrinken.

Die Gefangenen wurden verladen auf ein Schiff. Als Ärzte seine Verletzung behandelten, schlief er ein. Vielleicht half auch die Narkose. In seiner Kompanie gab es schon lange keine Betäubungsmittel mehr. Immer und überall schrie irgendjemand: „Sanitäter! Sanitäter“ Doch es ging weiter. Sie hatten es schwören müssen. Die anderen waren Feinde. So sagte der große Guru im Hauptquartier.

Als er aufwachte, gab ihm irgendjemand Tomatensaft. Zum ersten Mal im Leben probierte er dieses Zeug und war sich sicher, dass ihm das das Leben retten würde, weil es aussah wie Blut. Die Überfahrt war schwer. Stürme rüttelten an der Nussschale. Doch es störte ihn nicht. Alles war besser als an der Front zu liegen in Todesangst. Im Hafen von New York grüßte die Freiheitsstatue. Mit ihrer Fackel in der ausgestreckten Hand stand sie da und schien „Willkommen!“ zu rufen. Die Gefangenen wussten nicht so recht. Willkommen? In Feindesland?

„General Hospital“ stand an einem Haus. Das war gut zu verstehen, auch ohne Sprachkenntnisse. Als alle Verletzten transportfähig waren, ging es per Bahn in verschiedene Staaten. Quer durch das Land. Er kam nach Oklahoma. Nun stand er hier auf dem Feld, schaute die Baumwollpflanzen an, die ihm bis zur Hüfte reichten. Er hatte keine Ahnung vom Baumwollpflücken. Zuhause gab es Rüben und Kartoffeln, die man aus den Äckern kratzte. Aber Baumwolle? Alle Gefangenen zerstachen sich die Finger an der abweisenden Pflanze. Sie mussten Säcke füllen, die die Ausmaße von Rahsegeln hatten.

Die Gefangenen kamen mit den Beuteln im Schlepptau zum Aufseher, packten diese mit Schwung auf die Waage. Schüttelte der den Kopf, wurden sie wieder zum Pflücken geschickt. Er schaute auf seine Finger. Die scharfen Samenkanten verursachten überall blutende Wunden. Die Sonne war unerträglich. Hoffentlich war bald Schluss für heute. Er freute sich auf die Salzsuppe und Brot.

Die anderen pflückten weiter, zogen immer wieder die Hand zurück. Die Baumwolle in den Säcken wird so blutbefleckt sein wie niemals zuvor, ging es ihm durch den Kopf. Aber, vielleicht war sie immer blutig, ohne dass wir es daheim gemerkt haben. Indianerland sollte das hier sein. Indianer kannte er nur durch Karl May. Die Männer, die so wie sie in den Reihen standen und ernteten, waren keine Indianer, sondern allesamt schwarz. Schnell rupften sie die Wattebäuschchen von den Knospen. Neben ihm schuftete einer von ihnen. „Jim!“, sagte er und zeigte auf sich. Erwin tippte auf sich:

Keine Indianer, aber Schwarze, die Baumwoll pflückten

„Erwin!“ Jim wiederholte den Namen: „Örwinn!“

Beide lachten. Der Schweiß tropfte aus Jims Gesicht. Wenn Erwin des Englischen mächtig gewesen wäre, hätte er Jim gefragt, warum die Weißen nicht pflückten. Jim zeigte auf Erwins Hände. Dann machte er eine Bewegung. Jim griff Erwins Hände und führte sie an die Pflanzenkapsel. So! So solle er pflücken. Erwin probierte es. Rupfte er so wie Jim es ihm zeigte, tat es nicht mehr weh. Keine blutige Baumwolle mehr.

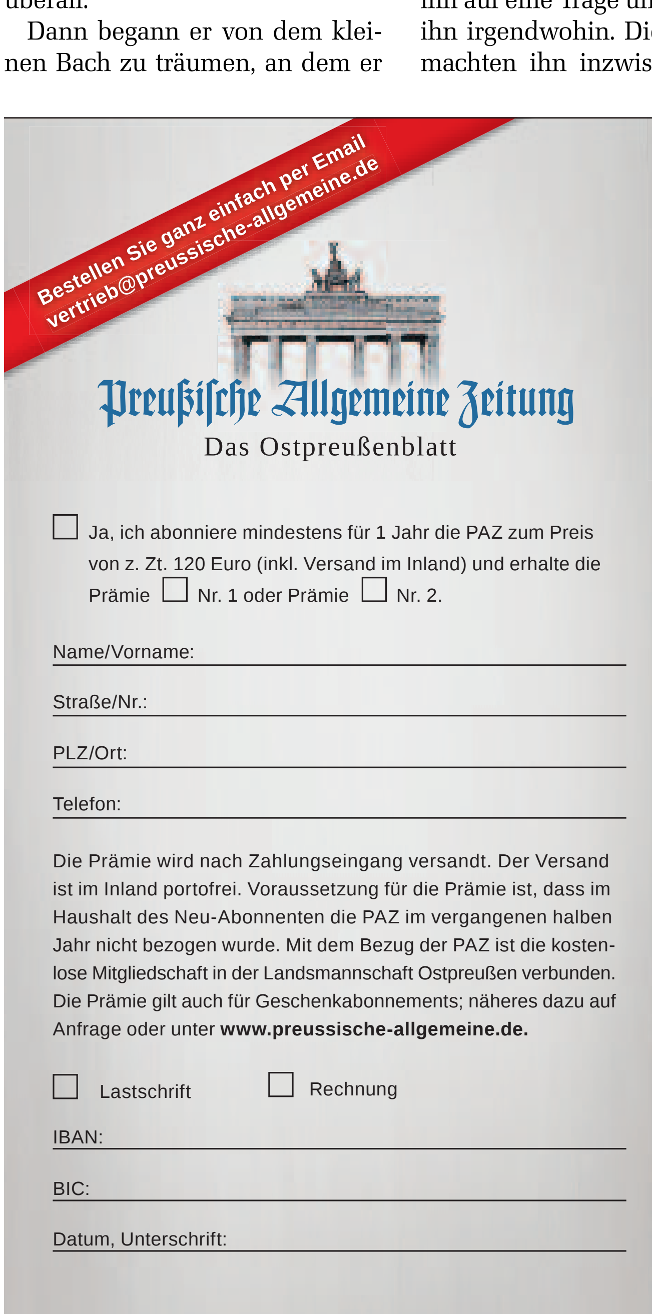
Wenn er jemals wieder nach Hause kommen sollte, würde er allen davon berichten. Von der unerträglichen Sonne, von der salzigen Suppe, den stacheligen Pflanzen und von Jim natürlich. Und dass es in Oklahoma gar keine Indianer gab. Er sah zu seinem neuen Freund. Jim war schon ein gutes Stück voran gekommen, drehte sich noch einmal um, wischte den Schweiß von der Stirn und lächelte ihn an.

Silvia Friedrich



Baumwollpflücker in den USA: Auch Kriegsgefangene ernteten gemeinsam mit schwarzen Arbeitern die unwirtliche Pflanze

Bild: action press





Hauptsache gläubig

In Deutschland gibt es viele Spielarten des Betens – Über 100 Glaubensgemeinschaften sorgen für religiöse Vielfalt

Wie eine Untersuchung des britischen Religionssoziologen David V. Barrett ergab, existieren derzeit etwa 10000 Religionen auf der Welt, von denen rund 270 mehr als eine halbe Million Anhänger haben. Und mindestens 130 dieser Glaubensgemeinschaften sind auch in Deutschland beheimatet, wenn man den Statistiken des Religionswissenschaftlichen Medien- und Informationsdienstes (Remid) glauben darf.

An erster Stelle stehen dabei die Christen: jeweils um die 30 Prozent der Menschen, welche hierzulande leben, sind entweder Katholiken oder Protestanten, wobei die Römisch-Katholische Kirche geringfügig mehr Anhänger hat. Dazu kommen die orthodoxen Christen. So sind mittlerweile nicht nur die Russisch- und Griechisch-Orthodoxe Kirche fest in der Bundesrepublik verwurzelt, sondern auch die Orthodoxen Kirchen von Rumänien, Serbien, Bulgarien, Syrien, Äthiopien, Armenien, der Ukraine, Assyrien, Georgien, Eritrea und Ägypten – mit zehn Bischofssitzen und insgesamt rund zwei Millionen Gläubigen, wobei sogar Exoten wie die Koptisch-Orthodoxe Kirche aus dem Land am Nil immerhin auf mehrere tausend Mitglieder verweisen können.

Die viertstärkste christliche Gruppierung ist die Neuapostolische Kirche, gefolgt von den Zeugen Jehovas, den Baptisten und Brüdergemeinden, den Methodisten, den Pfingstgemeinden und diversen weiteren evangelischen Freikirchen wie den Mennoniten und Adventisten, den Mormonen, der Kirche des Nazareners und der Heilsarmee. Dazu kommen kaum bekannte Gemeinschaften wie die Zwölf Stämme, welche sich in der Tradition der Jerusalemer Urgemeinde sehen, oder die Ansgar-Kirche, die auf den ersten Erzbischof von Hamburg und Bremen im 9. Jahrhundert zurückgeht. Viele dieser christlichen „Sekten“ haben in der Bundesrepublik nur zwei- oder dreistellige Mitgliederzahlen. Besonders exklusiv scheint dabei die katholisch-„neuchristliche“ Gemeinschaft „Kampf gegen den Satan“ mit 50 Gläubigen zu sein.

Nach dem Christentum rangiert der Islam, wobei die genaue Zahl der Muslime in Deutschland nur geschätzt werden kann, weil es kein zentrales Register gibt: Vermutlich sind es um die vier bis fünf Millionen. Auch der Islam tritt in der Bundesrepublik in verschiedenen Spielarten auf – so gibt es Sunniten, Schiiten, Aleviten, darunter Sondergruppen wie Ahmadiyya, Salafisten, Sufisten, was nicht zuletzt die wachsende Zahl von Moscheen erklärt, denn die Gruppierungen sind in der Regel verfeindet, was ein gemeinsames Gebet ausschließt.

Die drittstärkste Weltreligion auf deutschem Boden ist der Buddhismus mit etwa 300000 Anhängern, wobei die Gläubigen nur zur Hälfte Personen mit Immigrationshintergrund sind, denn der Buddhismus ist unter den Intellektuellen unseres Landes schon seit Anfang des 19. Jahrhunderts en vogue. Zurzeit erfreuen sich die Schulrichtungen des Theravada, also der ältesten Form des Buddhismus, sowie des tibetischen Lamaismus und des japanischen Zen-Buddhismus der größten Beliebtheit.



Hindugemeinschaft beim Gebet: Kerzen und bunte Opfergaben für die Götter Bild: action press

Des Weiteren soll es rund 200000 Juden in der Bundesrepublik geben, wobei diese Zahl freilich ebenso wenig gesichert ist wie die der Muslime. Auf jeden Fall aber liegt die Quote der nichtpraktizierenden Juden, insbesondere aus Osteuropa, mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit bei 50 Prozent, so dass es durchaus sein kann, dass hierzulande mehr Hinduisten als gläubige Juden leben. Schätzungen belaufen sich auf rund 100000 Anhänger, unter denen Inder, Tamilen und Afghanen dominieren; darüber hinaus gibt es aber auch um die 7000 autochthon deutsche Hindus.

Sehr viel weniger stark vertreten als die fünf Weltreligionen sind die zahlreichen anderen „importierten“ Glaubensbekenntnisse. Da wären zum Beispiel der Taoismus und der Konfuzianismus, die beide aus China stammen, oder der japanische Shintoismus mit seinen rund 5000 Anhängern. Aus Indien wiederum kommen die eher negativ beleumundete Bhagwan- beziehungsweise Osho-Bewegung und die Sikhs, deren Lehren im strengen Gegensatz zum Islam stehen, was sie aber nicht davor bewahrt, aufgrund traditioneller Bärte und Turbane als „muslimische Terroristen“ angesprochen zu werden.

Ebenfalls inkompatibel mit dem Islam sind nahöstliche Religionen jüngeren Alters, weswegen deren Anhänger in ihren Heimatländern zu „Ungläubigen“ gestempelt werden – deshalb haben sich mittlerweile 60000 Jesiden aus Kurdistan und 5600 Bahai aus dem Iran bei uns angesiedelt.

Reichlich kurios wirken die bis zu 2000 Rastafaris, welche inzwischen ebenfalls zur religiösen Landschaft der Bundesrepublik gehören und dem Glauben nachhängen, der letzte äthiopische Kaiser Haile Selassie sei ein ebensolcher Messias gewesen wie Jesus Christus. Gleichermaßen ausgefallen sind Glaube und Ritus der Adepten von Voodoo, Candomblé und Umbanda, deren Gesamtzahl hier bei etwa 1200 liegt. In diesen geheimnisumwobenen afroamerikanischen beziehungsweise afrobrasilianischen Religionen geht es nicht zuletzt um die Beschwörung von Geistern sowie weiße und schwarze Magie. Besonders altehrwürdig kommt das Bekenntnis der 300 Zoroastrier daher, welche in Deutschland leben und sogar schon versucht haben, einen Zentralrat zu gründen – immerhin entstand der Glaube an den Schöpfergott Ahura Mazda wohl schon vor 3800 Jahren. Die winzige Gruppe der 180 deutschen Jainas wiederum ist in letzter Zeit in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, weil der neue Chef der Deutschen Bank, Anshu Jain, dieser streng asketischen indischen Glaubensgemeinschaft angehört.

Andere ungewöhnliche und seltene Religionen, denen Menschen in Deutschland anhängen, sind hingegen europäischen Ursprungs, als da unter anderem wären: Fellowship of Isis, Kryonschule, germanisches Heidentum, Gralsbewegung, Deutscher Druiden-Orden, Armanen-Orden und Yggdrasil-Kreis. Wie die Namen schon verraten, handelt es sich hier um esoterische beziehungsweise germanen- und keltenorientierte Bekenntnisse. Die zwei kleinsten Glaubensgemeinschaften solcherart Couleur sind dabei übrigens nach Angaben des Remid die Celtoi, mit ihrer „rekonstruierten ursprünglichen keltischen Religion“ und die Germanische Glaubens-Gemeinschaft mit jeweils kümmerlichen 15 Anhängern.

Angesichts dieses teilweise bizarren Reigens darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die Konfessionslosen in Deutschland inzwischen die Mehrheit bilden: entsprechende Schätzungen schwanken um die 35 Prozent. Die Frage ist freilich, ob man die Anhänger von Religionsparodien wie der „Kirche des Fliegenden Spaghetti-Monsters“ tatsächlich auch zu den nichtreligiösen Menschen zählen sollte, wie die gestrengen Statistiker das zu tun pflegen. *Wolfgang Kaufmann*

Es macht wieder klack-klack

Die Schreibmaschine wird wieder ausgekramt – jedenfalls bei den Geheimdiensten. Sonst aber verschwinden die lauten Tippgeräusche

Nach der jüngsten NSA-Affäre haben die Geheimdienstzentralen ein Gerät wiederentdeckt, dass mit dem Computerzeitalter so gut wie außer Dienst gestellt wurde: die gute, alte Schreibmaschine. Zentnerschwere, mit Papier gefüllte Geheimakten hätte ein Informant wie Edward Snowden nicht so leicht aus den NSA-Archiven verschwinden lassen können wie einen kleinen Datenstick, auf dem zehntausende streng geheimer Papierseiten in digitaler Form gespeichert sind.

Während die Schlapphüte also den Staub von den Schreibmaschinen abpusten um sich vor Datenklau besser zu schützen, sind die Klack-Klack-Geräusche aus den übrigen Büro- oder Amtsstuben so gut wie verschwunden. Wenn man das selten gewordene Vergnügen hat, wieder einmal eine richtige Schreibmaschine zu hören, kann einen eine seltsame Mischung aus Wehmut, Befremden und Nostalgie beschleichen.

Ein besonderer Vorteil der Schreibmaschine ist vor allem ihre Unabhängigkeit und Robustheit. Was bisher noch keine Erwähnung fand, ist die gute Schule, die die Schreibmaschine ihrem Besitzer beschert. Wer den Computer benutzt, vorher jedoch Erfahrungen mit der Schreibmaschine gesammelt hat und sie nebenher benutzt, wird auf bessere Resultate hoffen dürfen, da sich notwendigerweise bei der alten Technik der Text zunächst im Geist des Autors wie in einem Reservoir ansammelt und erst dann gegenständlich wird.

Die Tastatur eines Computers wird eher ausgetauscht denn repariert, ein technisches Gerät benötigt heutzutage Strom, und ein brandneues Textverarbeitungsprogramm ist nach zwei Jahren schon völlig veraltet. Besonders diejenigen, die sich für ihren Computer alle paar Jahre ein neues Anwenderprogramm, ein „Setup“ oder den neuesten „Virenscanner“ zulegen müssen, sind plötzlich etwas bedrückt, wenn sie hören, dass mit einer Schreibmaschine ein Text heute so gut und zuverlässig geschrieben werden kann wie in 20 Jahren, und das ganz ohne Strom.

Es gibt jedoch einige Vorteile des Computers, die die Schreibmaschine nicht bietet, und dazu gehört vor allem die wirklich leichte Verarbeitung, Vervielfältigung und der Transport von Schrift. Gerade bei Verzeichnissen, Karteien und Katalogen hat der Computer große Vorteile und Erleichterungen gebracht.

Die Nostalgiker, die den Computer an der Schreibmaschine messen, reduzieren den Vergleich auf die Funktion des reinen Schreibens für literarische Zwekke, und da schneidet die Maschine sicher besser ab. Als vor gut 100 Jahren die Schreibmaschine ihren Siegeszug begann, wurde sie genauso angefeindet wie später der Computer. Schreibmaschine und Füllhalter brachten damals deutliche Annehmlichkeiten und bessere Möglichkeiten, zum Beispiel die Unabhängigkeit vom Tintenfass.



Lautes Geschäft: Tippende Reporter der 1950er Jahre Bild: action press

Das Zweite, was man bei aller Trauer leicht übersieht, ist die prinzipielle Konsequenz in der Entwicklung von der Handschrift über die Schreibmaschine zum Computer. Einen Buchstaben durch Knopfdruck zu erzeugen, also nicht mehr selbst zu schreiben, sondern von einer Maschine schreiben zu lassen, ist bereits mit der Schreibmaschine eingeführt worden, nicht erst mit dem Computer. Einen Text in mechanisch handhabbare Elemente zu zerkleinern, die vom Autor sinnvoll aneinandergereiht werden können, ebenfalls. Daher ist der Computer als logische Weiterführung des Weges zu sehen, der mit der Schreibmaschine beschritten wurde, und wer den Computer ablehnt, muss daher auch die Schreibmaschine ablehnen.

Die Verfechter der Schreibmaschine beklagen, ihre Texte nicht als Typoskript abgeben zu können. Doch mittlerweile hat der Computer lesen gelernt und man kann ihm auch ein Typoskript geben, das er sorgfältig liest. Daran wird das eigentliche Problem des Computers deutlich: die Nachmacherei und die Gleichmacherei. Nachmacherei, weil der Computer den handgesetzten und im Buchdruck vervielfältigten Text nachahmt, ohne dessen Wesensmerkmale zu verwirklichen. Ein gesetzter Text ist im Idealfall nach dem geschulten Augenmaß eines erfahrenen Typografen ausgeglichen und daher nicht nur im Gesamtbild schön, sondern auch als Text angenehm und flüssig zu lesen.

Gegentrends werden spürbar, wenn etwa restaurierte und funktionstüchtige Schreibmaschinen im gehobenen Versandhandel auftauchen und die etwas snobistische Erklärung: „Computer? — Damit habe ich überhaupt nichts zu tun!“ bei einigen Geschichts- oder Philosophiestudenten vor einiger Zeit besonders schick war. Manche Schriftsteller haben sich dazu bekannt, Schreibmaschinen in Ölpapier verpackt und im Keller eingelagert zu haben.

Man braucht sich also nicht von seiner Schreibmaschine zu trennen, wenn man sich einen Computer besorgt, wie man sich auch nicht beim Erwerb einer Schreibmaschine von seinem Füllhalter, bei Anschaffung eines Füllhalters von seiner Stahlfeder, bei Anschaffung einer Stahlfeder von seinem Gänsekiel, bei Anschaffung eines Gänsekiels von seiner Rohrfeder, bei Anschaffung einer Rohrfeder von Diptychon und Stylus und bei Anschaffung letzterer von Hammer und Meißel zu trennen brauchte. Die Geheimdienste können ein Lied davon singen: Dort wird wieder „gemeißelt“. *Alexander Glück*

Nach Hunger gefügig

Völkermord in Kasachstan



Zwischen 1930 und 1934 sind in der Sowjetunion mehr als 6,5 Millionen Menschen an Hunger gestorben, in der Ukraine etwa 3,5 Millionen, im Nordkaukasus und an der mittleren Wolga mehrere Hunderttausend und im zentral-asiatischen Kasachstan mehr als 1,5 Millionen Menschen. Es war Völkermord durch bewusst herbeigeführte Hungersnöte, Holodomor genannt. Grauenhaft und schwer vorstellbar waren sie in allen genannten Landesteilen.

Über die bislang wenig bekannte Situation in Kasachstan informiert jetzt die aus einer Dissertation an der Berliner Humboldt-Universität hervorgegangene Studie von Robert Kindler. Es ist eine überaus gründlich recherchierte Arbeit, der zugute kam, dass erstmals nicht nur Archive in Moskau, sondern auch in Kasachstan selbst, etwa Archive des kasachischen Präsidenten und der Regierung, eingesehen werden konnten. Leider konnte der Autor fast nur auf offizielle Unterlagen zurückgreifen; von Opfern und Überlebenden gibt es kaum Zeugnisse.

Aber auch so gelingt dem Autor eine bewegende Darstellung. Trotz des für einen Historiker angemessenen nüchternen Stils finden sich immer wieder Adjektive wie „furchtbar“, „grauenhaft“ und „entsetzlich“. Und so war das Geschehen ja auch: Die mit Abstand größte innerasiatische Sowjetrepublik, die sich etwa zehn Jahre lang allen Bemühungen Moskaus um Eingliederung in dessen Herrschaftssystem wegen ihrer Größe und ihrer traditionellen nomadischen Struktur entziehen konnte, wurde ab 1930 mit brutaler Gewalt und unter bedenkenlosem Einsatz aller Mittel auch in bewusster Kalkulation des Hungers gefügig gemacht.

Die Kasachen lebten seit Jahrhunderten größtenteils als Nomaden, deren große Viehherden routinemäßig auf Sommer- und Winterweiden geführt wurden. Den Sowjets galt diese Lebensart als reaktionär; die Menschen sollten sesshaft werden und nach erfolgter Kollektivierung in Dörfern und Häusern nicht mehr in traditionellen Aul und in Jurten leben. Die Mittel waren so probat wie erfolgreich: Die reicheren Nomaden (Beis) wurden verhaftet und enteignet, die Ablieferungsnormen für Fleisch und Getreide wurden drastisch erhöht, binnen kürzester Zeit waren auch überlebensnotwendigste Vorräte aufgebraucht. 1931 begann die Katastrophe: Hunderttausende entwurzelter Menschen irrten durch die Steppe, flohen ins benachbarte China oder verhungerten. Kindler: „Das große Sterben begann, als die Vorräte abtransportiert und die Tiere der Nomaden fortgetrieben waren. Überall das gleiche Bild des Elends: Ausgemergelte Kinder an den Bahnstationen, unbestattete Leichen am Wegesrand, blutige Auseinandersetzungen um einen Kanten Brot, zerfallene Familien, Kannibalismus.“

Als die Sowjets 1934 langsam umlenkten, war die traditionelle kasachische Nomadengesellschaft zerbrochen. Die Hungersnot sowjetisierte die Gesellschaft, sie war „Bedingung und Instrument bolschewistischer Herrschaftsdurchsetzung“. Ein Jahrzehnt später, im Großen Vaterländischen Krieg, ließ die Führung nomadisches Leben wieder zu, aber die frühere Sozialstruktur wurde nie wieder erreicht.

Studie über das Leid beim Holodomor

Das Buch füllt eine Lücke in unserem historischen Wissen und lässt einmal mehr erschrecken über die Brutalität sowjetischer Herrschaftspraxis. Wünschenswert wäre ein Überblick über die bolschewistische Nationalitätenpolitik generell ab 1917 gewesen und vielleicht auch ein Ausblick auf die heutige Situation. Denn seltsamerweise wird im heutigen offiziellen Kasachstan die damalige Hungersnot nur am Rande erwähnt. *Dirk Klose*

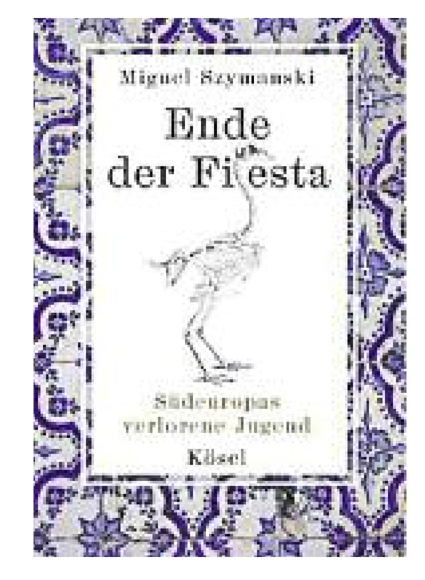
***Robert Kindler: „Stalins Nomaden. Herrschaft und Hunger in Kasachstan“**, Hamburger Edition, Hamburg 2014, geb., 382 Seiten, 28,80 Euro*



4 Wochen kostenlos lesen ohne Verpflichtung!
Empfehlen Sie uns!
Verschenken Sie ein Probe-Abo und bestellen Sie gleich unter: 040-41 40 08 42

Einsicht und Selbstbetrug

Atmosphärische Beschreibung der Krise in Portugal



Sein Herz schlägt für Portugal, sein Verstand tickt überwiegend deutsch. Daraus macht Miguel Szymanski in seinem Buch „Ende der Fiesta. Südeuropas verlorene Jugend“ kein Geheimnis. Der Portugiese mit deutschen Wurzeln, der auch seine Kindheit in Deutschland verbracht hat, als junger Mann jedoch zurück in die Heimat seiner Eltern zog, ist einer der südeuropäischen Krisenflüchtlinge, die nun in Deutschland ihr Glück versuchen. Doch wirklich glücklich ist er hier nicht, das schlägt er seinen deutschen Lesern unsanft um die Ohren, indem er ihnen alles präsentiert, was ihn an ihnen und ihrer Lebensweise nervt. Das wiederum dürfte so manchen Deutschen dazu verleiten, wütend das Buch zur Seite zu legen, weil er keine Lust hat, sich weiter von jemandem, der hierher gekommen ist, weil ihm seine geliebte Heimat keinen adäquaten Job bieten kann, Frechheiten bieten zu lassen.

Gut zwei Jahrzehnte hat Szymanski in Portugal als Journalist gearbeitet. Dort hat er viel gesehen und erfahren, wie das Land funktioniert. Sehr schlüssig zeigt er anhand vieler Beispiele die Fehler im System auf, unter anderem wie korrupt die Herrschenden im Land sind, wie wenig Dinge geplant werden und fast alles improvisiert wird, wie die Portugiesen sich ihrem Schicksal fügen und wie wenig Einfluss die Presse hat.

Doch das vorliegende Buch ist eben nicht nur analytischer Natur, der Autor hangelt sich auch an seiner eigenen Vita entlang und konfrontiert den Leser immer wieder mit seinen Empfindungen. Das gibt den Ausführungen durchaus eine persönliche Note, und man kann auch verstehen, dass vor allem der Wunsch nach einer guten Schulbildung für seine Töchter Sofia und Maria ihn nach Deutschland zurückgeführt hat, doch manche Attacken sind für Deutsche schwer zu ertragen. „Oft vergessen die Menschen in Deutschland: Der Anstieg der Steuereinahmen resultiert aus Deutschlands Exportüberschüssen, die in den letzten Jahren eine immer größere Verschuldung seiner ärmeren Handelspartner in Europa bewirkten.“ Wie bitte, jetzt sollen die Deutschen Schuld daran sein, dass sie so gute Produkte produzieren und die Portugiesen sich diese kaufen, ohne sie sich leisten zu können? Ja, genau das sagt Szymanski, und auch deutsche Banken hätten die Portugiesen mit günstigen Krediten zum Kaufrausch verführt. Kurz danach schreibt der Autor dann aber wieder, dass die meisten Portugiesen schon vor Jahren ahnten, dass sie über ihre Verhältnisse leben, die Fiesta aber nicht freiwillig beenden wollten. Folgt man dem Autor in seiner Argumentation, dann sind die Portugiesen also alles arme, unmündige Kinder, womit er wiederum seine südeuropäischen Landsleute beleidigt, denen er laut eigener Aussage ständig zu erklären versucht habe, dass die deutsche Bundeskanzlerin nichts dafür könne, dass Portugals Politiker seit Jahrzehnten käuflich seien.

Unnötige und falsche Attacken gegen Deutsche

Szymanski geht auch auf das Leid der Portugiesen ein, die sogar durch die Krise Todesopfer zu beklagen hätten, vor allem weil die medizinische Versorgung durch die Sparmaßnahmen kurz vor dem Kollaps stehe. Angeblich gäbe es Kinder, die ihre einzige Mahlzeit am Tag in der Schulkantine bekämen, da die Eltern kein Geld für Frühstück und Abendessen hätten, auch weil fast die Hälfte der arbeitslosen Portugiesen kein Geld mehr vom Staat erhalte. Gleichzeitig würde sich der Staat aber immer weiter verschulden, und überhaupt sei die ganze Euro-Rettung eine Lüge, da sie nicht die Menschen oder die Staaten rette, sondern nur die Banken, vor allem die deutschen. Und zudem würde Deutschland über die Geldpolitik in Europa entscheiden. Veto, kann man hier nur ausrufen, schließlich ist bekannt, dass Bundesbank-Präsident Jens Weidmann ständig im Rat der EZB von den Vertretern der Südländer überstimmt wird. Auch behauptet Szymanski, dass die Deutschen, deren Geldvermögen ständig wachse, sich durchaus solidarischer gegenüber dem Süden sein könnten, ohne zu erklären, warum die sparsamen Deutschen den Portugiesen ihre Misswirtschaft und ihre krachend geendete Fiesta finanzieren sollten.

Am Ende des Buches ist man hin- und hergerissen. Vieles von dem, was Szymanski geschrieben hat, ist nachvollziehbar, vieles andere hingegen aus deutscher Sicht ärgerlicher Quatsch. Aber letztendlich ist es auch zugleich aufschlussreich zu sehen, wie die Gegenseite argumentiert, und die atmosphärische Beschreibung portugiesischen Lebensstils beherrscht der Autor fraglos. *Rebecca Bellano*

***Miguel Szymanski: „Ende der Fiesta. Südeuropas verlorene Jugend“**, Kösel, München 2014, geb., 192 Seiten, 17,99 Euro*

Nicht von langer Hand geplant

Hans Mommsen über das NS-Regime und die Judenvernichtung



Schon der Schutzumschlag des Buches „Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa“ lässt aufhorchen, heißt es da doch: „Der Schritt von der totalen Isolierung und Ausschaltung des Judentums zu der dann von Himmler eingeschlagenen systematischen Liquidierung verlangt nach einer Erklärung.“ Damit tritt der Zeithistoriker Hans Mommsen der Auffassung entgegen, Hitler habe die Vernichtung von langer Hand gesteuert.

Die Einleitung allerdings verärgert: „Mit der Ermordung von über fünf Millionen jüdischer Menschen hat das Dritte Reich und damit die deutsche Nation eine unauslöschliche Schuld auf sich geladen.“ Ist Schuld nicht etwas Höchstpersönliches? Auch denke man an die Opfer, die auch Bestandteile dieser Nation gewesen sind. Das Kollektivschulddenken gehört doch der Vergangenheit an!

Auch der zweite Satz provoziert Widerspruch, wenn in ihm die Unvergleichbarkeit des Holocaust behauptet wird. Denn nur der Vergleich versetzt in die Lage, einen Superlativ zu ermitteln. Will der Autor mit diesen Konzessionen an den Zeitgeist seine vom Gängigen abweichenden Thesen gegen falschen Verdacht immunisieren? So wird es nicht allen Kollegen gefallen, wenn Mommsen ausführt, dass die Wahlerfolge der NSDAP 1930 bis 1933 nicht primär ihrer antisemitischen Propaganda zuzuschreiben gewesen seien und „die Judenverfolgung keinem in sich konsistenten ‚Masterplan‘ entsprungen“ sei. Ferner: „Den entscheidenden Wendepunkt in der Radikalisierung der ‚Judenverfolgung‘ stellte der Angriff auf die Sowjetunion dar.“

Das Buch ist in zehn Kapitel gegliedert, beginnend mit „Antisemitismus in der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP“. Den Abschluss bildet „Der Holocaust und die Deutschen“. Stichworte zu den anderen Kapiteln: „Nürnberger Gesetze“, „Arisierung“, „9. November“, „territoriale Endlösung“, „Auschwitz und die ‚Endlösung der europäischen Judenfrage‘“. Die Stofffülle zwingt zu Verweisen. Auch ist von der Judenfeindschaft die Rede, die sich häufig mit dem katholischen Antijudaismus vermischt habe. Was den Papst, die Bischöfe und das Zentrum, also die katholische Partei, betrifft, ist dies mit Blick auf das 20. Jahrhundert sicherlich nicht zutreffend.

Glaubwürdig klingt es, wenn es heißt, dass die pausenlose antisemitische Propaganda nicht wirkungslos an der Bevölkerung vorbeigegangen sei. Die „vielfältige Bereicherung der deutschen Bevölkerung“ durch die öffentliche Versteigerung des Inventars der Deportierten ist hingegen eine zählebige Mär, deren Haltlosigkeit durchschaut wird, wenn man die Zahl der Deportierten mit der Einwohnerzahl vergleicht, nämlich weit weniger als eins zu hundert.

Trotz vieler Fragen, die das Buch aufwirft, lohnt die Lektüre, die einen guten, gerafften Überblick bietet. *Konrad Löw*

***Hans Mommsen: „Das NS-Regime und die Auslöschung des Judentums in Europa“**, Wallstein Verlag, Göttingen 2014, geb., 235 Seiten, 19,90 Euro*

Sylt zum Schmunzeln

Strandkorb-Lektüre der humorvollen Art räumt mit der romantischen Vorstellung von der Nordseeinsel auf

Der Strandkorb ist ein guter Ort, um die Urlaubslektüre in Angriff zu nehmen, die man eigentlich nur mit ins Gepäck genommen hat, um das schlechte Gewissen zu beruhigen, das nach einem faul am Strand gelegenen Tag aufkeimt.

Ein Buch von Eva Ehley lag noch im Koffer verborgen. Die Berliner Wahl-Sylterin hat ein halbes Dutzend Sylt-Krimis geschrieben, ist also eine Kennerin. Nimmt man diese Werke zum Maßstab, müsste Sylt eine Verbrechenshochburg sein. Vielleicht auch um diesen Eindruck zu vermeiden, hat Ehley jetzt einen komödiantischen Reiseführer geschrieben.

Ihr Heimatbuch „Sturmflut im Champagnerglas: Sylt“ könnte auch „Sylt für Anfänger“ heißen, denn in dem in fiktionaler Erzählform geschriebenen Buch stellt Ehley mit der Berlinerin Jule ihr junges und noch Sylt-unerfahrenes Alter ego vor, das Pech in der Liebe, aber Glück im Spiel hat. Vom Freund verlassen, setzt Jule ihre Hoffnung auf Lotto und landet „vier Richtige“. Vom Gewinn der 20000 Euro schafft sie sich ein klappriges Auto an. Die restlichen 7000 Euro will sie auf Sylt auf den Kopf hauen. Schnell stellt der Grünschnabel fest, dass man damit dort nicht lange überleben kann.

7000 Euro? Das verjubelt so mancher Sylter Anzug-Tourist schon beim Champagnerfrühstück. Die Jule in Ehleys Heimatbuch muss dann auch erst einmal die Preise verdauen, die ihr bei ihrer Ankunft vorgelegt werden. So stellt sie fest, dass auf der von Feriengästen überfüllten Insel nur noch eine Suite im Kampener Luxustempel Walter's Hof für 380 Euro pro Nacht und ohne Frühstück frei ist. „Jule schluckt. 380 Euro? So viel Miete zahlt sie in zwei Monaten nicht. ‚Haben Sie nichts Günstigeres‘?“

Fiktion und Fakten miteinander vermischt

„Günstig“ ist auf Sylt ein Fremdwort. Und so schmilzt Jules Barschaft von Tag zu Tag. Doch bis es gegen Null geht, hat Jule noch gute 250 Seiten Zeit, die Insel zu erkunden. Mit ihren neugierigen Augen betrachten auch die Leser, die sich nicht unbedingt mehr als Sylt-Anfänger bezeichnen würden, die Insel aus ungewohnt neuer Perspektive. So trifft man Jule nicht nur bei den Insel-bekannten Berühmtheiten wie dem legendären Strandlokal-Sansibar oder der von List aus bundesweit expandierenden Fischbude Gosch (von den Insulanern spöttisch „McGosch“ genannt), sondern auch in Gesprächen wie mit den Krabbenfischern von List. Jedenfalls den letzten verbliebenen.

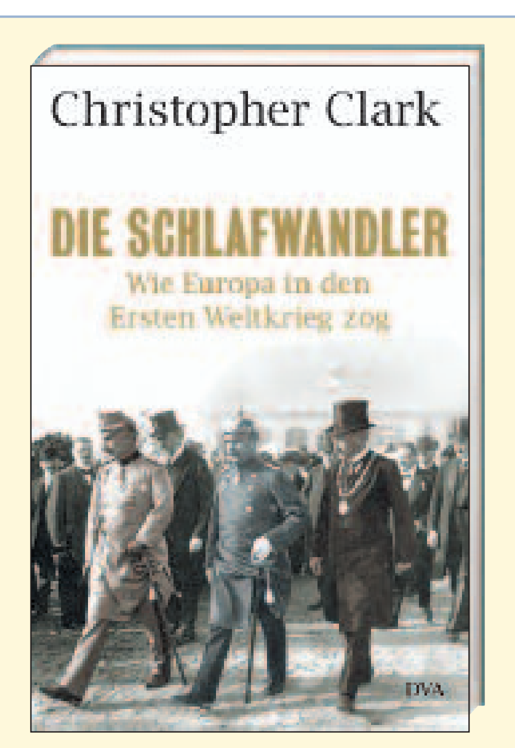
Früher, so erfährt Jule, hatten in List viele Fischer ihr Auskommen. „Aber das lohnt sich schon lange nicht mehr. Die leckeren Garnelen, die du hier überall essen kannst, kommen inzwischen hauptsächlich aus Dänemark und den Niederlanden“, hört sie von einem Fischer. So finden sich in dem Buch viele bittere Wahrheiten, die jede romantische Vorstellung von Sylt schnell vertreiben.

Der Erzählung über Jules Sylter Rundgang sind Infokästen beigefügt, die über die horrenden Immobilienpreise auf der Insel ebenso informieren wie über die letzten verbliebenen Sylter Austernbänke, die Wanderdünen oder die Geschichte der Insulaner.

Und in den „Zehn Dingen, die man auf Sylt lieber bleiben lassen sollte“, warnt Ehley, sich nicht im Westerländer Hotel Stadt Hamburg einladen zu lassen. Ein Ex-Bundespräsident habe damit so seine schlechten Erfahrungen gemacht. Ein Buch zum Schmunzeln ist es also auch noch.

Die Lektüre im Strandkorb ging vorüber wie im Fluge. Gute Gelegenheit, um sich bei bestem Senenskiin (Sonnenschein) ins Saaltweeter (Salzwasser) zu stürzen. Ach ja: Ein kleines Lexikon über das Sylter Friesisch, „Söl'ring – Hochdeutsch“, ist diesem Reiseführer der ganz charmanten Art beigefügt. *Harald Tews*

***Eva Ehley: „Sturmflut im Champagnerglas: Sylt. Ein Heimatbuch“**, Conbook, Meerbusch 2013, geb., 256 Seiten, 11,95 Euro*



Christopher Clark
Die Schlafwandler
Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog
Lange Zeit galt es als ausgemacht, dass das deutsche Kaiserreich wegen seiner Großmachtträume die Hauptverantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkriegs trug. In seinem bahnbrechenden neuen Werk kommt der renommierte Historiker und Bestsellerautor Christopher Clark (Preußen) zu einer anderen Einschätzung. Clark beschreibt minutiös die Interessen und Motivationen der wichtigsten politischen Akteure in den europäischen Metropolen und zeichnet das Bild einer komplexen Welt, in der gegenseitiges Misstrauen, Fehleinschätzungen, Überheblichkeit, Expansionspläne und nationalistische Bestrebungen zu einer Situation führten, in der ein Funke genügte, den Krieg auszulösen. 896 Seiten
Nr. A0732 Gebunden mit Schutzumschlag 39,99 €

Friedrich Torberg
Die Tante Jolesch und die Erben der Tante Jolesch
Gebunden. 336 Seiten
Nr. P A0629 9,99 €

Gebundene Ausgabe zum Sonderpreis € 9,99

Zwei Meisterwerke voller Wehmut und Melancholie, aber auch voller hintergründigem Humor, Bonmots und Aphorismen. Mit viel Sprachwitz lässt Friedrich Torberg seine Tante Jolesch den Alltag in der jüdischen Bohème des nachkaiserlichen Wiens beschreiben und ihre seelenverwandten Erben von der unmittelbaren Vor-Hitler-Zeit, der Emigration und der Rückkehr nach Europa berichten. So beschwört der berühmte österreichische Schriftsteller die unvergleichliche Atmosphäre des versunkenen Österreichs herauf. Friedrich Torberg war wohl einer der letzten, der aus eigener Erinnerung die Atmosphäre des ehemals habsburgischen Kulturkreises so intensiv zu beschwören vermochte.

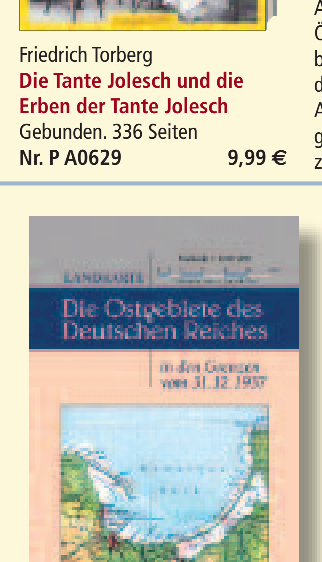


Erich Maria Remarque
Im Westen nichts Neues
Roman. 325 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0717 8,95 €

Wie kein anderer Autor erzählt Remarque in diesem sensationellen Erfolgsroman von den Schrecken des Ersten Weltkriegs: Es ist die Geschichte des neunzehnjährigen Paul Bäumer, der als ahnungsloser Kriegsfreiwilliger von der Schulbank an die Front kommt und hier statt der erhofften Kriegsbegeisterung und dem erwarteten kurzen Abenteuer die ganze Brutalität des Gemetzels und das sinnlose Sterben seiner Kameraden an der Westfront des Ersten Weltkrieges erlebt. Dieses Buch soll weder eine Anklage noch ein Bekenntnis sein. Es soll nur den Versuch machen, über eine Generation zu berichten, die vom Kriege zerstört wurde – auch wenn sie seinen Granaten entkam.



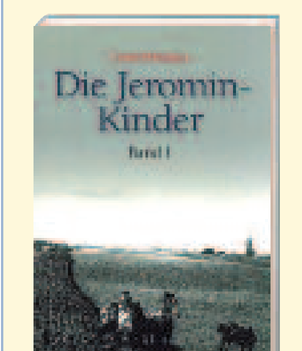
Herfried Münkler
Der große Krieg
Die Welt 1914-1918
Er fegte die alte Welt hinweg und haftet seit vier Generationen im kollektiven Gedächtnis: der Große Krieg. Als Ausbruch aus einem scheinbar stillstehenden Zeitalter der Sicherheit wurde sein Beginn am 1. August 1914 von vielen noch euphorisch begrüßt. An seinem Ende, im November 1918, waren zu bilanzieren: 17 Millionen Tote, eine in Trümmer gestürzte Weltordnung und ungestillte Revanchegelüste. Der Erste Weltkrieg veränderte alles. Herfried Münkler schildert in seiner großen Gesamtdarstellung diese «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts, zeigt, wie der Erste Weltkrieg das Ende der Imperien besiegelte, wie er Revolutionen auslöste, aber auch den Aufstieg des Sozialstaats und der Nationalismen förderte. 928 S.
Nr. A0689 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Landkarte
Die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937
Diese farbige Landkarte zeigt die Ostgebiete des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31.12.1937. Von der Küste der Ostsee bis zum Riesengebirge im Süden kann man sich auf Spurensuche begeben nach den Ortschaften der ehemaligen deutschen Provinzen Pommern, Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland.
Maßstab 1 : 1.000.000
Nr. P 5408 9,95 €

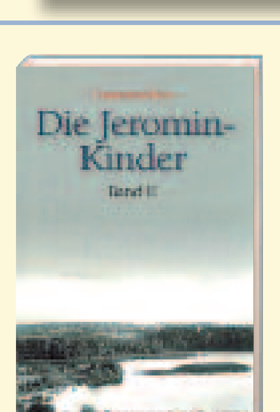
Ernst Jünger
In Stahlgewittern
296 Seiten
Taschenbuch
Nr. P A0719 18,95 €

Die Erlebnisse Ernst Jüngers vom Januar 1915 bis zum August 1918 an der Westfront spiegeln sich in den „Stahlgewittern" wider: vom Grabenkrieg in der Champagne und der Schlacht bei Cambrai bis hin zu den Stoßtruppunternehmen in Flandern und zuletzt der Verleihung des Ordens „Pour le Mérite" nach seiner Verwundung. „In Stahlgewittern" machte ihn zum Helden einer Generation junger Offiziere, die alles gegeben hatten und am Ende bestenfalls das Eiserne Kreuz davontrugen. André Gide pries es als „das schönste Kriegsbuch, das ich je las". Tatsächlich ähnelt es keinem anderen Buch der damaligen Zeit. Ein Buch ohne Mitleid und Pathos.

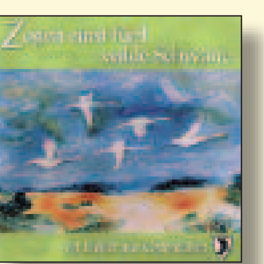


Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 1
Ostpreußischer Familienroman
456 Seiten/Gebunden
Nr. P 533155 14,95 €

Mit dem zweibändigen Roman „Die Jeromin-Kinder" verfasste Ernst Wiechert die eindrucksvolle Chronik einer bäuerlichen Familie in Masuren, der Heimat des Autors, beginnend in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.
Erzählt wird die Geschichte der Großfamilie Jeromin aus dem Dorf Sowirog, vor allem das Schicksal von Jens Ehrenreich Jeromin, einem bescheidenen und tugendhaften Menschen. Das Dorf, abgeschieden in der Mitte des Waldes gelegen, ist der Mittelpunkt des Geschehens. Auch in diesem Roman entwirft Ernst Wiechert ein sinnerfülltes „einfaches Leben".



Ernst Wiechert
Die Jeromin-Kinder Band 2
Ostpreußischer Familienroman
408 Seiten/Gebunden
Nr. P 533156 14,95 €



Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen.
Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m. Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,99 €




J. F. Meuß
Die Geschichte der preußischen Flagge
Reprint der seltenen Originalausgabe von 1916
Seltenes Sammelwerk zur Flaggenkunde! Die Geschichte der preußischen Flagge. Am 24. November 1816 stiftete König Friedrich Wilhelm III. die preußische Kriegsflagge. Seitdem wehte die weiße Flagge mit dem schwarzen preußischen Adler und dem Eisernen Kreuz auf Schiffen um die Welt. Die einzigartige Dokumentation zeigt auf zehn prachtvollen Tafeln die Entwicklung der Flagge seit ihrer Indienststellung bis hin zu den Flaggen preußischer Staatsfahrzeuge und Staatsgebäude. Sämtliche Flaggen sind ausführlich erläutert.
10 prachtvolle Flaggentafeln. Format: 21 x 29 cm, Hardcover mit farbigem Überzug. 120 Seiten
Nr. P A0726 Gebunden 19,95 €



Hans Fenske
Der Anfang vom Ende des alten Europa
146 Seiten/Kartoniert
Nr. P A0685 19,90 €

Es gilt weithin als unzweifelhaft, dass das Deutsche Reich einen wesentlichen Anteil am Ausbruch des Weltkriegs 1914 hatte, dass es während des vierjährigen blutigen Ringens sehr expansive Ziele verfolgte und im Falle eines Sieges seinen Gegnern einen harten Frieden auferlegt hätte. Dass es sich tatsächlich anders verhielt, zeigt diese Studie. Sie fragt zunächst nach der Haltung der Mächte zum Krieg 1914 und erörtert dann deren Einstellung zum Frieden bis zum Versailler Vertrag 1919. Während dieses Zeitraums waren England und Frankreich nie zu einem Verständigungsfrieden bereit, wohl aber Deutschland und Österreich-Ungarn. Abschließend geht es um die Auswirkungen des Versailler Vertrags.

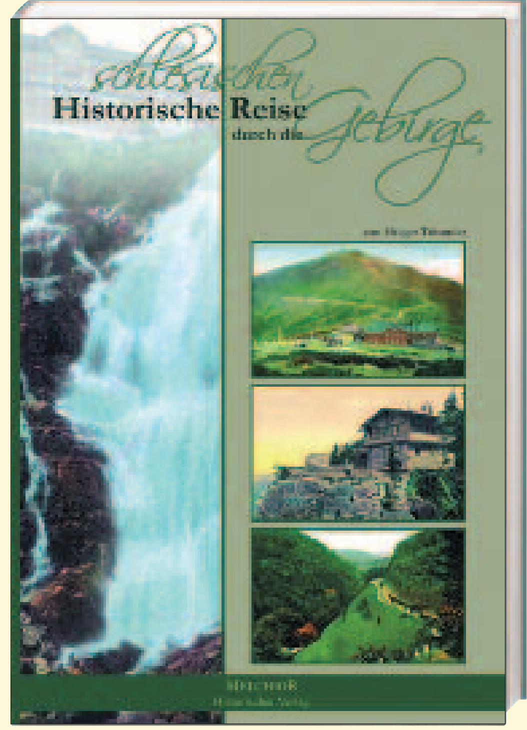


Fiedler-Winter, Rosemarie (Hrsg.)
Überall kann Heimat sein
Gebunden mit Schutzumschlag
224 Seiten
Nr. P A0281 7,95 €

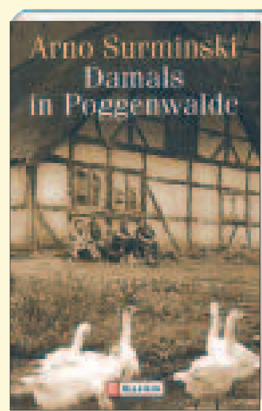
Große Erzähler unserer Tage wagen eine sensible Annäherung an das, was ihnen Heimat bedeutet, was ihr Heimatgefühl geprägt hat. Siegfried Lenz, Walter Kempowski, Sybil Gräfin Schönfeldt, Hans Eppendorfer, Ruth Geede, Eva Jantzen, Gabriel Laub, Ronnith Neumann, Ulrich Schacht, Arno Surminski und viele andere namhafte Erzähler mehr laden ein zu einer Spurensuche und Rückbesinnung – von der ersten Heimat der Kindheit, über den Verlust der Heimat bis zur Entdeckung neuer Wahlheimaten. Sie erinnern mit ihren Texten daran, dass den meisten Menschen warm ums Herz wird, wenn von unserer Heimat die Rede ist.

Wilhelm Matull
Liebes altes Königsberg
Ein Spaziergang durch die Straßen von Königsberg 248 S./Geb.
Nr. P 1041 12,95 €

Menschen, Gebäude, Geschichte und Geschichten – Wilhelm Matull lädt ein zu einem Spaziergang durch die alten Straßen Königsbergs, bei dem die einzelnen Stadtteile besucht, namhafte Baudenkmäler besichtigt und von bedeutenden Menschen der Stadt erzählt wird. Die geistigen, musischen und politischen Leistungen der alten Krönungsstadt sind in besonderen Abschnitten dargestellt. Königsberg, die Hauptstadt, Verkehrs- und Wirtschaftszentrum der Provinz Ostpreußen, wird vor dem inneren Auge wieder lebendig. Am Ende des Erinnerungsspaziergangs kommen in bewegenden Schilderungen Augenzeugen zu Wort, die den Untergang Königsbergs miterlebt haben.

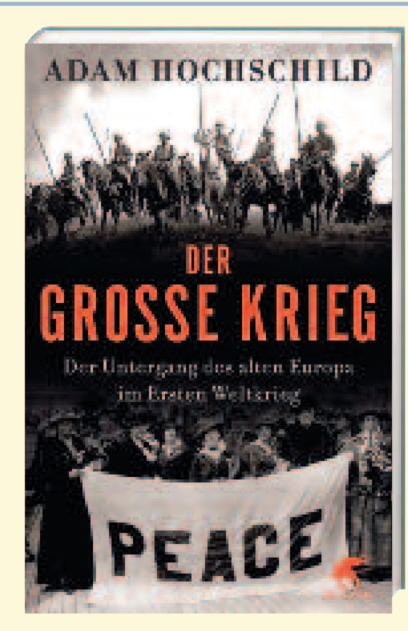


Holger Tümmler
Historische Reise durch die schlesischen Gebirge
Unvergessene Vergangenheit! Historische Reise durch die schlesischen Gebirge. Entdecken Sie die schlesischen Gebirgslandschaften wie sie sich den Ausflüglern vor 100 Jahren präsentiert haben. Besuchen Sie mondäne Ausflugsorte mit ihren noblen Hotels, malerisch gelegene Dörfer und die wundervollen Naturschönheiten. Wandern Sie durch das Isergebirge, Bober-Katzbach-Gebirge. Erkunden Sie das Waldenburger Bergland, den Zobten, die Heuscheuer oder das Eulengebirge Fast 250 farbige Abbildungen auf 240 Seiten zeigen die Gebirge Schlesiens vor 100 Jahren, die seinerzeit schon viele Ausflügler, Reisende und Skifahrer in ihren Bann geschlagen haben.
240 Seiten
Nr. P A0724 Gebunden 29,95 €

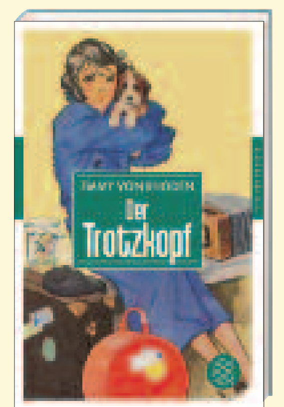


Arno Surminski
Damals im Poggenwalde
132 Seiten/Taschenbuch
Nr. P 1516 6,99 €

Eine Geschichte aus einer untergegangenen Welt: Ostpreußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts: Die zehnjährige Maria ist glücklich, als der gleichaltrige Peter mit seiner Familie zu ihr auf den abgelegenen Tatarenhof zieht. Es entsteht eine dicke Freundschaft, voll lustiger, aber auch gefährlicher Abenteuer. Eine anrührende Geschichte aus einer untergegangenen Zeit und ein Leseerlebnis voller zauberhafter Erinnerungen – wie es damals in kleinen ostpreußischen Dörfern gewesen ist, als es noch kein elektrisches Licht und kein fließendes Wasser gab und als noch Pferdefuhrwerke auf den Straßen waren. Mit Wehmut und Liebe erzählt von einem großen ostpreußischen Dichter.



Adam Hochschild
Der große Krieg
Der Untergang des alten Europas im Ersten Weltkrieg
In einem spannenden Epos lässt Hochschild diesen Krieg, dessen Echo bis in unsere Zeit nachhallt, anschaulich, lebensnah und erschütternd wie nie zuvor lebendig werden. Er richtet seinen Blick auf das Kriegsgeschehen und die diplomatischen Verwicklungen der großen Mächte. Im Zentrum der Darstellung stehen nicht nur die prominenten Befürworter des Krieges (u.a. Rudyard Kipling, H. G. Wells, Conan Doyle und John Galsworthy); viele, wenig beachtete Kritiker und Gegner aus allen Schichten kommen zu Wort. Zahlreiche meisterhafte Porträts von Kaiser Wilhelm II., Kaiser Franz Joseph, den Romanows und der – Generäle wie von Hindenburg, von Moltke, Ludendorff, French, Haig, Milner und des jungen Churchill runden das Panorama ab. Hunderte von Soldatenfriedhöfen säumen die Felder in Belgien und Frankreich; dort kamen Millionen Soldaten in dem Krieg ums Leben, der allen Kriegen ein Ende machen sollte. 525 Seiten.
Nr. P A0688 Gebunden mit Schutzumschlag 26,95 €



Emmy von Rhoden
Der Trotzkopf
Ein Pensionsgeschichte für erwachsene Märzen 256 S. TB
Nr. P A0552 8,99 €

Ein Klassiker der „Backfisch-Literatur": Die temperamentvolle Ilse wird vom väterlichen Hof ins Internat geschickt. Hier soll sie, die bisher eher wild aufgewachsen ist, standesgemäß erzogen werden. Sie findet Freundinnen, mit denen sie heitere Stunden verlebt, lernt aber auch die traurigen Seiten des Lebens kennen. Die großen Gefühle und die Natürlichkeit des „Trotzkopfs" begeistern bis heute ungebrochen. Die Autorin wurde 1839 in Magdeburg geboren. Sie lebte mit ihrer Familie in Berlin, Eisenach, Leipzig, Dresden. 1854 veröffentlichte sie erste Erzählungen unter dem Pseudonym Emmy von Rhoden. Ihr Roman »Der Trotzkopf« erschien 1885 nach ihrem Tod.



Gertrud H. Pastenaci/
Stefan Pastenaci (Hrsg.)
Die Gärten meines Lebens
Lebenserinnerungen einer Ostpreußin
20 S/W-Abb. 288 Seiten/Geb.
Nr. P 533161 16,95 €

Die Erinnerungen von Gertrud Pastenaci sind ein warmherzig und lebendig geschriebenes Zeitdokument. In ihnen schildert sie in kurzen lebensnahen Abschnitten ihre behütete Kindheit als Pfarrerstochter in Heiligenkreuz im Samland, die jäh durch die Wirren des Ersten Weltkrieges unterbrochen wird und ihr Leben an der Seite ihres Mannes, des Journalisten und Schriftstellers Kurt Pastenaci, mit dem sie ihre geliebte Heimat Ostpreußen verlässt, um mit ihm nach Berlin zu ziehen. Ihr Leben dort wird überschattet von der Herrschaft der Nationalsozialisten, während der sie die Verhaftung ihres Mannes und vieler Freunde erleben muss.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Kopftuchkritik kostet das Amt

Dortmund – Die stellvertretende Bezirksbürgermeisterin der Dortmunder Nordstadt, Gerda Horitzky (72, CDU), soll ihr Amt verlieren, weil sie sich in einem Leserbrief zustimmend zu einem Kopftuchverbot für Krankenschwestern in einem örtlichen Hospital geäußert hat. Eine Zweidrittelmehrheit in der Bezirksversammlung aus SPD, Grünen und der Fraktion „Linke und Piraten“ will Horitzky daher wegen „Islamfeindlichkeit“ abwählen. *H.H.*

MH-17: »USA wissen Bescheid«

Austin/Texas – Der langjährige US-Parlamentarier Ron Paul (Republikaner) glaubt nicht, dass die USA keine Beweise dafür hätten, wer die malaysische Passagiermaschine, Flug MH-17, über der Ukraine abgeschossen hat. Grund: US-Spionagesatelliten überwachten die gesamte Region, so Paul in seinem Internetportal „Voice of Liberty“. Er rechne nicht damit, dass die US-Regierung der Welt die Wahrheit über den Fall sage, obwohl sie sie kenne. *H.H.*

ZUR PERSON

Kämpfer für den Nationalstaat

Lange Zeit hat der Westen die Kurden im Irak allenfalls moralisch unterstützt. Aber militärisch? Nein, danke! Eine vom Westen hochgerüstete Peschmerga-Armee hätte den Zerfall des Irak nur beschleunigt.

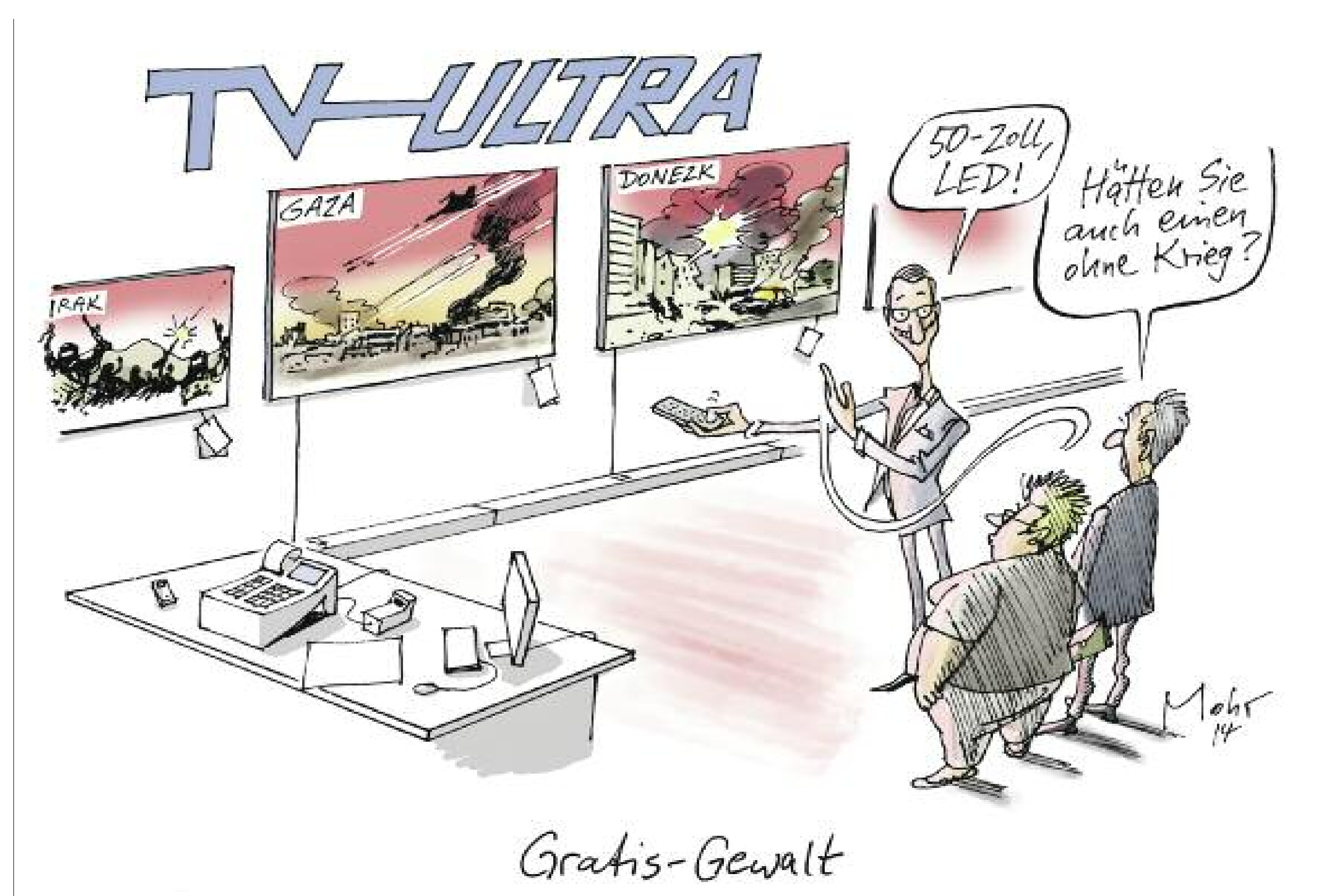
Jetzt aber hat US-Präsident Barack Obama notgedrungen mit der Lieferung von Sturmgewehren, Mörsern und Munition an die kurdischen Milizen begonnen. Um den Vormarsch der Dschihadistengruppe Islamischer Staat (IS) im Irak aufzuhalten, suchen die USA in dem Kurden-Führer **Massud Barzani** einen Verbündeten (siehe Seite 2).

Der Präsident der autonomen Republik Kurdistan nahm die Hilfe allzu gerne an. Sie stärkt seine Position im Kampf um Unabhängigkeit, die er als Sohn des Gründers der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) anstrebt, seitdem er denken kann. Sein Vater Molla Mustafa Barzani war General im bisher einzigen kurdischen Nationalstaat, der 1946, dem Geburtsjahr von Massud Barzani, für elf Monate bestand.



Mit dem Zerfall des Irak schien Barzanis Traum vom neuen Nationalstaat näher gerückt, bis die IS-Kämpfer vor der Kurden-Hauptstadt Erbil standen. Mit seinen wenigen Peschmerga-Kämpfern hätte Barzani dem Ansturm der Dschihadisten kaum standgehalten. Vor den Terror-Kämpfern waren zuvor bereits viele Christen, Jesiden und andere Religionsgruppen auf kurdisches Gebiet geflüchtet. Weil die Kurden seit jeher freie Religionsausübung gestatten und humanitäre Hilfe auch Andersgläubigen gewähren, sind sie im Westen hoch angesehen. Nun hofft Barzani, dass sich die Nato – und damit auch Deutschland? – militärisch für die Kurden einsetzt. Wäre dann die IS besiegt, ist es nur ein kleiner Schritt bis zur Unabhängigkeit.

Harald Tews



Gratis-Gewalt

Alle belastet

Wie man ein Manöver verlegt, was unsere Soldaten in den Schnee zeichnen, und wie ein Laubenpieper die Demokratie bedroht / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da sage noch einer, die Deutschen seien unbelehrbar. Monatelang sperrte sich laut Untersuchungen eine Mehrheit von ihnen gegen härtere Sanktionen gegen Russland. Nun jedoch ergab eine neue Umfrage der ARD-„Tagesthemen“ und der „Welt“, dass 80 Prozent Russland für den Hauptschuldigen im Ukraine-Konflikt halten und immerhin 62 Prozent eine härtere Gangart gegenüber Moskau befürworten. Beide Medien sind für ihre verantwortungsvolle Arbeit bekannt und haben sicher zu dem erfreulichen Meinungsschwenk beigetragen.

Die Medien halten uns über jedes wichtige Ereignis in und um die Ukraine auf dem Laufenden. Da kann es bekanntlich jeden Tag zum Weltkrieg kommen. Als wir aus den Nachrichten erfuhren, dass die russische Armee „an der Grenze zur Ukraine“ ein Großmanöver abhalte, dachten wir: Es ist soweit, erst Manöver, dann Einmarsch, ganz klar.

Wie indes nur in Nebensätzen durchsickerte, lag der Schwerpunkt des Manövers an der Wolga-Mündung, rund 650 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt. Bei den meisten Deutschen kam dennoch nur die Botschaft an: Russen, Manöver, ukrainische Grenze. Dies war wohl auch beabsichtigt, um uns in die richtige Wallung zu versetzen. Der Wahrheitsgehalt entsprach jedoch in etwa einer Meldung wie: „Die Bundeswehr plant ein Großmanöver an der dänischen Grenze mit Schwerpunkt im Raum Bamberg.“

Derweil macht die militärische Annäherung der Ukraine an die Nato gute Fortschritte. Schon wird ganz offen militärisches Hilfsgerät aus Kanada geliefert. Es läuft wie geschmiert. Doch nicht bloß das US-geführte Bündnis profitiert vom Konflikt. Auch Wladimir Putin saugt seinen Honig daraus. Er ließ staatliche und sogar private Pensionsfonds für die Staatskasse anzapfen mit der betörend patriotischen Begründung, man benötige das Geld für die leidenden Landsleute auf der befreiten Krim.

Oh, liebe Russen, lasst euch nicht an der Nase herumführen und lauscht einer Geschichte aus Deutschland: Da wurde mal eine Sondersteuer eingeführt, die dazu dienen sollte, den einst kommunistischen Teil unseres Landes wieder aufzubauen. So hatten es die Politiker gesagt. Geschickt, wie sie waren, haben sie das *so* aber nicht ins Gesetz geschrieben, weshalb sie das Geld in Wahrheit verwenden durften, wie sie wollten. Das taten sie denn auch, weshalb es den „Soli“ auch dann noch geben wird, wenn Sachsen das reichste Bundesland ist und Sylt den Wettstreit mit Usedom, Rügen und Hiddensee für immer verloren hat.

Unter dem Eindruck von Ukrainekrise, Gaza und dem Islamistenterror der IS im Irak und in Syrien sind *innerdeutsche* Probleme ein wenig in den Schatten getreten. Probleme, die dringend ans Licht müssen, wie beispielsweise die vielen Nazis bei der Bundeswehr. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hin hat die Bundesregierung zugegeben, dass es 2013 erschreckende 309 neonazistische Vorfälle bei der Truppe gegeben hat, ein Abgrund tut sich auf.

> Alarm in Hamburg: Gartenfreund hisste kaiserliche Flagge auf seiner Parzelle

Wir erfahren Details, die uns um den Fortbestand der Demokratie fürchten lassen: So haben zwei Soldaten im Januar 2013 ein Hakenkreuz in den Schnee gezeichnet, ein anderer hat es aus Marzipan auf einer Torte drapiert und ein weiterer soll sich mit „Sieg Heil“ gemeldet haben, als sein Telefon im Zug klingelte. Der skurrilste Fall war der eines Soldaten, der sich auf dem Rücken ein Hakenkreuz ausrasiert haben soll. Potzblitz! Wie hat er das angestellt? Da heißt es doch immer, die jungen Männer von heute seien so unsportlich.

Glücklicherweise waren jeweils aufmerksame Bürger in der Nähe, welche die skandalösen Vorfälle umgehend an die zuständigen Organe meldeten. Solche Menschen waren zu allen Zeiten nützlich und in Deutschland zum Glück immer reichlich vorhanden. Sie durchstreifen von Wachsamkeit erfüllt ihre gesamte Umgebung, lauschen im Zug oder linsen über die Gartenhecke, um dreiste Verstöße aufzudecken.

Die „Bild“-Zeitung deckte diese Woche einen weiteren Nazi-Skandal auf. In einer Kleingartenkolonie im Hamburger Stadtteil Bahrenfeld hat ein Mann die Dienstflagge des Kaiserreichs, Schwarz-Weiß-Rot mit Adler, gehisst. „Aufregung in Laubenpieper-Kolonie, Kleingärtner hisst Reichsflagge“ brüllt „Bild“ im Hamburger Regionalteil. Die Vorsitzende des Gartenvereins sei „entsetzt“, werde dem Übeltäter schreiben und den Landesbund der Gartenfreunde einschalten: „So etwas hat bei uns nichts zu suchen.“

Auch auf der Haustür prange „der Reichsadler“, enthüllt die Zeitung und zeigt uns ein Bild des verwünschten Symbols. Es zeigt eine ziemlich genaue Kopie des Vogels, der unsere Reisepässe ziert. Aber egal, solche Einzelheiten sind jetzt unwichtig, was Nazi ist, bestimmen wir. „Die Flagge kommt ab!“, stellt die Vereinsvorsitzende nachdrücklich klar.

Schon in ferner Vergangenheit wurde mit solchen Fahnen aufs Übelste provoziert. Einmal kam es sogar zu einer internationalen Affäre deswegen. Der damals 25-jährige Jurist Fritz G. A. Kraemer hatte sein Kajak während des Sommerurlaubs in Italien mit der kaiserlichen Reichskriegsflagge geschmückt, sozusagen der verschärften Version der Dienstflagge im Hamburger Nazi-Garten.

Das bekam zufällig der deutsche Marineattaché mit und rief die italienische Polizei. Sie solle den Mann anweisen, die Flagge zu entfernen. Schock: Die politisch ungeschulten Polizisten zuckten nur mit den Schultern. Erst nach intensivem Drängen der deutschen Botschaft befahlen die italienischen Behörden dem Juristen, die Flagge abzumachen. Der klagte jedoch dagegen – und gewann! Ungeheuerlich.

Das Ganze ging als „deutsch-italienische Flaggenaffäre“ sogar in die Geschichte ein und würde sich bestimmt gut eignen, um zu zeigen, was mangelnde Sensibilität von Polizei und Justiz gegenüber solchen Provokationen anrichten kann. Die Geschichte hat nur einen Haken: Sie ereignete sich 1934, Kraemer war wegen seiner jüdischen Herkunft aus Deutschland emigriert nach Italien, das seinerzeit noch nicht mit Deutschland verbündet war. Mit dem Symbol des Kaiserreichs gab Kraemer seiner Ablehnung des neuen Regimes in seiner Heimat Ausdruck, was der Attaché wohl auch genau so verstanden hat.

Nach dem Hitler-Mussolini-Pakt emigrierte Kraemer weiter, erst nach England, dann in die USA, wo er in die Armee eintrat und dort den Emigranten Henry Kissinger kennenlernte. Beide wurden enge Freunde.

Tja, also diese Geschichte eignet sich denn doch nicht so recht für die heute erwünschte Form von „Sensibilität“, bei der historische Hintergründe strikt zu ignorieren sind. Auch in diesem Fall: Der VfB Stuttgart hat als neues Motto den Spruch „Furchtlos und treu“ gewählt, was laut „Welt“ eine Welle der Empörung ausgelöst hat. Das Motto sei „unsensibel, völkisch, nationalistisch“, habe ein Fan im Internet geschimpft. Die Zeitung assistiert: „Sicher ist auch, dass die Marketingspezialisten mit der ungewollten Assoziation zu Neonazis dem Verein keinen guten Dienst erweisen haben.“ Nazis hätten den Spruch nämlich auch mal verwendet.

Dabei schreibt die „Welt“ sehr wohl, woher der Spruch wirklich kommt. Er sei 200 Jahre alt und habe das Wappen des Königreichs Württemberg geziert. Aber wegen der späteren Benutzung durch irgendwelche Neonazis ist er nunmehr „belastet“.

Moment: Wenn das so läuft, was wird denn dann mit dem Bundesadler auf den Pässen? Schließlich hat der böse Mann von Bahrenfeld den an seiner Laube! Und der Kerl hat doch eine Flagge im Garten, die von Neonazis „verwendet“ wurde, damit belastet ist und somit nun ihn belastet, der seinerseits den Bundesadler belastet, weil er, der Belastete, den Adler als Türzier „verwendet“.

Es kann schon sehr belastend werden, immer sensibel sein zu müssen. Eines Tages werden wir uns selbst verbieten.

MEINUNGEN

__CDU-Vize Thomas Strobl__ fordert in der „Welt“ (8. August), __extremistischen__ Doppelstaatlern den deutschen __Pass__ wieder wegzunehmen:

„Wir brauchen ein starkes Signal, dass wir solche fanatischen Islamisten nicht mehr in Deutschland sehen wollen. Wer als islamistischer Kämpfer in den Bürgerkrieg zieht und dort kämpft, der hat selten Gutes im Sinn. Wenn jemand mit extremistischen Motiven nach Deutschland zurückkehrt und Straftaten plant, sollten wir ihm die Einreise verbieten. Wenn der extremistische – und womöglich gewaltbereite – Islamist Deutscher geworden ist und eine weitere Staatsangehörigkeit besitzt, sollten wir ihm die deutsche Staatsangehörigkeit entziehen und ihn ausbürgern.“

„Handelsblatt“-Herausgeber __Gabor Steingart__ äußert in seiner Zeitung vom 8. August Sorge über die Art, wie sich die __deutschen Medien__ von einer anschwellenden __Kriegspropaganda__ hätten anstecken lassen:

„Der deutsche Journalismus hat binnen weniger Wochen von besonnen auf erregt umgeschaltet. Das Meinungsspektrum wurde auf Schießschartengröße verengt. Blätter, von denen wir eben noch dachten, sie befänden sich im Wettbewerb der Gedanken und Ideen, gehen im Gleichschritt mit den Sanktionspolitikern auf Russlands Präsidenten Putin los.“

Der Historiker __Jörg Friedrich__ bestreitet energisch, dass die __deutsche Neigung zum Schuldbekenntnis__ andere Völker dazu bewege, auch ihrerseits selbstkritischer zu werden – im Gegenteil. Im „Focus“ (11. August) schreibt er unter der Überschrift „Wer gesteht, ist schuldig“:

„Allein die Deutschen haben sich angewöhnt, ihre Verantwortlichkeiten zu benennen. Das Geständnis ist die Krone der Beweismittel. Der Bekenner tritt nobel aus der ihn umgebenden Grabesstille. Seine Worte finden Beifall. Der Rest hält (über seine eigenen Verbrechen, Anm. d. Red.) den Mund. Der Fall hat sich geklärt.“

__Ulli Kulke__ kritisiert auf „achgut.de“ (12. August), dass behauptet wird, „alle Wissenschaftler“ teilten die These vom __„menschengemachten Klimawandel“__, was gar nicht stimme:

„Man kann ja über alles streiten. Aber wer gebetsmühlenhaft behauptet, es gebe gar keine Differenzen, der irrt, oder (wohl häufiger) lügt, bisweilen eben auch gebetsmühlenhaft. Besonders beim Thema der angeblich überhaupt keine Rolle im Klimageschehen spielenden Sonne wird die angebliche Einigkeit ja immer wieder gern hervorgehoben. Sie ist nicht gegeben.“

Der Finanzexperte __Manfred Gburek__ äußerte sich auf seiner Internetseite am 10. August erstaunt über das innige Verhältnis der __Amerikaner__ zu ihren __Soldaten__:

„Als ich neulich vom New Yorker Flughafen LaGuardia in Richtung Westen abflog, entdeckte ich über mir eine Leuchtschrift mit dem Satz ‚God bless our troops‘. Nicht auszudenken, welcher Sturm der Entrüstung durch Deutschland zöge, wenn uns im Frankfurter Flughafen die Aufschrift begegnete, Gott möge die Bundeswehr segnen.“